

Herausgeberin: Deutsche Gesellschaft e. V.



MEINE MEDIEN, MEINE STIMME?

ZUR ROLLE DER MEDIEN IN OSTDEUTSCHLAND

Gefördert durch:



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland



Gefördert durch
**den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
und die Otto Brenner Stiftung**

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Deutsche Gesellschaft e. V.

Eingetragener Verein zur Förderung politischer,
sozialer und kultureller Beziehungen in Europa

Gestaltung: thorsten bieber gestaltung

Stand: Berlin, September 2023

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Freigrenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung der Deutschen Gesellschaft e. V. unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Beiträge der Autorinnen und Autoren stellen keine Meinungsäußerung der Deutschen Gesellschaft e. V., des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und der Otto Brenner Stiftung dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

© 2023 Deutsche Gesellschaft e. V., Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

www.deutsche-gesellschaft-ev.de

INHALT

VORWORT	4
„DAS LETZTE WORT HATTE DIE TREUHAND?“	
DIE OSTDEUTSCHEN UND DIE MASSEN MEDIEN <i>Von Lutz Mücke</i>	6
BÜRGERDEBATTE IN COTTBUS <i>Mit Angelika Jordan, Lutz Mücke, Katja Reim und Mandy Tröger</i>	9
„MEDIALE PROBLEMZONE OSTDEUTSCHLAND“	
OSTDEUTSCHLAND MEDIAL. DIE NEGATIVE ABWEICHUNG VOM WESTDEUTSCHEN STANDARD? <i>Von Lutz Mücke</i>	13
BÜRGERDEBATTE IN PLAUE <i>Mit Ine Dippmann, Anne Hähmig, Torsten Kleditzsch und Lutz Mücke</i>	16
„SO ISSER, DER OSSI“	
VIEL ZU VIEL WESTEN – WAS SICH AN DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER OSTDEUTSCHLAND ÄNDERN MUSS <i>Von Marieke Reimann</i>	20
BÜRGERDEBATTE IN SCHWERIN <i>Mit Heiko Hilker, Marieke Reimann, Carsten Schneider und Michael Seidel</i>	25
„(K)EIN RICHTIGES GESPÜR FÜR RELEVANTE THEMEN“	
ARTIKULATION OSTDEUTSCHER: DAS „A UND O“, DAS „ALPHA UND OMEGA“ HINSICHTLICH BESTIMMTER MEDIENFRAGEN? <i>Von Sebastian Köhler</i>	29
BÜRGERDEBATTE IN DESSAU-ROBLAU <i>Mit Jeannette Gusko, Sebastian Köhler, Lutz Mücke und Marc Rath</i>	34
„ALLMÄCHTIGE MEDIEN, OHNMÄCHTIGE MEDIEN“	
OSTDEUTSCHLAND UND DER JOURNALISMUS – EINE SCHWIERIGE BEZIEHUNG <i>Von Wolfgang Schweiger</i>	38
BÜRGERDEBATTE IN WEIMAR <i>Mit Sergej Lochthofen, Lutz Mücke und Wolfgang Schweiger</i>	43
„MEINE MEDIEN, MEINE STIMME?“	
UNTERM HOCHGLANZ. MASSEN MEDIALE MINDERREPRÄSENTATION UND VERTRAUENSVERLUSTE DER OSTDEUTSCHEN <i>Von Lutz Mücke</i>	47
ABSCHLUSSDISKUSSION IN BERLIN <i>Mit Jeannette Gusko, Lutz Mücke, Marlis Prinzing und Mandy Tröger</i>	51
MITWIRKENDE	55

VORWORT

Das Ziel der Deutschen Gesellschaft e. V. war von Anfang an, den deutschen und europäischen Einigungsprozess zu begleiten und zu befördern, Vorurteile abzubauen und für das Miteinander zu werben. Dass dieses Engagement auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung noch notwendig ist, hätte wohl niemand von den Gründermüttern und -vätern unseres Vereins, zu denen Bärbel Bohley, Willy Brandt, Lothar de Maizière, Armin Mueller-Stahl, Johannes Rau und Martin Walser gehören, für möglich gehalten. Noch immer durchziehen Gräben – tiefe Gräben – das Land. Sie verlaufen nicht nur zwischen Ost und West.

Auch das Thema „Die Rolle der Medien in Ostdeutschland“ hat nicht gerade das Potential des Versöhnenden. Dass dieses Thema bewegt, ist nicht verwunderlich. Es reicht schon das Wort „Medien“, um einige in einen gefährlichen Reizzustand zu versetzen. Und wenn die Medien dann noch in einen Ost-West-Kontext gestellt werden, gibt es sogar eine explosive Mischung.

Keine Sorge – so explosiv waren die Bürgerdebatten im Rahmen unserer mehrteiligen Veranstaltungsreihe „Meine Medien, meine Stimme?“ nicht. Allerdings hat die rege Beteiligung an unseren Diskussionen in Cottbus, Plauen, Schwerin, Dessau-Roßlau und Weimar sowie bei unserer Abschlussveranstaltung in Berlin einmal mehr gezeigt, dass es Gesprächsbedarf gibt.

Wir hatten Bürgerinnen und Bürger dazu eingeladen, mit Expertinnen und Experten darüber zu debattieren, welche Strukturen bis heute den ostdeutschen Medienmarkt bestimmen, und was getan werden muss, um die Berichterstattung über die ostdeutschen Bundesländer repräsentativer zu machen. Dabei ging es um mehr als um die oft konstruierten Gegensätze

zwischen Ost und West. Es steht außer Frage: Auch die Medienmachenden sind in der Verantwortung. Wie oft betonen sie das Trennende, schon, weil sich das Verbindende schlechter verkaufen lässt. Doch auch und gerade der Zivilgesellschaft kommt eine besondere Rolle zu. Sie muss der Diskussion einen Rahmen geben.

Unsere Veranstaltungsreihe und die dazugehörige Publikation verstehen sich als Beitrag zur Auseinandersetzung mit Fragen zur Teilhabe und Repräsentation, die noch immer den Ost-West-Diskurs bestimmen. Für die Möglichkeit, uns mit der Rolle der Medien in Ostdeutschland intensiv zu befassen, danken wir vielmals den beiden Förderern unseres Projekts, dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und der Otto Brenner Stiftung.

Allen Mitwirkenden und Teilnehmenden der Veranstaltungen, die mit ihren Vorträgen und Diskussionsbeiträgen zum Erfolg der Reihe beigetragen haben, sei ebenso herzlich gedankt. Mein Dank gilt auch Professor Dr. Lutz Mücke. Er hat nicht nur die Studie der Otto Brenner Stiftung „30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung?“ verfasst, die den Anstoß für unsere Veranstaltungsreihe gab. Er war bei fast allen Veranstaltungen dabei und suchte auch darüber hinaus den direkten und offenen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern.

Auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, können einen Beitrag dazu leisten, dem schwindenden Vertrauen zwischen Medien, Politik und Publikum Einhalt zu gebieten. Und deshalb laden wir Sie ein, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen und sie fortzuführen. Die Demokratie lebt vom Disput.

DR. SABINE BERGMANN-POHL

Co-Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft e. V.,
Bundesministerin a. D., Präsidentin der Volkskammer a. D.



COTTBUS



Die erste Veranstaltung in der Reihe am 18. Mai 2022 im Alten Stadthaus in Cottbus thematisierte die Umstrukturierung der ostdeutschen Presselandschaft und die Rolle der Treuhandanstalt. Welche Medien konnten sich nach 1990 etablieren, und warum? Inwieweit wurden sie ihrer Integrationsfunktion im Wiedervereinigungsprozess gerecht?

An der Bürgerdebatte wirkten mit: **Angelika Jordan** (Studioleiterin, rbb-Studio Cottbus), **Katja Reim** (Stellvertretende Chefredakteurin, SUPERillu), **Prof. Dr. Lutz Mücke** (Professor für Medien in internationalen Beziehungen, National University, Khartoum) und **Dr. Mandy Tröger** (Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin, Journalistin). **Katharina Gerlach** (Moderatorin, Journalistin, Kommunikationscoach) moderierte die Veranstaltung. **Dr. Andreas H. Apelt** (Bevollmächtigter des Vorstandes, Deutsche Gesellschaft e. V.) und **Jupp Legrand** (Geschäftsführer, Otto Brenner Stiftung) eröffneten die Veranstaltung mit einem Grußwort. Prof. Dr. Lutz Mücke hielt das Impulsreferat.

„DAS LETZTE WORT HATTE DIE TREUHAND?“

- 1: Medienforscherin Dr. Mandy Tröger
- 2: Lockere Sitzordnung im Kreis bei der Bürgerdebatte
- 3: Katja Reim, stellvertretende Chefredakteurin der SUPERillu



Hier können Sie sich den Audiomitschnitt der Veranstaltung anhören.

DIE OSTDEUTSCHEN UND DIE MASSENMEDIEN

Von Lutz Mücke

EIN EINBLICK IN 30 JAHRE STAATLICHE EINHEIT UND 30 JAHRE MEDIALE SPALTUNG

Der Titel meines Diskussionspapiers, das ich ihnen in diesem Impulsvortrag holzschnittartig näherbringen möchte, lautet „30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung“¹. Aber zunächst einmal ein Blick zurück, wie es zu diesem Papier überhaupt kam. Ehrlich gesagt suchte ich das Gespräch mit Jupp Legrand, dem Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung (OBS), der Herausgeberin der Studie, weil ich eine Analyse über die mangelhafte Berichterstattung zu den Bundeswehreinheiten in der Sahelzone schreiben wollte. Das Ost-West-Thema lag mir eigentlich fern, obwohl ich immer wieder auch dazu journalistisch gearbeitet und ein wissenschaftliches Kompendium² dazu mitherausgegeben hatte. Jupp Legrand hat zu meinem Sahel-Themenvorschlag damals nur seinen Kopf hin- und hergewogen und gesagt: „Ob das so spannend ist?“ Letztlich habe ich für die OBS beide Themen analysiert – sowohl das 30-Jahre-Medienwende-Thema als auch die Sahel-Berichterstattung³. Beide Themen waren und sind unterrepräsentiert, obwohl beide von höchster Relevanz sind.

Doch nun zur Ost-West-Analyse: Die Unterzeile des Arbeitspapiers heißt „Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?“ Die wichtigsten Fragen dieses Papiers sind:

- Welche Strukturen bestimmen heute die Medienlandschaft in den ostdeutschen Bundesländern?
- Warum lesen Ostdeutsche heute ausgerechnet jene Qualitätsmedien nicht, die den kulturellen und politischen Diskurs der Bundesrepublik maßgeblich bestimmen, also die überregionalen Qualitätsmedien?
- Welchen Einfluss haben Ostdeutsche überhaupt auf den Medien Diskurs?

Über die Befunde, die ich Ihnen jetzt in aller Kürze nahebringe, können wir gerne im Detail sprechen. Hier also ein paar ausgewählte Daten und Fakten:

- In den Führungsetagen der wichtigsten bundesrepublikanischen Leitmedien sind so gut wie keine Ostdeutschen zu finden.
- Fast alle Regionalzeitungen, die im Osten erscheinen, sind im Besitz westdeutscher Medienunternehmen.
- In den Chefetagen der großen ostdeutschen Regionalzeitungen sind Westdeutsche ähnlich überrepräsentiert wie vielerorts im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
- Im Osten verfestigten sich große Tageszeitungsmonopolgebiete. Ein-Zeitungskreise dominieren, eine pluralistische Debattenkultur blieb in der Fläche eine Illusion.
- Die Konzentration auf die Ratgeberfunktion im Zuge des Systemwechsels führte in der ostdeutschen Regionalpresse auch dazu, dass das kritisch-kontrollierende Moment der Presse in der Fläche im Lokalen vernachlässigt wurde.
- Die Lokalpresse in Ostdeutschland erwuchs nicht aus einer zivilgesellschaftlich stark verwurzelten Inhaberschaft, wie das ja oft in Westdeutschland der Fall war, sondern entstand im Zuge des Beitritts zur Bundesrepublik. Die Treuhand spielte dabei eine äußerst fragwürdige Rolle. Heute ist die ostdeutsche Presselandschaft fast komplett in den Händen westdeutscher Medienkonzerne.
- Die ostdeutsche Selbstermächtigung von 1989/90 blieb im Beitritt und Systemwechsel stecken. Von den im Gründungsboom gegründeten 80 bis 100 neuen ostdeutschen Zeitungen und Zeitschriften hat so gut wie keine überlebt.
- Die überregionale westdeutsche Qualitätspresse findet im Osten kaum Absatz. Es feh-

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Impulsvortrages von Prof. Dr. Lutz Mücke im Rahmen der Bürgerdebatte „Das letzte Wort hatte die Treuhand?“ am 18. Mai 2022 in Cottbus.

1 Lutz Mücke, 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?, OBS-Arbeitspapier Nr. 45, Frankfurt am Main 2021, unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/30-jahre-mediale-spaltung/> (Stand: 14. August 2023).

2 Michael Haller/Lutz Mücke (Hrsg.), Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, Köln 2010.

3 Lutz Mücke, Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs, OBS-Arbeitspapier Nr. 54 (Kurzfassung), Frankfurt am Main 2022, unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/mediale-routinen-und-ignoranz/> (Stand: 16. August 2023).

len ostdeutsche Stimmen im Chor der einflussreichen überregionalen Qualitätspresse. Nicht nur in den Chefetagen, sondern auch bei Reporterinnen und Reportern und Korrespondentinnen und Korrespondenten und in den Redaktionen.

- Journalistenschulen bilden bis heute auch kaum Nachwuchs mit ostdeutschen Hintergründen aus.

Man könnte sagen, der Beitritt ist jetzt 30 Jahre her, alles altes Zeug. Aber das ist es eben nicht. Denn beispielsweise betiteln sich junge Ostdeutsche derzeit als „3te Generation Ost“⁴. Insbesondere jüngere Journalistinnen und Journalisten mit ostdeutscher Sozialisierung beklagen die oben skizzierten Zustände.

Ich habe zum Thema recherchiert und empirische Zahlen zusammengetragen und kann sagen, schon das ist nicht immer ganz einfach, beispielsweise, wenn es um die Abo-Zahlen der überregionalen Printmedien in Ostdeutschland geht. Die Medienhäuser wissen, dass diese Zahlen im Grunde genommen peinlich sind. Ich vermute, dass aus diesem Grund deren Herausgabe zum Teil verzögert und verweigert wird. Letztlich halfen hier jedoch die Auskünfte der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW)⁵ und einige Privatkontakte. Ich rede hier über die großen Meinungs- wie Kulturbildnerinnen und -bildner, die die politischen Diskurse und die bundesdeutsche Politik seit vielen Jahrzehnten beeinflussen und mitgestalten – DER SPIEGEL, DIE ZEIT, die Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung. An diesen Zeitungen und Zeitschriften orientieren sich politische, wirtschaftliche, kulturelle Entscheidungsträgerinnen und -träger. Sie sind wichtige Gatekeeper und Agenda-setter. Ist es nicht erstaunlich, dass ausgerechnet diese wichtigen überregionalen Medien, die den politischen Diskurs der Bundesrepublik von Anfang an maßgeblich geprägt haben, in Ostdeutschland ganz wenig gelesen werden?

OSTDEUTSCHE ELITEN

Und an dieser Stelle vielleicht noch ein wenig Statistik zu den oben erwähnten Journalistenschulen: Fünf von 66 Schülerinnen und Schü-

lern des Jahrgangs 2018/2019 der Axel Springer Akademie hatten einen ostdeutschen Hintergrund. In der Henri-Nannen-Schule und der Katholischen Journalistenschule ifp waren es zwei von 14 beziehungsweise zwei von 34. Die Burda-Journalistenschule und Evangelische Journalistenschule zählten jeweils eine Ostdeutsche bzw. einen Ostdeutschen unter ihren 23 beziehungsweise 15 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten. In der RTL-Journalistenschule kam in diesem Jahrgang niemand aus Ostdeutschland.⁶ Die Zahlen sind kümmerlich.

Und auch diese Zahlen müssen wir einbetten in die laufende Debatte um Eliten in Deutschland. In meinem Diskussionspapier zitiere ich auch die Studie „Wer beherrscht den Osten?“⁷ von Michael Bluhm und Olaf Jacobs. Ihre empirischen Daten muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Sie sind ein Skandal: Von den Vorsitzenden Richterinnen und Richtern der obersten Landgerichte in Ostdeutschland sind 5,9 Prozent Ostdeutsche. Unter den Rektorinnen und Rektoren sowie Kanzlerinnen und Kanzlern an den Hochschulen in Ostdeutschland mit mehr als 5.000 Studierenden sind 14 Prozent ostdeutscher Herkunft. In den Leitungsspitzen großer Forschungsinstitute in den ostdeutschen Bundesländern kommen 15 Prozent aus Ostdeutschland. Von den 200 Generalinnen und Generälen der Bundeswehr sind lediglich zwei Ostdeutsche. Bei den Zeitungsverlagen in Ostdeutschland sind nur neun Prozent der Geschäftsführerinnen und -führer sowie Leiterinnen und Leiter Ostdeutsche. Bei den Chefredakteurinnen und -redakteuren der ostdeutschen Regionalzeitungen fällt die Statistik ein bisschen positiver aus: 62 Prozent kommen aus Ostdeutschland. Bei den drei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den ostdeutschen Bundesländern (rbb, MDR, NDR) gab es 2011 mit Karola Wille die erste ostdeutsche Intendantin. Die nachrangigen Führungspositionen sind jedoch nur mit einem Anteil von etwa 25 Prozent mit Ostdeutschen besetzt. Das zeigt alles sehr deutlich eine nicht wegzudiskutierende Unterrepräsentation von Ostdeutschen in Ostdeutschland selbst. – Auffällig ist nun wiederum, dass über diese Machtverhältnisse ganz wenig in den Massenmedien diskutiert und auch zu wenig darüber kritisch geforscht wird.

⁴ Mehr Informationen zum Netzwerk „3te Generation Ost“ unter <https://netzwerk.dritte-generation-ost.de/> (Stand: 16. August 2023) und auch zur Initiative „Wir sind der Osten“ unter <https://wirsindderosten.de/> (Stand: 16. August 2023).

⁵ Mehr Informationen zu den Mediendaten unter <https://www.ivw.de/> (Stand: 16. August 2023).

⁶ Vgl. Anne Haeming, Die Mauer in den Medien, in: Medium-Magazin 4/2019, S. 18-20.

⁷ Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs, Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Eine Studie der Universität Leipzig und des MDR. Im Auftrag des MDR, Leipzig 2016.

TREUHAND UND PRIVATISIERUNG

Hier ordnet sich auch unser heutiger Themenkomplex Treuhand und Privatisierung ein. Der Verkauf weiter Teile des SED-Medienkonglomerats spülte der Treuhand 1,2 Milliarden Mark in die Kassen. Nichts kam im Osten so schnell unter den Hammer wie diese Zeitungen, denn sie versprachen lukrative Geschäfte und es galt im Systemwechsel die Massenkommunikation in den Griff zu bekommen. Der Idee, des demokratisch legitimierten DDR-Medienkontrollrats, die Monopolzeitungen in kleinere und vielfältigere Einheiten aufzuspalten und Ostdeutsche an dieser Privatisierung partizipieren zu lassen, wurde überhaupt keine Beachtung geschenkt. Durch diese überrobuste Art und Weise der Privatisierung verfestigten sich in den ostdeutschen Bundesländern gewaltige Tageszeitungsmonopolgebiete, Ein-Zeitungskreise wurden die Regel, pluralistische Debattenkultur blieb im Lokalen, in der Fläche, insbesondere bei den Printmedien, eine Illusion.

Auch die ostdeutsche Selbstermächtigung von 1989/90, die binnen kürzester Zeit 80 und 100 neugegründete Zeitungen und Zeitschriften im Osten hervorbrachte, wurde durch dieses Vorgehen teilweise erstickt. Der westdeutschen Konkurrenz war keiner gewachsen und auch Kooperationsprojekte mit den einstigen Zeitungen der Blockparteien klappten nicht so wie erhofft. Insbesondere westdeutsche Wissenschaftlerin-

nen und Wissenschaftler warnten schon in den 1990er Jahren vor dieser Schieflage und Medienkonzentration. Aber die damalige Bundesregierung war „beratungsresistent“. Allerdings sorgten zwei Korruptionsskandale bundesweit für etwas Aufmerksamkeit: Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher sollen befreundeten westdeutschen Medienunternehmern lukrative Monopolzeitungen in Ostdeutschland zugeschanzt haben.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Am Ende meines Arbeitspapiers befinden sich einige Handlungsempfehlungen. So plädiere ich für eine Quotendiskussion, für mehr Teilhabe für Ostdeutsche. Auch wenn das eine sehr schwierige Debatte ist. Ich schlage zudem Begabtenförderwerke vor, um hilfreiche Netzwerke in den ostdeutschen Bundesländern aufzubauen. Ferner sollte dort der kritisch-kontrollierende Journalismus gefördert werden, insbesondere in der Fläche. Auch Finanzierungs- und Sonderförderprogramme für journalistische Initiativen, Neugründungen und Sonderfonds zur Erforschung dieser Phänomene könnte die Politik ermöglichen. Ich rate zudem mehr direkten Mediendiskurs mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern in der ostdeutschen Fläche an. Denn das könnte Misstrauen gegenüber Medien abbauen und unterstützt, dass wir gesellschaftlich besser im Gespräch bleiben oder ins Gespräch kommen.

BÜRGERDEBATTE IN COTTBUS

Mit Angelika Jordan, Lutz Mükke, Katja Reim und Mandy Tröger

Angesprochen auf ihre Biografie erzählte Katja Reim von ihrem Berufsweg. Aufgewachsen in der DDR, ging sie nach dem Abitur an die Axel-Springer-Journalistenschule. In ihrer Laufbahn als Journalistin machte sie in den 1990er Jahren auch Station in Westdeutschland – genauer: Frankfurt am Main. Sie berichtete, dass ihre dortigen Kolleginnen und Kollegen noch nie zuvor in Ostdeutschland gewesen seien. Mittlerweile sei sie nicht mehr als „Übersetzerin“ unterwegs, so Reim. Bei der SUPERillu, wo sie aktuell als stellvertretende Chefredakteurin tätig ist, habe das Team von Anfang an aus ost- und westdeutschen Journalistinnen und Journalisten bestanden. Reim betonte, dass die Zeitschrift auch eine klare Ausrichtung habe: Die SUPERillu möchte eine Zeitschrift für Ostdeutsche sein. Die Menschen in Ostdeutschland zu sehen und nicht zu beurteilen, wie es in anderen Qualitätsmedien häufig passiert („Ja, das ist doch klar, weil ...“), zeichne die Zeitschrift aus, meinte Reim. Danach gefragt, was das Erfolgsrezept der SUPERillu sei, antwortete sie: „Wir sind mitgegangen und mitgewachsen.“ Im Zuge des Zusammenwachsens von Ost und West habe die Zeitschrift zunächst viel Neues berichtet, etwa aus der erotischen Welt, und viele Ratgeberthemen aufgegriffen. „Du hast Lernen müssen, wie du eine Krankenversicherung abschließt, wie du mit einer Karte bezahlst“, illustrierte Reim. Es sei wichtig gewesen, „nicht nur draufzugucken, wenn es kracht und hässlich ist, sondern auch zu sagen, es gibt Leute, die sich Mühe geben, die versuchen, Sachen zu bewegen und es gibt auch Geschichten, die Erfolg schreiben.“

Die gebürtige Ost-Berlinerin Mandy Tröger, wohnhaft in München, warf vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Erfahrungen mit Vorurteilen über Ostdeutsche die Frage auf, was oder wer heute überhaupt eindeutig als „ostdeutsch“ identifiziert werden könne. Sie leiste in der bayerischen Hauptstadt, auch angesichts der unterschiedlichen Sozialstruktur in Ost- und Westdeutschland, noch jene „Übersetzungsarbeit“ wie Reim früher in Frankfurt am Main, um Verständnis dafür zu schaffen, welche Umwälzungen die Menschen in Ostdeutschland in der Zeit ab 1990 erlebt haben. Diese seien eben nicht Geschichte. Die Ereignisse

würden bis heute nachwirken, so Tröger. Auch die Transformation der Medienlandschaft dürfe nicht einfach vergessen werden.

Fühlen sich Ostdeutsche in den überregionalen Medien repräsentiert? Das Publikum war geteilter Meinung, wie eine kurze Umfrage zeigte. Lutz Mükke meinte, dass die ostdeutschen Stimmen mit ihren spezifischen Erfahrungen in den westdeutschen Qualitätsmedien nach wie vor nicht genügend Gehör finden würden. Anstatt „als abweichendes Anhängsel von der gesamtdeutschen Berichterstattung“ sollten ostdeutsche Stimmen „als eigenständige, kraftvolle Meinung“ zutage treten, wünschte sich Mükke. Das Cottbuser rbb-Studio helfe dabei, die Meinungen aus Südbrandenburg in die bundesrepublikanische Medienlandschaft zu bringen. „Wir tun das über alle Auspielwege: Fernsehen, Hörfunk, Online“, so Angelika Jordan, die seit 2014 das rbb-Studio Cottbus leitet. Das Studio mache ebenfalls Berichterstattung für die ARD, insbesondere wenn die Themen „über den regionalen Tellerrand“ hinausgehen würden. Jordan gab allerdings zu bedenken, dass sie auch Beispiele aus der Vergangenheit dafür kenne, wo ostdeutsche Themen und Perspektiven nicht berücksichtigt wurden. Der ORB (später rbb) habe sich jedoch bemüht, Themen, „die im Osten tatsächlich brisant sind“, auch überregional zu platzieren.

Mandy Tröger ging näher auf ihre Forschung ein. Als Kind habe sie die Massendemonstration am 4. November 1989 am Alexanderplatz in Ost-Berlin erlebt. Das sei eine „total beeindruckende Sache“ gewesen, „auch wenn ich nicht wusste, was da passiert. Aber ich habe eben auch gesehen, was danach in den Medien darüber berichtet wurde.“ Ihre Erfahrung habe sich von der Berichterstattung in verschiedenen Medien unterschieden, erinnerte sie sich. Dies habe sie persönlich geprägt. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der deutsch-deutschen Mediengeschichte, der Transformation der ostdeutschen Presse nach 1989 und deren Treuhandgeschichte. Zur Pressetransformation promovierte sie 2018 nicht in Deutschland, sondern in den USA am Institute of Communications Research der Universität Illinois.

Die räumliche Distanz habe ihr geholfen. In den USA sei ihr Thema „ein nettes Fallbeispiel“ gewesen, ohne selbst Teil der Biografie der Menschen im Land zu sein. Sie fühlte sich „viel freier, verschiedene Sachen einfach anzugucken“, erklärte Tröger.

Mit Blick auf die Transformationsprozesse nach 1990 und die Geschichte der Treuhand verwies ein Gast im Publikum darauf, „wie viele Betriebe damals in Ostdeutschland sozusagen den Bach runtergegangen sind“ und fragte nach der Entwicklung in der Medienlandschaft. „Wie viele [Medien] sind denn eigentlich ins Hintertreffen geraten?“ Auf die Frage konnte ein Gast im Publikum antworten: Er sei 1990 für die Saarbrücker Zeitung nach Cottbus gekommen, erzählte der ehemalige Lokalredakteur der Lausitzer Rundschau. Die Saarbrücker Zeitung hatte die Lausitzer Rundschau im Zuge der Privatisierung der SED-Zeitungen von der Treuhandanstalt gekauft. Er berichtete über den Rückgang der Auflagen der Lausitzer Rundschau und ihrer benachbarten Zeitungen. Ihm zufolge ist die Auflage der Lausitzer Rundschau seit 1990 von 300.000 Exemplaren auf knapp 60.000 geschrumpft, die Auflage der Märkischen Oderzeitung von 200.000 Exemplaren auf etwa 67.000, die Auflage der Märkischen Allgemeinen von 350.000 Exemplaren auf jetzt nur noch 80.000. „Das heißt, da ist ein massiver Einbruch in den Auflagen entstanden, und das hat sich natürlich auch im Personal ausgedrückt. Die Zeitungen wissen schon, was Arbeitslosigkeit außerhalb und auch innerhalb bedeutet“, erklärte der frühere Lokalredakteur.

Die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen sind nach der Wiedervereinigung nicht verschwunden, bestätigte Tröger. Wie kam es dazu? „Ein ganz großes Ziel [1989/90] im medienpolitischen Bereich war, das ehemalige SED-Informationsmonopol zu brechen“, so Tröger. Das heißt, eigentlich hätten die SED-Bezirkszeitungen ihre Monopolstellung in den Regionen verlieren müssen, auch angesichts der zahlreichen Neugründungen von regionalen Zeitungen in den ostdeutschen Bundesländern. Doch das Reformziel wurde nicht erreicht. Die Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin erklärte dazu: „Der deutsche Pressemarkt war schon vereint, bevor die Treuhand überhaupt auf der Bildfläche erschienen ist.“ Viele westdeutsche Verlage hätten schon früh Kooperationsverhandlungen mit den Zeitungen geführt und „Nägel mit Köpfen gemacht“. Als es schließlich um die (offizielle) Privatisierung der SED-Bezirkszeitungen im April 1991 ging, sei der Treuhandanstalt nur noch ein relativ kleiner Handlungsspielraum geblieben, „weil sie gar nicht mehr das, was

schon war, zurückdrehen konnte.“ Die Rolle der Treuhandanstalt auf dem Zeitungsmarkt sei also ein Sonderfall, resümierte Tröger. Lutz Mücke ergänzte, folglich habe das Fragezeichen im Titel dieser Veranstaltung auch seine Berechtigung. Es bedarf aber auch eines differenzierten Blicks auf die Treuhandanstalt, deren Geschichte noch immer nicht vollständig aufgearbeitet ist, damit sie nicht politisch instrumentalisiert wird. Deshalb sollten westdeutsche Medienunternehmen sowie entsprechende Verleger- und Branchenverbände ihre Archive für die Aufarbeitung öffnen, forderte Mücke. „Leute denken immer so, Archive sind super langweilig. Nein, Archive sind super sexy. Die sind so wie alte Häuser, in denen 100 Jahre keiner war. Und man darf zum allerersten Mal in dieses Haus“, schwärmte Tröger von ihrer Recherche in den Treuhandakten.

In der Diskussion kam ebenso die Frage auf, ob die Medien in Ostdeutschland nach 1990 überhaupt in der Lage waren, unabhängigen Journalismus zu leisten. Angelika Jordan blickte daraufhin auf die Entwicklung im Hörfunk und Fernsehen zurück: Gemäß Artikel 36 des Einigungsvertrags sollte in Ostdeutschland das westdeutsche Organisationsmodell implementiert werden. Die Voraussetzungen für die Gründung der Landesrundfunkanstalten nach westdeutschem Vorbild wurden mit der Neugründung der Bundesländer in Ostdeutschland geschaffen. Damit einher ging jedoch ein massiver Personalabbau, wovon nicht nur politisch belastetes Personal betroffen war. Jordan, damals Anfang 30, erinnert sich: „Das war eine sehr schwierige Situation, weil man sich auch in einer familiären Situation befand. Das war ganz häufig so, dass eine ganze Familie arbeitslos war und keiner wusste, wie es weitergeht.“

Aus dem Publikum meldete sich zur diskutierten Frage auch eine ehemalige Lokaljournalistin der Lausitzer Rundschau zu Wort, die vor und nach 1990 viele Jahrzehnte in der Cottbuser Redaktion angestellt war. Sie ergänzte: „Wir haben gleich nach der Wende einen eigenen Chefredakteur gewählt – aus unseren eigenen Reihen –, haben also den SED-Chefredakteur abgewählt. Wir sind drei- oder viermal auf mögliche Stasi-Verstrickungen sehr eng ‚durchwühlt‘ worden. Aber ansonsten ist der Rest der Truppe geblieben. Und wir sind deswegen auch heute noch am Ort, weil die Leute uns damals schon kannten. Wir sind in den Betrieben, in den LPGs, wir sind überall ‚herumgehirscht‘. Das, was die Leute dann betroffen hat, gerade in der Wendezeit, das waren auch unsere eigenen Probleme.“ Sie merkte zudem an, dass die Kosten für ein Abonnement der Lausitzer Rundschau sehr gering waren. Die Zeitung sei „spottbillig“

gewesen, weshalb das Abonnement auch nicht abbestellt wurde.

Mandy Tröger bestätigte, dass die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen ihre Leserschaft weitgehend halten konnten, auch weil ihre Journalistinnen und Journalisten, die selbst von den Herausforderungen nach der Wiedervereinigung betroffen waren, über die Probleme und Chancen nach 1990 berichteten. Mit Blick auf die Geschichte der Presse zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung, kritisierte sie, dass oft vergessen werde, wie viele Ideen es in dieser Zeit gab, wie man es potentiell hätte anders machen können. So wurde in den Redaktionen auch diskutiert, „wie sieht denn eine freie Presse aus und ist freie Presse jetzt unbedingt das, was wir im Westen haben oder gibt es vielleicht andere Ideen, wie man irgendwie Presse frei denken kann und frei gestalten kann.“ Auch Angelika Jordan erinnerte sich: „Es war so eine unbestimmte Zeit, es gab Resignation und Aufbruchsstimmung gleichermaßen. Aber wir haben gedacht, wir probieren es. Vielleicht empfehlen wir uns, wenn wir alle entlassen werden, dann für irgendwas. Wir können doch was. So ein Geist war auch bei uns da.“ Daraufhin erwiderte ein Gast im Publikum, dass der rbb im Diskurs um die wirtschaftlichen Veränderungen nach 1990 „eigentlich kaum eine ostdeutsche Stimme war“. Wenn es eine ostdeutsche Stimme gebe, dann sei es der MDR. „Die eigentlichen Fragen, die die Menschen hier [in Ostdeutschland] bewegen, die kommen [beim rbb] kaum rüber. Da finde ich den rbb sehr blass.“

Im Publikum kam auch die Frage nach dem schwindenden Vertrauen der Ostdeutschen in die Medien auf. „Ich habe, 2017 aufgehört, Zeitung zu lesen und auch öffentlich-rechtlich fernzusehen“, erzählte eine Gästin. Ein Grund für diese negative Entwicklung sei die Minderrepräsentation Ostdeutschlands in den Massenmedien, so Lutz Mükke. Er kritisierte, dass die hier diskutierten Erkenntnisse nicht neu seien. „Es ist nicht so, als ob wir hier irgendwas Revolutionäres auf den Tisch legen.“ Allerdings würden diese Erkenntnisse nicht die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger erreichen. Mükke forderte, die Pressevielfalt in Ostdeutschland mit Förderprogrammen zu unterstützen. Ein Gast im Publikum führte den Medienverdruss auf „eine zunehmend mangelnde Medienkompetenz in bestimmten Altersschichten“ zurück. Das sei weder eine „Ost-West“-Frage noch eine Generationenfrage, sondern eine Frage des Bildungssystems, sagte Mükke. „Medienkompetenz ist das A und O. Man glaubt gar nicht, wie wenig bekannt ist zum Beispiel über die Produktionsprozesse im Journalismus, also wie wir Nachrichten generieren und auswählen.“ Die Not-

wendigkeit einer besseren Medienbildung sei allerdings schon erkannt worden.

Eine andere Frage aus dem Publikum richtete sich auf die journalistische Ausbildung, vor allem auf den finanziellen Hintergrund der Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten, „den man doch als wohlhabend bezeichnen kann.“ Viele journalistische Ausbildungen seien kostenpflichtig, meinte ein Gast. Kaja Reim widersprach: Sie habe in der Axel-Springer-Journalistenschule ein Gehalt erhalten; auch in der Burda Journalistenschule würden die Auszubildenden ein Gehalt bekommen. Mandy Tröger verwies ihrerseits auf Studien, die über den sozialen und ökonomischen Hintergrund von Journalistinnen und Journalisten Auskunft geben. Überproportional viele Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten würden aus Akademikerfamilien stammen. Nur wenige sind Arbeiterkinder oder haben zum Beispiel einen Migrationshintergrund. Tröger merkte an, dass dieses Problem der „Überakademisierung“ des Berufsstandes den Journalistenschulen bekannt sei und Versuche unternommen werden, es zu lösen. Angelika Jordan berichtete von den Nachwuchssorgen in den lokalen Redaktionen. „Wir suchen händeringend Praktikanten überall.“ Zudem würden immer weniger Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten aus den ostdeutschen Bundesländern kommen. Angesprochen auf die jüngere Generation verwies Jordan auch darauf, dass sich der Altersdurchschnitt der Rezipientinnen und Rezipienten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Regel zwischen 59 und 63plus bewege. Dies sei ein großes Problem, so die Studioleiterin des rbb-Cottbus.

Zum Abschluss der Bürgerdebatte kam aus dem Publikum die Frage nach der Zukunft der Medien auf. „Ich vermisse ein Stichwort, das hier so ganz zart angeklungen ist: die digitale Revolution“, kritisierte ein Gast. Der Druck auf die Printmedien steige, die Repräsentanz der Menschen in den Medien ändere sich dramatisch. „Jeder, der heute Zugang zum Internet hat, nimmt an der Kommunikation teil. Das heißt, jeder, dem etwas auf der Zunge brennt, dem der Schuh drückt, der äußert sich im Internet.“ Lutz Mükke erwiderte: „Ich glaube, fest daran, dass Journalismus sich sehr stark unterscheidet von singulären Stimmen in TikTok, YouTube usw. Und ich glaube auch, dass Qualitätsjournalismus, egal ob im Lokalen, Regionalen oder Internationalen, seinen Wert hat und sich durchsetzt.“ Mükke betonte jedoch, dass es neue Geschäftsmodelle brauche, auch im Digitalen. Die gebe es schon, zum Beispiel mit dem Magazin Katapult und der Leipziger Internet Zeitung.



PLAUNEN



Die zweite Veranstaltung in der Reihe am 22. Juni 2022 in der Festhalle in Plauen thematisierte die Strukturen, die heute die Medienlandschaft in Ostdeutschland bestimmen und die Mediennutzung der Bevölkerung. Vor welchen Herausforderungen stehen lokale und regionale Medien? Was kann und muss getan werden, um den Journalismus in Ostdeutschland repräsentativer und diverser zu machen?

An der Bürgerdebatte wirkten mit: **Ine Dippmann** (Vorsitzende, Landesverband Sachsen des Deutschen Journalisten-Verbandes), **Anne Hähnig** (Leiterin, Ressort „ZEIT im Osten“, DIE ZEIT), **Torsten Kleditzsch** (Chefredakteur, Freie Presse) und **Prof. Dr. Lutz Mükke** (Professor für Medien in internationalen Beziehungen, National University, Khartoum). **Kristin Narr** (Medienpädagogin) moderierte die Veranstaltung. **Rolf Schwanitz** (Staatsminister a. D., Beauftragter für die Angelegenheiten der neuen Länder a. D.) eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort. Prof. Dr. Lutz Mükke hielt das Impulsreferat.

- 1: Torsten Kleditzsch, Chefredakteur der Freien Presse
- 2: Anne Hähnig, Leiterin des Ressorts „ZEIT im Osten“ in Leipzig
- 3: Ine Dippmann, Vorsitzende des Landesverbands Sachsen des Deutschen Journalisten-Verbandes

„MEDIALE PROBLEMZONE OSTDEUTSCHLAND“



Hier können Sie sich den Audiomitschnitt der Veranstaltung anhören.

OSTDEUTSCHLAND MEDIAL. DIE NEGATIVE ABWEICHUNG VOM WESTDEUTSCHEN STANDARD?

Von Lutz Mükke

STRUKTUREN IN OSTDEUTSCHLAND

Einleitend möchte ich zunächst ein paar Fakten über die Strukturen einbringen, in und mit denen wir in Ostdeutschland leben. Und damit vielleicht auch einige Impulse für unsere Diskussion setzen. Die Informationen und Interpretationen stammen aus meinem Arbeitspapier „30 Jahre politische Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung“¹, das ich in Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung geschrieben und veröffentlicht habe. Die drei zentralen Fragen dieses Diskussionspapiers sind: Welche Strukturen bestimmen heute die Medienlandschaft in den ostdeutschen Ländern? Warum lesen Ostdeutsche heute ausgerechnet jenen Qualitätsmedien kaum, die den kulturellen und politischen Diskurs der Bundesrepublik maßgeblich mitbestimmen? Da reden wir von den wichtigen großen Qualitätsmedien: DIE ZEIT, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung zum Beispiel. Und welchen Einfluss haben Ostdeutsche auf den Mediendiskurs?

Wie ist es also bestellt um die Partizipation von Ostdeutschen und um die Repräsentation von Ostdeutschen und ostdeutschen Themen in den Massenmedien? Die ganze Debatte, die wir hier führen, gilt es zunächst einzuordnen in einen viel größeren Diskurs, der bekannt ist: die Eliten-Debatte, die vor allem in und über Ostdeutschland geführt wird. Diese Debatte köchelt so seit Jahrzehnten auf Sparflamme dahin, weil sie von den allermeisten Medienvertreterinnen und -vertretern und Politikerinnen und Politikern gescheut und letztlich gemieden wird. Sie ist schwierig – aber gleichwohl wichtig. Im Kern ist es eine Gerechtigkeitsdebatte. Unter Ostdeutschen haben

Personalien und Strukturen, die diese Debatte seit Jahrzehnten schwelen lassen, für starken Verdruss gesorgt.

Die Leipziger Studie „Wer beherrscht den Osten?“² oder auch die jährlichen Berichte des Bundes zum Stand der Deutschen Einheit³ erlauben beispielsweise substanzielle Einblicke. Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung gibt es zum Beispiel immer noch nur eine verschwindend geringe Zahl an Vorsitzenden Richterinnen und Richtern an Obersten Landgerichten in Ostdeutschland, die ostdeutsche Hintergründe haben. Dasselbe trifft auf Rektorinnen und Rektoren und Kanzlerinnen und Kanzler der ostdeutschen Hochschulen zu, dito die Leitungsspitzen großer Forschungsinstitute. Nur zwei von 200 Generalinnen und Generälen der Bundeswehr haben ostdeutsche Herkunft. Die Geschäftsführerinnen und -führer sowie die Leitungen großer Zeitungsverlage in Ostdeutschland kommen nur zu neun Prozent aus Ostdeutschland – und die Beispiele ließen sich fortsetzen. Eine erste Intendantin im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – beim rbb, MDR und NDR – mit ostdeutschem Hintergrund wurde Karola Wille erst 2011, und in den nachrangigen Führungspositionen sieht es nicht viel besser aus. Da sind 25 Prozent Ostdeutsche bei einem Anteil von 50 Prozent ostdeutscher Rezipientinnen und Rezipienten. Diese Dominanz Westdeutscher in Ostdeutschland ordnen manche gar als „kolonial“ ein.

MEDIENLANDSCHAFT IM WANDEL

Aber nochmal ein Blick zurück: 1989 gingen hunderttausende Ostdeutsche auf die Straße und

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Impulsvortrages von Prof. Dr. Lutz Mükke im Rahmen der Bürgerdebatte „Mediale Problemzone Ostdeutschland“ am 22. Juni 2022 in Plauen.

- 1 Lutz Mükke, 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?, OBS-Arbeitspapier Nr. 45, Frankfurt am Main 2021, unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/30-jahre-mediale-spaltung/> (Stand: 14. August 2023).
- 2 Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs, Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Eine Studie der Universität Leipzig und des MDR. Im Auftrag des MDR, Leipzig 2016.
- 3 Siehe beispielhaft dazu Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2021, hrsg. v. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin 2021, unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/2021-jahresbericht-der-bundesregierung-zum-stand-der-deutschen-einheit-jbde.html> (Stand: 16. August 2023); Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hrsg.), Ostdeutschland. Ein neuer Blick, Berlin 2022, unter: <https://www.ostbeauftragter.de/resource/blob/2038516/2137170/979f11337c033a872a6b3dd16b68eccf/download-bericht-zur-deutschen-einheit-2022-data.pdf?download=1> (Stand: 16. August 2023).

eine zentrale Forderung von ihnen war: Presse- und Meinungsfreiheit, intellektuelle Frischluft und Diskurs. Diese Zeit war prägend für mich. Ich habe damals übrigens hier in Plauen die Berufsschule für meine Tischlerlehre absolviert und war in der Zwickauer kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung aktiv.

Die klaren Forderungen nach Presse- und Medienfreiheit im Jahr 1990 nahm die erste und letzte frei gewählte DDR-Regierung übrigens sehr ernst. Dort wurde ein Medienkontrollrat installiert, der beispielsweise die großen regionalen Monopolzeitungen der SED aufspalten wollte. Dass auch Ostdeutsche Besitzerinnen und Besitzer dieser Massenmedien werden und Führungsebenen in Medienhäusern einnehmen sollten, war damals ein selbstverständlicher Gedankengang. Wir fühlten uns unseren Brüdern und Schwestern aus Westdeutschland bis zum Beitritt mindestens ebenbürtig. Aber viele dieser Ideen und Forderungen aus dieser sehr agilen und energiegeladenen Wendezeit haben sich leider kaum erfüllt.

Einige Befunde zum Mediensektor habe ich 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in meinem Diskussionspapier zusammengetragen. Ein Fazit: Um die massenmediale Partizipation und Repräsentation von Ostdeutschen im ostdeutschen aber auch gesamtdeutschen Mediendiskurs ist es auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht so rosig bestellt. In den Führungsetagen der wichtigen bundesrepublikanischen Leitmedien sind Ostdeutsche zum Beispiel so gut wie nicht zu finden. Zudem sind so gut wie alle Regionalzeitungen, die im Osten erscheinen, im Besitz großer westdeutscher Medienunternehmen.

Und da kommen wir bei dem Themenkomplex Treuhand an. Der Verkauf weiter Teile des SED-Medienkonglomerats spülte der Treuhand 1,2 Milliarden Mark in die Kassen. Nichts kam so schnell im Osten unter den Hammer wie diese Zeitungen. Höchstens noch die Brauereien. In den Chefetagen der großen ostdeutschen Regionalzeitungen sind Westdeutsche allerdings wiederum ähnlich überrepräsentiert wie vielerorts im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der Plan des demokratisch legitimierten DDR-Medienkontrollrats, die Monopolzeitungen aufzuspalten und Ostdeutsche partizipieren zu lassen, wurde ignoriert. Durch diese Art und Weise der Privatisierung verfestigten sich im Osten gewaltige Tageszeitungsmonopolgebiete, Ein-Zeitungskreise wurden die Regel, pluralistische Debattenkultur blieb im Lokalen, in der Fläche, insbesondere bei den Printmedien, eine Illusion.

Und freilich haben diese Personal- und Besitzstrukturen Einfluss auf die Inhalte, auf die journalistische Kultur in den Häusern. Im Zuge des Beitritts kam es beispielsweise zu einer starken Fokussierung der ostdeutschen Regionalpresse auf die Ratgeberfunktion. Es wurde sehr viel erklärt, wie das jetzt im neuen System mit Versicherungen, Arbeitsrecht, Arbeitsamt etc. so läuft. Wenig investiert wurde hingegen in kritisch-kontrollierenden und investigativen Journalismus. Den hätte es aber in einem so gewaltigen und teils gewalttätigen Systemwechselprozess, in dem es neben vielen Gewinnerinnen und Gewinnern auch viele Verliererinnen und Verlierer gab, unbedingt gebraucht, um gesellschaftliche Spaltungsprozesse zu verhindern, Vertrauen in Medien und Demokratie zu stärken, einen offenen gesellschaftlichen Diskurs im Osten zu etablieren und zu pflegen. Genau das hält nämlich ein demokratisches Gemeinwesen zusammen.

Zentral dafür wären auch andere Besitzverhältnisse gewesen. Im Osten gibt es auf der Seite der Besitzerinnen und Besitzer von Massenmedien jedoch kaum Ostdeutsche. Die obersten Lenkerinnen und Lenker der Zeitungshäuser saßen und sitzen in Köln, Stuttgart, München, Hamburg oder Frankfurt am Main. Seit Kurzem ist die Berliner Zeitung eine Ausnahme. Aber es macht freilich einen Unterschied, ob ich eine Zeitung besitze und mit ihr zivilgesellschaftlich und familiär verbunden bin und an ihrem Erscheinungsort lebe und die Entwicklungen aus unmittelbarer Nähe verfolge – oder ob ich alles aus einer Konzernzentrale in Westdeutschland heraus leite und das alles vornehmlich als Profitcenter begreife.

Die ostdeutsche Selbstermächtigung von 1989/90 ist leider im zähen Beitrittsprozess erstickt. Von den 80 und 100 Zeitungen und Zeitschriften, die in der kurzen Zeit von 1989/90 im Osten wie die Pilze aus dem Boden schossen, hat so gut wie keine überlebt. Viele Medienschaffende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Expertinnen und Experten – vor allem auch aus Westdeutschland – haben schon in den 1990er Jahren vor dieser Schiefelage gewarnt. Aber die Bundespolitik gerierte sich als „beratungsresistent“.

Freilich gibt es heute auch hoffnungsfrohe Medienneugründungen in Ostdeutschland wie etwa Katapult in Greifswald oder die Leipziger Internet Zeitung. Aber das sind Ausnahmen. Und ich empfehle solche Initiativen gerade im Lokalen nach Kräften mit Förderprogrammen und Zuschüssen zu unterstützen.

OSTDEUTSCHE PERSPEKTIVEN

Zum Schluss möchte ich noch auf eine weitere, sehr einflussreiche Gruppe von Medien eingehen: die überregionale westdeutsche Qualitätspresse, die maßgeblich den politischen und kulturellen Diskurs der Bundesrepublik mitbestimmen – DER SPIEGEL, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, DIE ZEIT und die Süddeutsche Zeitung. Das sind tolle Qualitätsprodukte. Aber im Osten liest sie kaum jemand und vermutlich gehört die Hälfte ihrer wenigen Abos dort auch noch Westdeutschen, die in Ostdeutschland leben. Die Analyse dieses Zustandes ist hochspannend. In Fachkreisen spricht man auch davon, dass deren Berichterstattung sich oft lese und gelesen habe wie „Auslandsberichterstattung“. Ostdeutschland würde viel zu oft als negativ abweichendes Anhängsel

von westdeutschen Standards und Westdeutschland abgebildet. Und warum sollten Ostdeutsche Geld dafür ausgeben, um in westdeutschen Medienprodukten jahrzehntelang in Endlosschleifen Delegitimierungsdebatten über die DDR zu lesen?

Dass ostdeutsche Lebenserfahrungen und Karrieren, auch und gerade durch den Systemwechsel, vielfältig originäre Perspektiven und Einstellungen hervorgebracht haben, sollte selbstverständlich massenmedial diskursiv abgebildet sein. Wie schwer sich die Leitmedien damit noch immer tun, sieht man heute beispielsweise am Thema des Russland-Ukraine-Krieges. Ostdeutsche schätzen etwa das Thema Waffenlieferungen ganz anders ein als Westdeutsche und plädieren auch viel stärker für Waffenstillstand und Verhandlungen.

BÜRGERDEBATTE IN PLAUAU

Mit Ine Dippmann, Anne Hähmig, Torsten Kleditzsch und Lutz Mücke

„Mediale Problemzone Ostdeutschland“ lautete der provokante Titel der zweiten Bürgerdebatte. Torsten Kleditzsch, Chefredakteur der Freien Presse, und Anne Hähmig, Leiterin des Ressorts „ZEIT im Osten“, waren sich einig: Ostdeutschland sei keine „Problemzone“. Kleditzsch betonte, eine große Anzahl ostdeutscher Regionalmedien würde eine gute Qualität abliefern. Sie hätten auch die Verantwortung, ihre Berichterstattung etwas anders als die überregionale Presse auszubauen, um Leserinnen und Leser zu informieren. Hähmig widersprach Lutz Mückes Argument, ostdeutsche Stimmen würden im Chor der einflussreichen Qualitätspresse fehlen. Sie verwies auf Journalistinnen und Journalisten, die Ostdeutsche sind und seit 1990 die Debatte über Ostdeutschland prägen, z. B. Christoph Dieckmann, Alexander Osang, Cornelius Pollmer, Ulrike Nimz, Sabine Rennefanz. „Es sind nicht genug, aber wir leben auch nicht im ‚Jammertal‘“, erklärte Hähmig. Mücke erwiderte, dass beispielsweise Dieckmann selbst kritisiert habe, DIE ZEIT hätte Anfang der 1990er Jahre weitgehend „Auslandsberichterstattung über den Osten“ gemacht.¹ Dies sei in den überregionalen Medien teils heute noch der Fall, so Mücke. Hähmig bestätigte, es gebe neben der ZEIT aktuell keine andere überregionale Zeitung, die ein Büro in Ostdeutschland habe und deren Mitarbeitende auch dort wohnen würden. Früher sei dies genau das Problem gewesen und so sei der Eindruck einer „Auslandsberichterstattung“ entstanden, wenn etwa Journalistinnen und Journalisten aus Hamburg oder Frankfurt am Main zur Berichterstattung in die ostdeutschen Bundesländer reisten. „Und genau das wollen wir nicht“, so Hähmig. Deshalb sei das Büro der ZEIT in Leipzig gegründet worden. Mücke verwies indes darauf, dass die „ZEIT im Osten“ beziehungsweise DIE ZEIT generell in Ostdeutschland kaum wahrgenommen werde, obgleich sie sehr viel Einfluss auf den gesamtdeutschen Diskurs nehme wie auch die anderen qualitativ vollen Leitmedien. „Da gibt es kein Pendant im Osten“, konstatierte Mücke. Ostdeutsche Stimmen, „die durchaus auch eigene Perspektiven haben“, würden folglich etwa in weltpolitischen Fragen nicht genügend

abgebildet. Kleditzsch entgegnete, das Interesse an der Berichterstattung der ostdeutschen Regionalpresse habe in den vergangenen Jahren zugenommen, auch seitens der überregionalen Medien – spätestens seit die Partei AfD nicht mehr nur als ein ostdeutsches, sondern als ein gesamtdeutsches Thema wahrgenommen werde. Zuvor hätten sich die Journalistinnen und Journalisten in ihrer Berichterstattung über Ostdeutschland vor allem für Themen wie Drogen, Staatssicherheitsdienst und Rechtsextremismus interessiert. Aus seiner Perspektive habe sich hinsichtlich des Austauschs zwischen den ostdeutschen und überregionalen Medien einiges zum Guten verändert, so Kleditzsch.

Es sei ein großes Problem, dass es keine überregionale Zeitung gebe, die aus Ostdeutschland kommt, erklärte Anne Hähmig. Wie lässt sich dieses Problem lösen? Die Redaktionsleiterin benannte zwei Möglichkeiten: entweder einen ostdeutschen Zeitungsverlag gründen, „was gar nicht so leicht ist, etwas Neues zu machen in einem vielleicht einigermaßen gesättigten Markt“, oder die Redaktionen der überregionalen Presse beginnen, sich selbst zu hinterfragen. „Die hängen das nicht so an die große Glocke“, so Hähmig, aber in allen überregionalen Zeitungen gebe es mittlerweile sehr gute ostdeutsche Journalistinnen und Journalisten, z. B. bei der Süddeutschen Zeitung oder beim SPIEGEL. Bei der Frage zur Repräsentation Ostdeutscher in den Führungsetagen deutscher Leitmedien vermisste Torsten Kleditzsch indes bei den ostdeutschen Journalistinnen und Journalisten „den Mut, Verantwortung zu übernehmen, nach vorn zu treten und zu sagen ‚Jetzt mach‘ ich das mal!‘.“

Ine Dippmann, Vorsitzende des Landesverbands Sachsen des Deutschen Journalisten-Verbandes, ergänzte, dass zu den aktuellen Herausforderungen nicht nur die Frage der Repräsentation gehöre, sondern auch die Frage nach der Bezahlung der Journalistinnen und Journalisten in den ostdeutschen Regionalzeitungen. In Sachsen herrsche ein „tarifloser Zustand“; keine einzige

Der Beitrag fasst ausgewählte Diskussionspunkte der Bürgerdebatte im Anschluss an das Grußwort und Impulsreferat zusammen. Sie können sich die Veranstaltung vollständig im Audiomitschnitt anhören.

¹ Siehe dazu Christoph Dieckmann, „Das war eine Exotenrolle“, 6. April 2021, unter: <https://www.zeit.de/2021/14/christoph-dieckmann-journalist-zeit-ostdeutschland/komplettansicht> (Stand: 25. September 2023).

regionale Zeitung gehöre dem Manteltarifvertrag an. Mit Blick auf die Ausbildung der Journalistinnen und Journalisten fügte sie noch hinzu: „Wir können Leuten, die frisch vom Studium kommen, kaum guten Gewissens empfehlen, in Ostdeutschland Journalist zu werden, weil sie von den Zeilenhonoraren teils nicht leben können.“ Dippmann stimmte Lutz Mücke zu, dass angesichts der von ihm beschriebenen „Tageszeitungsmonopolgebiete“ in Ostdeutschland der plurale Austausch und die Konkurrenz fehle, obgleich es auch Entwicklungen zu einer überregionalen Zusammenarbeit gebe. Sie sei besorgt, „dass man am Ende das verfestigt, was zu DDR-Zeiten an Parteizeitungsgebieten abgegrenzt gewesen ist.“

Warum wird die überregionale Presse wie etwa der SPIEGEL und DIE ZEIT in Ostdeutschland vergleichsweise wenig gelesen? Anne Hähnig begründete diese Entwicklung zum einen mit einer nicht so ausgewogenen Berichterstattung in den 1990er und 2000er Jahren. „Ich glaube, die Verlage haben es für zu selbstverständlich gehalten, 17 Millionen potenzielle Leser hinzuzugewinnen. ‚Die sind so glücklich über die freie Presse, die lesen uns sowieso.‘ Und sie haben dann nicht genug Anstrengungen unternommen, hier wirklich präsent zu sein“, so die Journalistin. Das bestätigte auch Torsten Kleditzsch. Hähnig vermutete zudem, dass zum anderen Ostdeutsche wenig Vertrauen in Institutionen und Eliten setzen, insbesondere in Medien, „weil sich das zu DDR-Zeiten auch schon regelrecht gehörte. Und man hat dieses Misstrauen nicht abgelegt. Ich bin mir da nicht sicher.“ Kleditzsch widersprach ihr in diesem Punkt. Eine Ablehnung der westdeutschen Medien als Teil der Institutionen habe es anfangs nicht gegeben, weil sie „Teil der [Friedlichen] Revolution waren. Die hatten eher einen Bonus.“ Kleditzsch ergänzte, dass die Preisfrage für den Kauf der Presseprodukte auch eine Rolle spielte. „Es war einfach vielen zu teuer.“ Ein Gast im Publikum bestätigte diese Aussage. Wer seinen eigenen Wohlstand ausschließlich nur auf Sozialleistungen gründen kann, der habe nicht das Geld, um für ein Qualitätsmedium noch einen Betrag zu zahlen, erläuterte er. Hinzu käme, dass „der Osten in den Medien, also was die Berichterstattung betrifft, sehr unterrepräsentiert ist.“ Aus dem Publikum kam ein weiterer Hinweis: „Es ist ein Problem der Qualitätsmedien, dass sie im Osten nicht gelesen werden, und nicht ein Problem des Ostens. Und ich denke, es ist auch einfach eine Gewohnheit. Die Blätter waren eben nicht zu bekommen in der DDR. Die lagen nicht schon auf dem Wohnzimmertisch bei den Eltern.“

Danach gefragt, wie Journalistinnen und Journalisten im Wahlkampf über bestimmte Entwicklungen in Ostdeutschland und die Menschen „respektvoll“ berichten können, wenn etwa im Wettkampf um die Posten der Druck von „rechts“ wächst, erklärte Ine Dippmann: „Grundsätzlich erst einmal unvoreingenommen.“ Sie könne nachvollziehen, dass das gelegentlich schwierig sei, auch weil die Journalistinnen und Journalisten teils keine Interviews mit den Kandidatinnen und Kandidaten aus diesem Lager bekommen hätten. Man müsse jedoch versuchen, „weiter im Gespräch zu bleiben.“ Der Chefredakteur der Freien Presse ergänzte, es gebe Menschen in den ostdeutschen Bundesländern, die nur noch schwer erreichbar seien, „die aber das Leben hier vor Ort und viele Beziehungen prägen, die in Vereinen aktiv sind, in der Feuerwehr usw.“ Deshalb brauche es den respektvollen Umgang, um die Debatte offen zu halten. Torsten Kleditzsch plädierte jedoch auch für eine „klare rote Linie“, „wo man dann auch sagen muss, Extremisten sind nicht unsere Gäste“ wie zum Beispiel bei der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei Freie Sachsen. Anne Hähnig verwies für eine ausgewogene Berichterstattung zudem auf das journalistische Handwerkszeug. Für Journalistinnen und Journalisten sei es erst einmal wichtiger zu beschreiben, was sie sehen, anstatt zu sagen, was sie denken. Mit Blick auf die Berichterstattung über Pegida und die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 gestand Hähnig ein, „dass die Breite der Meinungen in der Bevölkerung für eine ganze Weile nicht so abgebildet war, wie es notwendig gewesen wäre.“ Deshalb hätte es dann auch viele Gesprächsrunden und Diskussionen gegeben. Medienfreiheit sei in Deutschland garantiert, aber dies hieße nicht, „dass wir fehlerfrei sind. Das sind wir beim besten Willen nicht. Und wir machen täglich Fehler. Und wenn wir gut sind, korrigieren wir die und sind transparent an der Stelle“, so Kleditzsch. Er wies zudem daraufhin, dass es nicht Aufgabe einer regionalen Tageszeitung sei, „in unserem Kommentar immer der Mehrheitsmeinung zu folgen.“ Wichtig sei, die Debatten zu führen. Allerdings können einige Debatten in der nötigen Ausführlichkeit besser in den überregionalen Medien als in der Regionalpresse geführt werden. Es sei nachvollziehbar, wenn Leserinnen und Leser, die eine enge Bindung zu ihrer Zeitung haben, dort auch mit ihrer Meinung wahrgenommen werden möchten, sagte Dippmann. In den Redaktionen werde die Diskussion darum, welche Meinung sich wie stark im Blatt – auch von der Leserschaft – wiederfindet, geführt. Sie betonte, die Vorstellung von der Presse als „vierte Gewalt“ bedeute nicht, dass sie den Staat schütze. „Staatsferne ist das A und O für Journalismus.“

Ein Gast im Publikum wollte wissen, wie sich das seiner Ansicht nach „sehr große Glaubwürdigkeitsproblem des Journalismus“ lösen lässt. Lutz Mükke verwies auf die Stärkung der Medienkompetenz der Bevölkerung. Es müsse darüber aufgeklärt werden, was journalistische Medien überhaupt in der Lage sind zu leisten und was nicht. Mükke warnte davor, das journalistische System zu überschätzen. So gebe es beispielsweise Studien über die Ausdünnung der Personaldecke in Fachredaktionen. Mit Blick auf die Folgen dieser Entwicklung für die journalistische Berichterstattung argumentierte er am Beispiel des Wissenschaftsjournalismus während der Corona-Pandemie: „Sie erinnern sich vielleicht an die Diskussion – ‚Maske tragen oder nicht?‘. In dieser Aktualität als Journalist und als Redaktion kompetent zu agieren, das hat schon etwas mit eigener Expertise zu tun. Und die lässt sich gar nicht vorhalten in jeder Region.“ Die Berichterstattung über Corona sei auch ein Lernprozess gewesen. Torsten Kleditzsch sagte, es sei völlig verständlich, dass die Leserinnen und Leser oder Zuschauerinnen und Zuschauer in dieser Situation sehr schnell Gewissheit bekommen wollten. In einer ordentlich aufgestellten Redaktion sollten sich Mitarbeitende schnell in ein Thema einarbeiten können. Die Freie Presse habe während der Corona-Pandemie auch deutlich differenzierter berichtet als während der sogenannten Flüchtlingskrise, meinte Kleditzsch. „Aber was wir nicht bieten konnten, war das schnelle Wissen, weil es in der Tat nicht vorhanden war. Das mussten sich alle erst einmal erarbeiten.“

Gefragt nach dem Mediennutzungsverhalten der Ostdeutschen erläuterte Torsten Kleditzsch, Ostdeutsche seien dem privaten Rundfunk wesentlich zugeneigter als Westdeutsche, die eher den öffentlich-rechtlichen Rundfunk konsumieren würden. Ine Dippmann ergänzte am Beispiel der Leipziger Volkszeitung (LVZ), die Zahl der Leserinnen und Leser sei zurückgegangen. Es gebe ein großes Bedürfnis, die sinkenden Verkaufszahlen über die Online-Ausgaben der Zeitung aufzufangen. Über das damit verbundene Tracking ließe

sich schlussfolgern, welche Themen „gut punkten“, so Dippmann. „Und wissen Sie, was der am besten verkaufte Artikel im vergangenen Jahr in der LVZ gewesen ist? Da ging es darum, dass die Stadt Leipzig über ein Punktesystem 50 Häuser unter die Leute bringen möchte, und zwar nach Sozialstandards vergeben. So ein soziales Thema hat die Stadt und die Leser bewegt. Und das hat mir Mut gemacht.“

Zum Abschluss der Bürgerdebatte griff eine Gästin die Frage auf, warum die überregionale Presse ostdeutsche Leserinnen und Leser kaum erreichen würde. „Wir haben hier historisch gesehen einfach ‚Wendewunden‘, die sich über Generationen hinweg fortsetzen. Wir ticken einfach auch anders“, meinte sie. In deren Berichterstattung fehle es an Wertschätzung für das, was in Ostdeutschland geleistet wurde, für „die Verletzungen, die getragen wurden, das ‚Immerwieder-aufstehen-müssen‘ und ‚Immerwieder-irgendwie-kämpfen-müssen-für-seinen-Platz‘.“ Die Leiterin der „ZEIT im Osten“ argumentierte, es bedürfe einer breiten Berichterstattung über Ostdeutschland. „Wir machen jede Woche drei Seiten und es sind nicht jede Woche drei Seiten ‚Problembereichterstattung‘, sondern natürlich auch über das Schöne, das Nette.“ Es gelte, ostdeutsche Diskurse zu führen – aufgrund der jahrzehntelangen Teilung und Diktaturerfahrung sowie den Jahren nach der Wiedervereinigung, „die im Osten auch ganz anders waren als in Westdeutschland.“ Diese Diskurse seien nicht immer leicht, so Anne Hähnig, „weil man sie nicht nur in Ostdeutschland führt, sondern vor einem westdeutschen Publikum, das natürlich zuhört und mitredet.“ Hähnig fügte hinzu: „Wir brauchen viele Journalisten aus Ostdeutschland, weil sie natürlich am besten die ostdeutsche Perspektive abbilden können. Sie müssen an die Journalistenschulen. Sie müssen in die Chefredaktion. Wir können nicht aufhören, über Ostdeutschland zu reden und diese Führungspositionen auch einzufordern, weil sich die Probleme nicht einfach so ergeben, dass Ostdeutsche nicht einfach so in Eliten rutschen, nur, weil 30 Jahre vergehen.“



SCHWERIN



Die dritte Veranstaltung in der Reihe am 24. August 2022 in der IHK zu Schwerin thematisierte, wie und mit welcher Tendenz die Medien über die ostdeutschen Bundesländer berichten. Welche Klischees und Stereotype über Ostdeutsche sind in der Berichterstattung vorherrschend? Welche Kontrollmechanismen und Instrumente gibt es oder sollten geschaffen werden, um Medien für eine differenziertere Berichterstattung zu sensibilisieren?

An der Bürgerdebatte wirkten mit: **Heiko Hilker** (Geschäftsführer, Dresdner Institut für Medien, Bildung und Beratung), **Marieke Reimann** (Zweite Chefredakteurin, SWR), **Carsten Schneider MdB** (Staatsminister beim Bundeskanzler, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland) und **Michael Seidel** (Chefredakteur, Schweriner Volkszeitung). **Nina Heinrich** (Redaktionsleitung, KOOPE-RATIVE BERLIN) moderierte die Veranstaltung. **Dr. Lars Lüdicke** (Mitglied der Geschäftsführung, Deutsche Gesellschaft e. V.) und **Prof. Dr. Lutz Mükke** (Professor für Medien in internationalen Beziehungen, National University, Khartoum) eröffneten die Veranstaltung mit einem Grußwort. Marieke Reimann hielt das Impulsreferat.

- 1: Michael Seidel, Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung
- 2: Marieke Reimann, Zweite Chefredakteurin beim SWR
- 3: Carsten Schneider MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland

„SO
ISSER,
DER
OSSI“



Hier können Sie sich den Audiomitschnitt der Veranstaltung anhören.

VIEL ZU VIEL WESTEN – WAS SICH AN DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER OSTDEUTSCHLAND ÄNDERN MUSS

Von Marieke Reimann

EINLEITUNG: ICH, DER OSSI IM NEWSROOM

Im März 2013 sitze ich in München in einem der oberen Stockwerke des vollverglasteten Medienhauses einer der auflagen- und reichweitenstärksten Zeitungen Deutschlands, als ich im Ticker lese: „Reinhard Lakomy ist tot.“ „Wer?“, fragt mein Kollege, Bayer, Mitte 40. „Na der mit dem Traumzauberbaum.“ – „Nie gehört!“ Schade, denke ich und wundere mich: Wie kann es sein, dass offenbar so viele kluge Menschen in so vielen deutschen Redaktionen keine Ahnung von Ost-Kultur haben? Zwei Jahre zuvor schon, im Dezember 2011, erlebte ich eine ähnliche Situation: Wieder war jemand gestorben. Diesmal saß ich in Köln an einem Newsdesk eines großen privaten TV-Senders und kloppte Online-Nachrichten. Ich kloppte sie wirklich: Mindestens drei Artikel am Tag sollte man schrubben, wem das nicht gelang, der wurde tags darauf in der Frühkonferenz zerpfückt. Schon damals flimmerte der Ticker immer im Hintergrund. Diesmal war Václav Havel gestorben, ehemaliger tschechischer Präsident, Menschenrechtler und Regimekritiker, hat viel bewegt vor und nach der Wende und überhaupt. Ich wollte sofort loshacken und schlug meiner Chefin vom Dienst das Thema vor. „Kein Interesse.“ „Waaas? Warum?“ Sie kenne ihn nicht. Fragt in die Runde: „Kennt ihn irgendwer?“ Nein. Niemand meiner Kolleg*innen zuckt. Ich war die einzige Ostdeutsche in diesem Newsroom für ein Medium, das mehrere Millionen Menschen in Deutschland im Monat lasen und schauten und kam mir mehr als veräppelt vor. „Wie kann man Václav Havel nicht kennen?“, dachte ich. Erst, als andere Medien anfangen, die Meldung aufzugreifen, durfte ich schließlich doch meinen Artikel schreiben. Ich hatte vorher wirklich keine besondere Verbindung zu ihm, fühlte mich aber nun

umso mehr verpflichtet gegenüber allen Ossi und Ost-Europäer*innen, die unser Medium vielleicht lasen, einen ordentlichen Text abzuliefern.

DEUTSCHE REDAKTIONEN SIND HOMOGEN BESETZT. DIE ALLERMEISTEN REDAKTEUR*INNEN SIND WEISS, WESTDEUTSCH, AKADEMISCH.

Je mehr Berufserfahrung ich sammelte, desto offensichtlicher wurde mir: Deutsche Redaktionen sind homogen besetzt. Die allermeisten Redakteur*innen sind weiß, westdeutsch, akademisch. Vereint durch ähnliche Sozialisation und Lebensumstände finden Minoritäten und deren Lebenswirklichkeiten nur in eingeschränktem Maße statt – in der Berichterstattung als Protagonist*innen und in den Redaktionen selbst. Und zu Minoritäten zählen in Deutschland auch Ostdeutsche.

OSSIS OHNE CHEFSSEL

Etwa ein Fünftel aller in Deutschland lebenden Menschen ist ostdeutsch. Die Angaben bewegen sich zwischen 17¹ bis 20² Prozent, je nachdem, wie man „Ossi“ definiert.

In diesem Text sind es alle noch bis 1990 in der DDR Geborenen und Nachwendekinder, die in dem Gebiet der ostdeutschen Bundesländer aufgewachsen, aber mit einem DDR-Mindset groß geworden sind, sprich ein Umfeld hatten, das durch ein Leben in der DDR geprägt war.³

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Impulsvortrages von Marieke Reimann im Rahmen der Bürgerdebatte „So isser, der Ossi“ am 24. August 2022 in Schwerin.

- 1 Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs, Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Eine Studie der Universität Leipzig und des MDR. Im Auftrag des MDR, Leipzig 2016, S. 6.
- 2 Vgl. Kerstin Palzer, Die westdeutsche Bundesregierung, 26. Januar 2022, unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ostdeutsche-bundesregierung-101.html> (Stand: 14. August 2023).
- 3 Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs (FN 1), S. 7.

Dieses Fünftel findet sich in den Führungsetagen unserer Gesellschaft nicht wieder: Nur eine einzige aller deutschen Universitäten wird von einer ostdeutschen Unipräsidentin (Gesine Grande an der TU Cottbus-Senftenberg) geführt.⁴ Kein ostdeutsches Unternehmen ist im DAX gelistet – von den 252 Vorstandsmitgliedern der 40 westdeutschen DAX-Firmen sind zwei aus Ostdeutschland.⁵ Die aktuelle Bundesregierung ist mit nur zwei ostdeutschen Ministerinnen so westdeutsch wie noch nie.⁶ Es gibt seit drei Jahren die erste und bislang einzige ostdeutsche Richterin (Ines Härtel) am Bundesverfassungsgericht.⁷

In den wichtigsten überregionalen privaten Medien wie der ZEIT, dem SPIEGEL, der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem STERN, dem FOCUS, der BILD, der taz, der WELT, RTL oder ProSiebenSat.1 gibt es keine*n ostdeutsche*n Chefredakteur*in. Unter den Stellvertreter*innen finden sich drei Kolleg*innen aus Ostdeutschland (Katrin Gottschalk, taz⁸; Robert Schneider, BILD⁹; Martin Machowecz, DIE ZEIT¹⁰). Zudem sind alle zugehörigen Verlage inklusive Verleger*innen in Westdeutschland angesiedelt. Nahezu alle Regionalzeitungen, die im Osten erscheinen, gehören ebenfalls zu westdeutschen Medienunternehmen und werden von westdeutschen Chef*innen geführt.¹¹

Auch beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk sieht es mager aus: Beim ZDF gibt es keine Führungsperson mit ostdeutschem Hintergrund in der Geschäftsleitung.¹² In der ARD ist eine Intendantin (Karola Wille, MDR)¹³ ostdeutsch.

Ähnlich dünn sieht es in den darunterliegenden Leitungsebenen aus.

IN DEN WICHTIGSTEN ÜBERREGIONALEN [...] MEDIEN [...] GIBT ES KEINE*N OSTDEUTSCHE*N CHEF-REDAKTEUR*IN.

Insgesamt zeichnet sich 33 Jahre nach der Wende ein ernüchterndes Bild: Nur 1,7 Prozent aller Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Medien sind mit Ostdeutschen besetzt:¹⁴ Unsere Gesellschaft funktioniert westdeutsch. Mit westdeutschem Wertesystem, westdeutscher Diskurshoheit, kurzum: Westdeutschen in Machtpositionen, mit westdeutschem Blick auf die Welt. Das gilt auch für die Inhalte deutscher Medien.

ALLES ZIEMLICH GRAU ZWISCHEN TRABBI UND PLATTENBAU

„Die Perspektive beim Sprechen über Ossi und Wessis ist westzentriert, der Osten erscheint als ‚fremd‘ und ‚hilfsbedürftig‘“¹⁵, sagt die Soziologin Juliette Wedl. Sie hat von 1996 bis 2007 266 Artikel der ZEIT und ZEIT ONLINE untersucht und kommt zu dem Schluss, dass zuallermeist negativ über den Osten geschrieben wird – immer dann, wenn er den Abgleich mit dem westdeutschen Wertekonstrukt nicht besteht.

4 Vgl. Lisa Kuner, Wie ostdeutsch sind ostdeutsche Unis?, 18. Februar 2022, unter: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/uni-live/universitaeten-wie-ostdeutsch-sind-ostdeutsche-unis-17815461.html> (Stand: 14. August 2023); Karin Stawski, Frau Grande, ticken Frauen aus Ostdeutschland anders als die aus dem Westen?, 24. März 2021, in: <https://www.stern.de/wirtschaft/die-boss/podcast--die-boss---frau-grande--ticken-frauen-aus-ostdeutschland-anders-als-die-aus-dem-westen--30416606.html> (Stand: 14. August 2023).

5 Vgl. Christiane Hübscher, Studie zu Führungspositionen: Warum Ostdeutsche selten in Chefetagen kommen, 8. Juni 2022, in: <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/ostdeutsche-studie-eliten-fuehrungspositionen-100.html> (Stand: 14. August 2023); Haufe Online Redaktion [ohne Verfasser], Kaum Veränderung des typischen Dax-Vorstandsprofils, 7. Juli 2022, in: https://www.haufe.de/personal/hr-management/karrieremuster-von-dax-vorstaenden_80_501510.html (Stand: 14. August 2023).

6 Vgl. Kerstin Palzer (FN 2).

7 Vgl. ZEIT ONLINE/AFP/dpa/and, Ines Härtel zur ersten ostdeutschen Verfassungsrichterin ernannt, 10. Juli 2020, unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-07/bundesverfassungsgericht-ines-haertel-erste-ostdeutsche-verfassungsrichterin> (Stand: 14. August 2023).

8 Vgl. Jan Feddersen, Neue Co-Chefin II: Katrin Gottschalk, ohne Datum, unter: <https://taz.de/Neue-Co-Chefin-II/1161530/> (Stand: 14. August 2023).

9 Vgl. rai, Robert Schneider wird ab Mitte April Co-Chef von „Bild“, 7. März 2023, unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/robert-schneider-wird-co-chef-von-bild-drogentest-bestanden-a-98a00a40-36cd-4169-9915-84b1ba216b6b> (Stand: 14. August 2023).

10 Vgl. Silvie Rundel, DIE ZEIT: Martin Machowecz wird stellvertretender Chefredakteur, 15. Juni 2023, unter: <https://www.zeit-verlagsgruppe.de/pressemitteilung/die-zeit-martin-machowecz-wird-stellvertretender-chefredakteur/> (Stand: 14. August 2023).

11 Vgl. Lutz Mücke, 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?, OBS-Arbeitspapier Nr. 45, Frankfurt am Main 2021, S. 3.

12 Vgl. ZDF [ohne Verfasser], Geschäftsleitung, ohne Datum, unter: <https://www.zdf.de/zdfunternehmen/geschaeftsleitung-102.html> (Stand: 14. August 2023).

13 Vgl. MDR [ohne Verfasser], Prof. Dr. Karola Wille – MDR-Intendantin, 28. Januar 2022, unter: <https://www.mdr.de/unternehmen/informationen/organisation/biografie-lebenslauf-mdr-intendantin-karola-wille100.html> (Stand: 14. August 2023).

14 Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs (FN 1), S. 6.

15 Juliette Wedl, Ein Ossi ist ein Ossi ist ein Ossi ... Regeln der medialen Berichterstattung über „Ossi“ und „Wessis“ in der Wochenzeitung Die Zeit seit Mitte der 1990er Jahre, in: Thomas Ahbe/Rainer Gries/Wolfgang Schmale (Hrsg.), Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009, S. 113-133.

Die Darstellung von Ostdeutschen ist auch mehr als 33 Jahre nach der Wende eine von Stereotypen geprägte. Häufig werden Berichte über Ostdeutschland mit Plattenbauten oder Trabanten bebildert, um dem westdeutschen Publikum eine (von den Anforderungen einer objektiven Berichterstattung) abweichende Orientierung zu geben, die nichts weiter als das Bedienen altgedienter Klischees ist.

Ähnlich wie bei anderen Minoritäten, etwa der Darstellung von Muslim*innen¹⁶, die oftmals nur mit Kopftuch und generalisierten Eigenschaften in der Berichterstattung auftauchen, werden Osis als Kollektiv dargestellt: Die Osis. Eine Masse. Mit einheitlichen Charakteristiken, die diese Masse auszeichnen.¹⁷ Westdeutsche hingegen agieren als individuelle Protagonist*innen und werden mit diversen Charakteren dargestellt. Ihnen wird zugestanden, eigenständige, vernunftorientierte Entscheidungen zu treffen. Sie sind in Berichten gestaltend und ihnen wird Gestaltungsspielraum zugesprochen.¹⁸

„JOCHEN WOLF KOMMT AUS BAYERN UND IST GROSS UND STARK. MANCHMAL IST ER AUCH EIN RICHTIGER OSSI – DANN, WENN ER INS JAMMERN GERÄT [...].“¹⁹

Die Berichterstattung über Ostdeutsche ist oft eine Krisen-, Wahl- oder Jubiläumsberichterstattung. Wird in Brandenburg oder Thüringen etwa ein neuer Landtag gewählt, fahren Journalist*innen aus ganz Deutschland mal rüber und gucken, „was da so los ist.“²⁰

Fernsehsender starten Reportagereihen mit dazugehörigen Hashtags, in denen sie ihre Community darauf antworten lassen: „#wasmichimostenstoert“.²¹

Außerhalb dieser anlassbezogenen Berichterstattung wird kaum über Ostdeutschland berichtet. Wenn, dann in Bezug auf Wirtschaftsthemen; ostdeutsche Kultur spielt am allerwenigsten eine Rolle.²² Naht am 3. Oktober der Tag der Deutschen Einheit, ein Gedenktag, der nicht etwa an die von Ostdeutschen errungene Friedliche Revolution 1989 erinnert, sondern an das „Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland“²³, mehren sich die Berichte, in denen Bilanz gezogen wird: Wie steht es „um den Osten“ so und so viele Jahre nach 1989/90?

DER SPIEGEL resümierte das im Sommer 2019, 30 Jahre nach dem Mauerfall, auf seinem Cover wie folgt: *So isser, der Ossi. Klischee und Wirklichkeit: Wie der Osten tickt – und warum er anders wählt.*²⁴ Dass dies kein Heft für eine ostdeutsche Zielgruppe ist, war mit Blick auf das Titelbild schnell klar: Süffisant nahm die Redaktion die These ihres Titelthemas schon vorweg, indem das Cover des meistgelesenen Nachrichten-Magazins Deutschlands ein Schlapphut in Deutschlandfarben zierte. Offensichtlich eine Anspielung auf einen zur damaligen Zeit bekannten Pegida-Anhänger, der öffentlichkeitswirksam in viral gegangenen Videos²⁵ in sächsischem Dialekt Journalist*innen bedrohte. Die Botschaft des SPIEGELS ist eindeutig: Osis sind national eingestellt und zeigen stolz die deutsche Fahne, wählen vermutlich rechtsextrem, sprechen Sächsisch und halten nichts von demokratischen Grundwerten wie etwa der Pressefreiheit.

16 Siehe dazu Eren Güvercin, *Muslimen in deutschen Medien. Dieser böse, böse Islam*, 15. März 2015, unter: <https://taz.de/Muslimen-in-deutschen-Medien/!5016777/> (Stand: 14. August 2023).

17 Vgl. Juliette Wedl (FN 15).

18 Vgl. ebd.

19 Toralf Staud, *Das Zentralorgan des Ostens. Kein Blatt tut mehr für die deutsche Einheit: Die „SuperIllu“ führt die Ostler ins neue Land*, in: *DIE ZEIT* 41/2000.

20 NWZonline (ohne Verfasser), *NWZ unterwegs: Will macht Ostdeutschland*, 3. August 2019, unter: https://www.nwzonline.de/politik/oldenburg-nwz-unterwegs-will-macht-ostdeutschland_a_50,5,1950956450.html (Stand: 14. August 2023).

21 Vgl. awp, *Ost-West-Verhältnis im Blick: „ZDFzoom“ erneut „am Puls Deutschlands“*, 12. August 2019, unter: <https://www.nachrichten-oberpfalz.de/ost-west-verhaeltnis-im-blick-zdfzoom-erneut-am-puls-deutschlands/> (Stand: 14. August 2023).

22 Vgl. Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktion, *Ostdeutschland in der Presse. Datenauswertung im Rahmen des MDR-Projekts „Wer braucht den Osten?“*, 9. Juni 2018, unter: <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/wer-braucht-den-osten-datenanalyse-ostdeutschland-medien-100.html> (Stand: 12. Mai 2022).

23 Artikel 1, Absatz 1, in: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), 31. August 1990, unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html> (Stand: 14. August 2023).

24 Siehe DER SPIEGEL 35/2019.

25 Siehe ZAPP – Das Medienmagazin, *Demo in Dresden: Pegida vs. TV-Team*, 23. August 2018, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7n9iy5DwTm8> (Stand: 14. August 2023).

Für den Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann steht dieses Cover „exemplarisch für die maximale kommunikative Asymmetrie zwischen West und Ost, für die unangefochtene Diskursherrschaft des Westens und für den systematischen, medial forcierten Totalausschluss des Ostens aus der Gesamtgesellschaft, sofern der Osten komplett als fremdes, abnormes und peinliches Element markiert wird.“²⁶

WEN WUNDERT ES, DASS OST-DEUTSCHE WENIG ÜBERREGIONALE MEDIEN KONSUMIEREN, WENN SIE IN SELBIGEN DOCH ZUMEIST VOR-VERURTEILT UND PAUSCHALISIERT WERDEN.

Mit dieser Art der Stigmatisierung bestätigt der SPIEGEL die durch Hohn und Ungleichgewicht geprägte Berichterstattung aller überregionalen deutschen Medien über Ostdeutsche – und schafft es einmal mehr, am ostdeutschen Publikum vorbeizuschreiben, in dem er es nicht anspricht, sondern verlacht.

Wen wundert es, dass Ostdeutsche wenig überregionale Medien konsumieren,²⁷ wenn sie in selbigen doch zumeist vorverurteilt²⁸ und pauschalisiert werden. Wer liest schon gerne, wie er so „tickt“, obwohl er vielleicht ganz anders lebt.

Dabei waren die Zuschreibungen, mit denen Ostdeutsche in der Berichterstattung charakterisiert wurden in den Wendejahren zunächst durchaus positiv konnotiert: Anfang der 1990er etwa waren es Wörter wie „Aufschwung“, „Modernisierung“ und „Wachstum“, die häufig im Kontext der Ostdeutschland-Berichterstattung verwendet wurden.²⁹ Der Ostdeutsche selbst galt als „mutiger

Bürger“, der sich „im Aufbruch“ „frech, provokativ, mündig und selbstkritisch“ zeigte.³⁰

Das änderte sich ab Mitte der 1990er: Ostdeutsche werden zunehmend nicht mehr als Opfer des DDR-Regimes oder der „neuen Umstände“ wahrgenommen, sondern „die Ursachen für die Handlungsdefizite in den ostdeutschen Bürgern selbst gesucht.“ Sie sind ab jetzt die „Unzufriedenen“, „Leidenden“, „Unbeweglichen“, „Unsicheren“ und „Fremdenfeindlichen“.³¹ Begriffe wie „Armut“ und „abgehängt“ lösen den Aufschwung bis heute wortwörtlich ab.³²

NEUE GENERATION OST

Seit einigen Jahren ist eine zunehmende Beschäftigung vor allem jüngerer Ostdeutscher mit ihrer Ost-Identität zu beobachten. Der durch die sogenannte Geflüchteten-Krise seit 2015 entstandene Diskurs über die Zunahme des Rechtsextremismus, der sich etwa anhand steigender Wähler*innenstimmen für die rechtsextreme Partei AfD vor allem in Ostdeutschland³³ zeigt, sorgt für ein Hinterfragen bei denjenigen, die sich durch dieses Bild des „rechtsextremen Ossi“ verunglimpft sehen. Um nachzuspüren, was eine ostdeutsche Sozialisierung ausmacht und inwiefern sie etwa auch Nachwendekinder betrifft, haben sich Initiativen wie „Wir sind der Osten“ gegründet. Es publizieren deutlich mehr jüngere Ost-Literat*innen wie Hendrik Bolz, Lukas Rietzschel oder Valerie Schönian. Sie alle setzen bewusst das Ostdeutschsein in den Fokus ihrer Erzählungen. Strukturelle Analysen in Verknüpfung mit der Lebenswirklichkeit vieler Ostdeutscher, wie sie etwa Steffen Mau in seinem preisgekrönten Sachbuch *Lütten Klein* vornimmt, werden zunehmend wahrgenommen und breiter diskutiert als noch vor einigen Jahren. Podcasts³⁴ und Social-Media-Projekte erzählen vermehrt ostdeutsche Vor- und Nach-Wendegeschichten.

Alle Formate eint der Versuch, sich einer Erinnerungskultur zu nähern, die eine ostdeutsche Kultur anerkennt und aufwertet.³⁵

26 Dirk Oschmann, *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023, S. 33.

27 Vgl. Lutz Mücke (FN 11), S. 6 und 27–31.

28 Exemplarisch hierfür etwa der Fall Sebnitz, in: Ebd., S. 30.

29 Vgl. Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktion (FN 22).

30 Vgl. Julia Belke, *Das Bild der Ostdeutschen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Eine Diskursanalyse des ARD-Politmagazins KONTRASTE in der Zeit von 1987 bis 2005*, in: Thomas Ahbe/Rainer Gries/Wolfgang Schmale (FN 17), S. 135–179.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktion (FN 22).

33 Vgl. Thomas Vorreyer, *Studie für Ostdeutschland: Sehnsucht nach „autoritärem Staat“*, 28. Juni 2023, unter: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/demokratie-ostdeutschland-100.html> (Stand: 14. August 2023).

34 Siehe Aurelie von Blazekovic/Sonja Dawson/Stefan Fischer/Kathleen Hildebrand, *Podcasts des Monats August*. In einem anderen Land, 14. August 2023, unter: <https://www.sueddeutsche.de/medien/podcasts-des-monats-august-2023-ddr-osten-stasi-1.6124059> (Stand: 14. August 2023).

35 Daniel Kubiak beschreibt in seinem Text „Die Gruppe der Ostdeutschen als Teil postmigrantischer Integrationsfragen“ die Negierung ostdeutscher Sozio-Kultur, 30. Juni 2021, unter: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoessiers/335715/die-gruppe-der-ostdeutschen-als-teil-postmigrantischer-integrationsfragen/#footnote-target-15> (Stand: 14. August 2023).

Sie fragen: Was ist ostdeutsch und was macht es mit Ostdeutschen, wenn das, was sie auszeichnet, nicht nur nicht sichtbar ist, sondern sogar negiert wird? Es ist auch die Suche nach einer Heimat, die es so nicht mehr gibt.

Um das aufzurollen, braucht es mehr ostdeutsche Rolemodels, die sich bewusst mit ihrer Herkunft auseinandersetzen und diese in der Öffentlichkeit vertreten. Es erfordert aber auch die intensive Auseinandersetzung aller (vor allen Dingen überregionaler) West-Medien damit, wie sie in den vergangenen Jahren zur Schieflage des Ost-West-Diskurses beigetragen haben – Beispiele gibt es genug. Aus dieser intensiven Befassung muss ein Umdenken in der Rekrutierung von Nachwuchsjournalist*innen

etwa an Journalistenschulen und in Redaktionen, aber auch im Besetzen von Führungsfunktionen in den Medienhäusern selbst folgen.

Es bedarf auch politischer Unterstützung, um etwa Förder- und Forschungsprojekte im medialen Bereich Ostdeutschlands zu unterstützen.³⁶ Nur so kann langfristig eine größere Teilhabe Ostdeutscher an der medialen Berichterstattung und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Diskursen garantiert werden. Denn, wenn die Berichterstattung seit des Mauerfalls eines gezeigt hat, dann ist es Folgendes:

Da, wo Ostdeutsche nicht stattfinden, finden auch ihre Erzählungen nicht statt.

36 Vgl. Lutz Mücke (FN 11), S. 6 und 43 f.

BÜRGERDEBATTE IN SCHWERIN

Mit Heiko Hilker, Marieke Reimann, Carsten Schneider und Michael Seidel

„So isser, der Ossi“ lautete der Titel des SPIEGEL in seiner Ausgabe 35/2019. Bei der gleichnamigen Bürgerdebatte in Schwerin herrschte zwischen den Fachgästen und dem Publikum Konsens: Über Ostdeutschland wird in der überregionalen Berichterstattung allgemein wenig berichtet; wenn berichtet wird, dann eher vorurteilsbehaftet, in einem negativen Kontext mit stereotypisierten Bildern oder anlässlich von Jubiläen wie dem Tag des Mauerfalls. Weil sich Ostdeutsche in der überregionalen Berichterstattung „wenig angesprochen fühlen, sie nicht auf Augenhöhe angesprochen werden und es eine pauschalisierende Darstellung gibt“, werden bspw. die überregionalen Printmedien in Ostdeutschland auch weniger gelesen, so Marieke Reimann. Ein Gast im Publikum bestätigte diesen Eindruck. Aber: „Unsere hiesigen Journalisten haben auch einen großen Anteil an einer Stigmatisierung“, meinte er. So suggeriere die Berichterstattung über die Plattenbausiedlung im Schweriner Stadtviertel Dreesch, sie sei ein sozialer Brennpunkt.

Die vorurteilsbehaftete Berichterstattung lässt sich auf die Unterrepräsentation von Menschen mit ostdeutscher Herkunft in den Redaktionen der überregionalen Leitmedien zurückführen. Stereotype und Vorurteile würden deshalb immer weiter produziert und reproduziert, so Heiko Hilker, Geschäftsführer des Dresdner Institut für Medien, Bildung und Beratung. Warum arbeiten dann aber immer noch so viele Westdeutsche in überregionalen Medien? Die Hürden für den Einstieg in die Medien seien für Ostdeutsche – etwa die Kosten für die Ausbildung – einfach zu hoch, berichtete Marieke Reimann, auch aus eigener Erfahrung. Dies bringe Folgen für die Zusammensetzung der Redaktionen mit sich und ebenso für die Berichterstattung. In westdeutschen Redaktionen gehöre „schon auch viel Mut und Selbstbewusstsein“ dazu, „um vor versammelter Mannschaft zu sagen ‚Hättet ihr das nicht anders darstellen können oder wollt ihr das nicht anders darstellen? Es muss doch nicht sein, dass der Trabi durchs Bild fährt oder dass wir einen Schwenk auf die Platte machen‘“, erklärte Reimann. Redaktionen stehen in der Verantwortung. Sie müssen sich grundsätzlich diverser aufstellen.

Angesprochen auf das Regionalprogramm des SWR sagte sie, Ostdeutschland spiele zwar dort nur eine untergeordnete Rolle, doch da alle Landesrundfunkanstalten zur ARD gehören würden, stelle sich auch beim SWR die Frage, wie über die ostdeutschen Bundesländer authentisch berichtet werden könne. Carsten Schneider berichtete, dass er mit dem neuen Jahresbericht zum Stand der Einheit auf diese Entwicklung reagiere. Bewusst sollen darin Geschichten aus dem Osten Deutschlands erzählt werden, die ein anderes Bild von den Ostdeutschen prägen sollen.

Eine Gästin merkte an, ihr sei aufgefallen, dass nicht nur wenige Ostdeutsche in den Chefetagen in Deutschland sitzen würden, sondern auch wenige Frauen. Marieke Reimann bestätigte ihren Eindruck und ergänzte allerdings mit Blick auf die Medienlandschaft: Wenn Frauen in den Hierarchien der überregionalen Medien aufsteigen, seien es eher ostdeutsche Frauen. Reimann nannte Anne Hähnig, Leiterin der „ZEIT im Osten“, als Beispiel. Im Laufe der Debatte kam Carsten Schneider auf diesen Punkt zurück und sagte, vielen westdeutschen Entscheidungsträgerinnen und -trägern fehle das Bewusstsein für die mangelnde Repräsentanz Ostdeutscher. Seine These: Ostdeutsche Frauen werden sich „viel stärker durchsetzen, nicht, weil sie Ostdeutsche sind, sondern weil sie Frauen sind.“ Das Bewusstsein, ihrer Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, sei bereits vorhanden. Der Ostbeauftragte wirbt auf Bundesebene und bei Wirtschaftsunternehmen dafür, mehr Ostdeutsche einzustellen – insbesondere in Führungspositionen.

Bis heute gibt es keine überregionale ostdeutsche Zeitung. „Das heißt, wir sind so ein eigener Nukleus und finden in der bundesweiten Debatte kaum statt. Und das ist etwas, was die Stereotype natürlich noch verstärkt“, kritisierte Carsten Schneider. Auch privatwirtschaftliche Entscheidungen in der Medienlandschaft würden die Debatte ärmer machen. So besitzt zum Beispiel die Funke Mediengruppe aus Essen die Eigentumsmehrheit von drei Thüringer Zeitungen. Zu den Folgen einer solchen Medienkonzentration ge-

hört u. a. eine inhaltliche Homogenisierung in der Berichterstattung. Michael Seidel erwiderte, die Schweriner Volkszeitung lege durchaus „sehr großen Wert“ darauf, ihre Standpunkte in ihre Mediengruppe, medien holding:nord GmbH, einzubringen. Dieser Transfer in die „Westausgaben“ funktioniere ganz gut, meinte der Chefredakteur. Er ergänzte, überregionale Leitmedien würden in Ostdeutschland kaum gelesen und im medial vermittelten Diskurs keine Rolle spielen. Seidel gab zu bedenken, dass die Narrative ostdeutscher Medien „über viele Jahre sehr angedockt gewesen [sind] an die westdeutsche Denke.“

Der Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung bestätigte den Eindruck einer Gästin im Publikum, dass sich die Folgen der Privatisierung der DDR-Betriebe durch die Treuhand bis heute in den Strukturen in Ostdeutschland widerspiegeln würden. Er stellte jedoch klar: Die Treuhand sei keine Erfindung des Westens gewesen, sondern des Ostens selbst. Ihre Gründung wurde von der Regierung Modrow beschlossen. Seidel erinnerte auch an die vielen Neugründungen von Medien in Ostdeutschland im Zuge der Wiedervereinigung wie etwa die Wochenzeitung Mecklenburgischer Aufbruch. Die meisten neugegründeten Zeitungen seien jedoch schnell wieder verschwunden. Heiko Hilker berichtete, wie er sich nach der Wiedervereinigung erfolgreich für den Erhalt von *DT64*, das Jugendprogramm des DDR-Rundfunks, eingesetzt hat. Nachfolgesender ist heute MDR Sputnik. Der Ostbeauftragte merkte kritisch an, dass in vielen überregionalen Medien das Lebensgefühl der Ostdeutschen nach 1990 kaum widerspiegelt worden sei. Er verwies auf den Autor Hendrik Bolz, der in seinem Buch *Nullerjahre* über eine Nachwendejugend in Mecklenburg-Vorpommern erzählt.

In der Bürgerdebatte stellte sich die Frage nach den Bedingungen für einen besseren Journalismus. Carsten Schneider wies auf die bereitgestellten Mittel des Bundes in Höhe von 200 Millionen Euro hin zur „Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens, zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern“. Diese Mittel seien aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgegeben worden. Die aktuelle Regierungskoalition möchte eine flächendeckende Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen gewährleisten und prüfen, welche Fördermöglichkeiten dazu geeignet sind. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme lokaler und regionaler Tageszeitungen durch rückläufige Anzeigen, hohe Vertriebs- und Zustellkosten, warnte Michael Seidel: „Es droht die Printpresse

im ländlichen Raum wegzubrechen, weil die Zustellung inzwischen teurer ist als die ganze Produktion der Zeitung.“ Problematisch sei auch, dass es aufgrund deutlicher Stellen- und Mittelkürzungen nicht immer möglich sei, auf die Qualität der Inhalte zu achten und diese kritisch zu hinterfragen: „Es gibt weniger Leute, die tiefgehend recherchieren können, sie haben mehr Leute, die an der Oberfläche berichten“, erklärte Heiko Hilker. Er gab zu bedenken, dass hinter den digitalen Angeboten der Medien, die teils kaum Aufrufe erzielen, redaktionelle Ressourcen stehen, die an anderer Stelle entzogen werden. „Ich glaube, dass es nicht reicht, neue Führungskräfte zu haben. Sie brauchen sozusagen eine Ausstattung für den Journalismus, dass der adäquat seiner gesellschaftlichen Funktion nachkommen kann, also einerseits abzubilden, andererseits auch entsprechend Dinge, Entwicklungen einordnen zu können.“ Seidel zeigte sich skeptisch: Selbst, wenn der MDR optimal ausgestattet wäre, würde das den bundesweiten Diskurs über Ostdeutschland nicht ändern, weil die Entscheidungen für die Berichterstattung in den Redaktionen getroffen werden. „Wir werden nicht verhindern, dass die Printauflagen weiter sinken. Wir werden es auch nicht schaffen, die Deutungen der überregionalen Medien signifikant zu verändern. Wir werden der Süddeutschen [Zeitung] nicht helfen können, im Osten besser verbreitet zu sein.“ Er warf die Fragen auf „Woran machen wir journalistische Qualität fest? Was ist guter Journalismus? Auftrags-, Abarbeitungs-, Terminjournalismus? Oder ist es das Einordnen, das Analysieren, das Aggregieren; oder ist es, nutzwertigen Journalismus für die Menschen in der Region zu machen?“.

Eine Gästin im Publikum wollte wissen, wie jungen Menschen Lust auf Journalismus gemacht werden kann. Sie erinnerte an die Arbeit des Jugendmedienverbands Mecklenburg-Vorpommern, der sich nach fast 30 Jahren auflösen musste. „Es gab keinen politischen Willen, diesen Jugendmedienverband zu retten“, meinte sie. „Das ist eine Aufgabe für die Politik. Insofern muss man, glaube ich, nur die Punkte finden, an denen man sich politisch einsetzen kann, um junge Leute da reinzubringen.“ Carsten Schneider, in den 1990er Jahren selbst in der Jugendpresse Thüringen tätig, wies auf die Landesjugendringe hin, die durch den Bund gefördert werden. Um junge Menschen zu erreichen, würden einige Medien auch journalistische Beiträge in den sozialen Medien (zum Beispiel TikTok) veröffentlichen, so der Ostbeauftragte. Der Verlag der Schweriner Volkszeitung habe den Jugendmedienverband mehr als 20 Jahre unterstützt und der Schülerzeitungswettbewerb des Landes erhalte weiterhin

Unterstützung, ergänzte Michael Seidel. Marieke Reimann betonte die Bedeutung der Jugendpresseverbände, die jungen Medienmachenden zum Beispiel Presseausweise ausstellen. „Solche Verbände brauchen wir“, so die Zweite Chefredakteurin des SWR, auch um die junge Zielgruppe zu erreichen. „Wir müssen mit jüngeren Leuten viel schneller zusammenarbeiten.“

Carsten Schneider betonte, es gelte, das hohe Gut unabhängiger Medien, wozu private und öffentlich-rechtliche Medien gehören und die unverzichtbar seien für die Demokratie, zu schützen – „und das kostet dann im Zweifel auch was“. Insbesondere müsse gewährleistet sein, dass Journalistinnen und Journalisten für ihre kontinuierliche, kritische Berichterstattung nicht attackiert werden. Ulrike Nimz hatte in ihrem Kommentar für die Süddeutsche Zeitung den Angriff auf einen Lokaljournalisten in Bad Lobenstein als „ein

Resultat wachsender Demokratieverachtung“¹ gekennzeichnet. Michael Seidel verwies auf den Pressekodex. Umfassende Recherche bedeute, ein Thema aus möglichst allen relevanten Perspektiven zu betrachten und nicht nur die eine Sichtweise zu transportieren. Der Chefredakteur illustrierte dies an einem Beispiel: Würde die Landesredaktion ständig negativ über den Einsatz von Glyphosat und Massentierhaltung in der Landwirtschaft berichten, würden sich die Landwirtinnen und Landwirte die Frage stellen, warum sie die Zeitung noch abonnieren sollen. Sicherlich sei es wichtig, diesen Einsatz kritisch zu hinterfragen, so Seidel. In die Diskussion müsse jedoch auch die Perspektive der Landwirtinnen und Landwirte einbezogen werden und „schon verändert sich die Gesprächshaltung“; dann wachse auch der Respekt vor den Medien. Seidel stellte jedoch klar: „Ich gehe nicht mit Leuten ins Gespräch, die sowieso sagen ‚Lügenpresse‘.“

1 Ulrike Nimz, Weigelts Welt, 23. August 2023, unter: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/thomas-weigelt-ostthueringer-zeitung-reichsbuerger-bad-lobenstein-1.5643925> (Stand: 25. September 2023).



DESSAU-ROBLAU

Die vierte Veranstaltung in der Reihe am 14. September 2022 im Bauhaus Museum in Dessau-Roßlau thematisierte, welchen Einfluss Ostdeutsche auf den Mediendiskurs haben. Wie können Journalistinnen und Journalisten für ostdeutsche Perspektiven und Themen sensibilisiert werden? Welche Institutionen oder Personen müssen in die Pflicht genommen werden?

An der Bürgerdebatte wirkten mit: **Jeannette Gusko** (Geschäftsführerin, CORRECTIV, Sprecherin, Netzwerk 3te Generation Ost), **Prof. Dr. Sebastian Köhler** (Professor für Journalistik und Kommunikationswissenschaft, Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft, Journalist und Autor), **Prof. Dr. Lutz Mücke** (Professor für Medien in internationalen Beziehungen, National University, Khartoum) und **Marc Rath** (Chefredakteur, Mitteldeutsche Zeitung). **Tim Herden** (Studiodirektor, MDR-Studio Berlin) moderierte die Veranstaltung. **Ute König** (Leiterin Kommunikation & Pressesprecherin, Stiftung Bauhaus Dessau) eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort. Prof. Dr. Sebastian Köhler hielt das Impulsreferat.

- 1: Die Gäste im Publikum trugen mit ihren Fragen, Anliegen und Meinungen zu einer angeregten Debatte bei.
- 2: Marc Rath, Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung
- 3: Jeannette Gusko, Geschäftsführerin von CORRECTIV und Sprecherin des Netzwerks 3te Generation Ost

„(K)EIN RICHTIGES GESPÜR FÜR RELEVANTE THEMEN“



Hier können Sie sich den Audiomitschnitt der Veranstaltung anhören.

ARTIKULATION OSTDEUTSCHER: DAS „A UND O“, DAS „ALPHA UND OMEGA“ HINSICHTLICH BESTIMMTER MEDIENFRAGEN?

Von Sebastian Köhler

EINGANGS-EPISODE „BESCHUEuerte BÜRGER“

„Solche Bürger sind nicht besorgt, sondern bescheuert.“¹ Wie Nikolaus Blome selbst äußerte, dürfte das „in your face“ gegangen sein sollen – allerdings, und so viel Gratismus ist selten, ja mitten ins Gesicht von Leuten, die höchstwahrscheinlich solche Beiträge ohnehin nicht (mehr) lesen. Der Politikchef von RTL und ntv, früher Führungskraft bei BILD und beim SPIEGEL, nahm sich in seiner SPIEGEL-Kolumne mal wieder „ein vornehmlich ostdeutsches Milieu“ vor, das erneut „mit Verschwörungsideologien mobil“ gemacht habe. Alles Schlechte ist ja selten beisammen, aber hier, auf dem Neuruppiner Marktplatz (klar, mehr „Dunkeldeutschland“ geht kaum), kam man dem nahe – zumindest laut Blome.

Ich nehme Blomes Text als szenischen Einstieg, weil der Leit-Journalist vielleicht nicht repräsentativ, aber sicher nicht untypisch ist für ein bestimmtes, ziemlich elitäres, nun ja, „westdeutsches Milieu“ („Milieu“ hier nicht abwertend gemeint, sondern als soziale Schichtung im Sinne Pierre Bourdieus²), das in Politik und Wirtschaft, in Medien und Kultur das Sagen hat. Nicht zuletzt in Ostdeutschland.

Die Kolumne von Blome ist nicht nur, wie drei Tage später die gebürtige Ostdeutsche Sabine Rennefanz wiederum im SPIEGEL in ihrer Kolumne schrieb, „höhnisch und herablassend“³. Dieser meinungsbetonte Beitrag darf durchaus als hasserfüllt gegen „die da unten“ gelten. Man könnte polemisch auch sagen: Klassenkampf von oben, in Verbindung mit einem bestimmten

Rassismus. Drei Beispiele dafür aus dem Text: 1.) Ein Kritiker der Regierungspolitik wird nicht als Mensch dargestellt, sondern als „schnarrende Stimme“ und „die Stimme“. 2.) Damit sei der einer von bestimmten Leuten, die, so Blome, „man früher ‚Pöbel‘ genannt hätte, und früher war bekanntlich nicht alles schlechter.“ 3.) Blome sieht sich hier etwas gegenüber, das, wiederum Zitat, „alle menschliche Mäßigung fahren“ lasse. Soweit einerseits.

Andererseits kann man der Kolumne nicht vorwerfen, sie widme sich nicht auch der Regierungsseite: Der Text beginnt mit der Aussage, dass Autor Blome Kanzler Olaf Scholz „neulich [...] bewundert“ habe. Und Blome endet damit, sehr wohlwollend Robert Habeck zu zitieren. Lob für Kanzler und Vizekanzler sowie Herren-Reiterei gegenüber denen da unten im Osten – viel besser geht es kaum als „vierte Gewalt“. Aber im Ernst: Was hätte das mit Journalismus zu tun? Im Sinne von aktueller Objektivierung, von Artikulation wichtiger Tendenzen in der Gesellschaft sowie von Kritik und Kontrolle vor allem der Mächtigen?⁴

Um nicht missverstanden zu werden: Ich, mich politisch links verortend, verteidige auch hier die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit. Aber hat, hypothetisch gefragt, die von Blome attackierte „schnarrende Stimme“ auch die Möglichkeit, sich (oder Perspektiven ihrer Art) ähnlich machtvoll und reichweitenstark zu artikulieren wie Leit-Journalist Blome? Die Frage stellen heißt, sie zu verneinen und die Antwort abzuwenden. Sich womöglich einfach abzuwenden.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Impulsvortrages von Prof. Dr. Sebastian Köhler im Rahmen der Bürgerdebatte „(K)ein richtiges Gespür für relevante Themen“ am 14. September 2022 in Dessau-Roßlau.

1 Nikolaus Blome, „Wutwinter“-Proteste. Solche Bürger sind nicht besorgt, sondern bescheuert, 22. August 2022, unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wutwinter-proteste-die-buerger-sind-nicht-besorgt-sondern-bescheuert-meinung-a-2e99c3e6-aeaa-40df-87cf-c141c96f8550> (Stand: 24. Juli 2023).

2 Siehe dazu Stefan Hradil, Soziale – eine praxisorientierte Forschungsperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44-45/2006, unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29429/soziale-milieus-eine-praxisorientierte-forschungsperspektive/> (Stand: 24. Juli 2023).

3 Sabine Rennefanz, Westdeutscher Blick auf Proteste im Osten. Höhnisch und herablassend, 25. August 2022, unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/westdeutscher-blick-auf-den-osten-hoehnisch-und-herablassend-kolumne-a-82bbd025-08b3-4e1b-960a-66eacab2b701> (Stand: 24. Juli 2023).

4 Siehe dazu Heinz Bonfadelli, Medien und Gesellschaft im Wandel, 9. Dezember 2016, unter: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/medienpolitik/236435/medien-und-gesellschaft-im-wandel/> (Stand: 24. Juli 2023).

Oder auch schlicht „Lügenpresse“ zu rufen. Und entsprechend bei Umfragen und Wahlen zu handeln. Als Schein-Opposition aufzutreten. Da habt Ihr es!

LANGER WEG NACH OBEN ODER „ROAD TO NOWHERE“?

Die erneute Studie – veröffentlicht 2022 vom MDR und der Universität Leipzig mit dem Titel „Der lange Weg nach oben“ – dazu, inwiefern es Ostdeutsche in Eliten schafften⁵, zieht folgendes Fazit, Stand 2022 mit Bezug auf die vorherige Studie 2016, damals unter dem Titel „Wer beherrscht den Osten?“:

Auch mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall sind der Studie zufolge Ostdeutsche in Führungspositionen bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil teilweise stark unterrepräsentiert, sowohl in gesamtdeutschen Führungspositionen als auch in Ostdeutschland selbst. Ein in den vergangenen Jahren erwartetes Nachrücken Ostdeutscher in Elitepositionen bzw. ein Ansteigen der Anteile finde in vielen der untersuchten gesellschaftlichen Bereiche schlicht nicht statt.

Mit Blick auf etablierte Medien in Ostdeutschland, wo der Studie zufolge mehr als 80 Prozent der „Wohnbevölkerung“ als Ostdeutsche gelten, ging in den Chefredaktionen der großen Regionalzeitungen (also der von der sogenannten „Treuhandanstalt“ Anfang der 1990er Jahre praktisch komplett an westdeutsche Großverlage verkauften einstigen SED-Bezirkszeitungen) der Anteil Ostdeutscher von 62 Prozent im Jahre 2016 nunmehr auf 43 Prozent zurück. In den jeweiligen Geschäftsleitungen stieg er, allerdings von nur neun auf sechs Jahre später noch immer sehr geringe 20 Prozent. In den Führungsgremien der drei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die ihr Sendegebiet ganz (MDR) oder teilweise (rbb, NDR) in ostdeutschen Regionen haben, stieg der Anteil Ostdeutscher, von 27 auf mittlerweile 31 Prozent. Allerdings sind das nunmehr, in absoluten Zahlen betrachtet, genau vier Leute und damit eine Person mehr als vor sechs Jahren. Im Jahr 2023 wurde zur neuen rbb-Intendantin Ulrike Demmer gewählt, in einem hoch umstrittenen Verfahren.⁶ Frau Demmer stammt, wie auch ihre letzte Kontrahentin Heide Baumann, ganz tief

aus dem (Süd-)Westen Deutschlands. Soviel zum Thema „Zeitenwende“ an der Stelle.

Gesamtdeutsch machen die Ostdeutschen laut Studie etwa 17 Prozent der Bevölkerung aus; hier nun die Anteile der Ostdeutschen in den Top-Eliten bundesweit: Über alle Bereiche hinweg stieg der Anteil von knapp zwei auf rund dreieinhalb Prozent – das ist einerseits seit 2016 fast eine Verdoppelung, andererseits noch immer eine sehr deutliche Unter-Repräsentanz der Ostdeutschen mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik. Der Faktor, der zum Ausgleich fehlt, liegt hier sogar bei knapp fünf. Innerhalb Ostdeutschlands wiederum beträgt dieser Faktor, der zum Ausgleich fehlt, auch noch gut drei.

Fazit: Das Problem der Unter-Repräsentanz der Ostdeutschen in Führungspositionen besteht der Studie zufolge in den ostdeutschen Ländern und Ost-Berlin weiterhin deutlich, aber sogar noch gravierender (fast doppelt so stark, was den nötigen Ausgleichsfaktor angeht) in Gesamtdeutschland. Der Osten als westdeutsche Prägung – dazu gleich mehr.

ARTIKULATION ALS AUFGABE UND PROBLEM

Was bedeutet hier „Artikulation“? Mit „Artikulationsfunktion“ (oder -rolle bzw. -aufgabe) wird die Bündelung und öffentliche Äußerung von möglichst vielen, idealerweise allen gesellschaftlich relevanten Auffassungen und Interessen durch bestimmte Institutionen bezeichnet⁷ wie z. B. durch politische Parteien oder eben auch durch Medien. Möglichst viele wichtige, auch widersprüchliche Tendenzen (in) der Gesellschaft sollen Ausdruck finden. Damit ist die Artikulationsfunktion ein wichtiger Bestandteil von Demokratie und weiterer Demokratisierung. Denn sie bezeichnet die Aufgabe, verschiedene Interessengruppen und entsprechende z. B. politische Forderungen so zusammenzufassen und öffentlich zumindest zu artikulieren (wenn nicht sogar aktiv zu vertreten), dass diese Interessen und Forderungen in sozialen Auseinandersetzungen wahrgenommen und z. B. bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Medien sollen also daher nicht zuletzt wichtige Stimmungen (in) der Bevölkerung explizit machen.⁸

5 Siehe dazu Michael Schönherr/Julia Antusch/Olaf Jacobs, Der lange Weg nach oben. Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen. Eine Datenerhebung im Rahmen des gleichnamigen MDR-Projekts, 2023, unter: https://ostdeutscheswirtschaftsforum.de/wp-content/uploads/2022/06/20220608_Der-lange-Weg-nach-oben_Ostdeutsche-Eliten.pdf [Stand: 24. Juli 2023].

6 Siehe dazu rbb, Abstimmung in Potsdam. Rundfunkrat wählt Ulrike Demmer zur neuen rbb-Intendantin, 16. Juni 2023, unter: <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/06/wahl-rbb-intendantin-ulrike-demmer-potsdam-rundfunkrat.html> [Stand: 24. Juli 2023].

7 Vgl. Roland Burkart, Kommunikationswissenschaft, 4. Aufl., Wien/Köln/Weimar 2002, S. 393 f.

8 Vgl. Heinz Bonfadelli (FN 4).

Auch laut Medienstaatsverträgen und laut höchstrichterlichen Urteilen sollen reichweitenstarke etablierte Medien, gerade die öffentlich-rechtlichen Medien, beides sein: Faktor UND Medium der individuellen und öffentlichen Meinungsbildung. Faktor heiße, journalistisch eigene Themen zu setzen, zu recherchieren und diese umfassend zu vermitteln. Medium wiederum heiße, wichtige Tendenzen der Gesellschaft wahrzunehmen und zunächst einmal ganz sachlich eben zu ARTIKULIEREN. Freilich nicht nur das verlaublichen, was – tendenziell – aus den Eliten verlautes, sondern möglichst die gesamte soziale, oft ja widersprüchliche Bandbreite von Interessen, Themen und Meinungen dazu zu erkennen („sagen, was ist“) und aufzugreifen. Was natürlich nicht heißt, fragwürdigen Tendenzen „nach dem Munde zu reden“ – aber eben auch nicht, diese etwa schlicht zu marginalisieren oder gar zu ignorieren. Spätestens seit vielen journalistischen Beiträgen hierzulande zum Ukraine-Konflikt ab 2014 lassen sich „Repräsentationslücken“⁹ vor allem bei etablierten Medien beobachten. Diese werden zum Teil heftig kritisiert wie prominent von Richard David Precht und Harald Welzer, insgesamt sowohl auf Experten- als auch auf Laien-Ebenen. Wobei sich, ähnlich wie die kritisierte Berichterstattung, tendenziell und spiegelbildlich auch manche Kritik dualistisch verselbstständigt (hat), im Sinne eines „mit uns oder aber gegen uns“ „schwarz oder aber weiß“, „gut oder aber böse“. Tertium non datur? Andere Positionen sollte es nicht geben?

Meine *erste These*: Bei der Artikulation der komplexen gesellschaftlichen Vielfalt durch wichtige Medien gibt es gerade mit Blick auf Ostdeutsche weiterhin sehr viel „Luft nach oben“, also deutlichen Verbesserungsbedarf. Vertrauen in etablierte Medien ist generell nicht mehr selbstverständlich, sondern mittlerweile weltweit ziemlich prekär, wie aktuelle Oxford-Reuters-Studien der Jahre 2022 und 2023 besonders deutlich machen.¹⁰ Ostdeutsche wiederum zeigen sich laut verschiedenen Studien¹¹ gegenüber etablierten Medien noch einmal deutlich skeptischer als an-

dere Menschen hierzulande. Die Gründe dafür mögen vielfältig sein – genannt werden oft eine schlechtere wirtschaftliche und soziale Lage oder Nachwirkungen aus der DDR-Zeit. Meines Erachtens ist folgende mögliche Ursache eine entscheidende – und das ist meine *zweite These*:

Viele Ostdeutsche nehmen jene Medien als sehr deutlich von Westdeutschen dominiert wahr. Und für diese Wahrnehmung gibt es – siehe oben – ja (leider) gute Gründe. Denken wir in Ergänzung zur aktuellen rbb-Intendantz-Wahl (siehe oben) an jene ein Jahr zuvor, als die – „natürlich“ aus dem Westen stammende – Intendantin Patricia Schlesinger nach Vorwürfen heftiger Verfehlungen kommissarisch abgelöst wurde durch Katrin Vernau als wirklich lupenreine „Westfrau“, einst auch noch Partnerin bei der Unternehmensberatung Roland Berger.¹² Deren Nachfolgerin im Amt, Ulrike Demmer, wiederum war fünf Jahre lang auf dem Ticket der SPD stellvertretende Regierungssprecherin. Beide also bestens vernetzt in mächtiger Wirtschaft und herrschender Politik. Das darf als problematisch gesehen werden – und wird es offenbar auch, im Osten anscheinend noch mehr als im Westen der Republik.

Letztes Schlaglicht an der Stelle: Auch wenn DIE ZEIT in Ostdeutschland relativ wenig gelesen wird – die Debatten um eine mutmaßliche Doppel-Rolle des führenden ZEIT-Journalisten Jochen Bittner im Zusammenhang mit einer sehr medienwirksamen Rede des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck im Jahr 2014 dürften nicht wenige Ostdeutsche dennoch (oder gerade daher) durchaus mitbekommen haben.¹³ Und womöglich als fragwürdige strukturelle Kopplung wahrgenommen haben, in jenem Fall als eine ganz besondere zwischen den Worten eines Top-Journalisten und jenen eines Spitzen-Politikers.

STRUKTURELLE KOPPLUNGEN ALS PROBLEM

Zum in der Tendenz besonders in Ostdeutschland sinkenden Medienvertrauen trägt aus meiner Sicht also auch ein Faktor bei, den ich

9 Harald Welzer, zitiert nach: Jürgen Deppe, „Die vierte Gewalt“: Precht und Welzer über „Meinungsmache der Leitmedien“, 14. Oktober 2022, unter: <https://www.ndr.de/kultur/buch/tips/Die-vierte-Gewalt-Precht-Welzer-Meinungsmache-der-Leitmedien,prechtwelzer100.html> [Stand: 24. Juli 2023].

10 Siehe dazu Julia Behre/Sascha Hölzig/Judith Möller, Reuters Institute Digital News Report 2023 – Ergebnisse für Deutschland, Hamburg 2023 [Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts / Projektergebnisse Nr. 67], unter: <https://doi.org/10.21241/ssoiar.86851> [Stand: 24. Juli 2023].

11 Siehe dazu exemplarisch die Studienreihe zum Medienvertrauen an der Universität Würzburg, unter: <https://www.wiwi.uni-wuerzburg.de/lehrstuhl/professur-fuer-wirtschaftsjournalismus-und-wirtschaftskommunikation/forschung/studienreihe-zum-medienvertrauen/> [Stand: 24. Juli 2023].

12 Siehe dazu Christian Buß/Anton Rainer, WDR-Managerin wird RBB-Chefin. Liebesgrüße aus Köln, 8. September 2022, unter: <https://www.spiegel.de/kultur/nach-skandal-um-patricia-schlesinger-katrin-vernau-wird-interimsintendantin-vom-rbb-a-9d0d1102-2bd4-4e44-bca7-5418a39d83c6> [Stand: 24. Juli 2023].

13 Siehe dazu Christian Rath, Urteil des Bundesgerichtshofs: „Die Zeit“ verliert gegen ZDF-Satire, 10. Januar 2017, unter: <https://taz.de/Urteil-des-Bundesgerichtshofs/!5373714/> [Stand: 24. Juli 2023].

„strukturelle Kopplungen“ samt gegenseitiger Be- und Verstärkungen zwischen Medien und anderen mächtigen Feldern der Gesellschaft wie Wirtschaft und Politik nenne (und wofür, strukturell betrachtet, die jüngsten rbb-Skandale jenseits der reinen Personalien kein schlechtes Beispiel bleiben): Dieser strukturellen Kopplungen und damit verbundenen Beschränkungen sollten wir uns deutlicher bewusst werden und versuchen, Medien dagegen viel mehr/auf neue Weisen zu vergesellschaften. Dafür gab es übrigens während der Wendezeit in der DDR unter anderem an dortigen „Runden Tischen“ sinnvolle Impulse, die leider gesamtdeutsch kaum oder gar keine Chancen bekamen.

Medien sind in Deutschland laut Grundgesetz und vieler anderer Richtlinien formal unabhängig, eine staatliche Zensur findet nicht statt. Dennoch gibt es materiale Probleme, von denen ich zwei erwähnen möchte: 1.) Privatwirtschaftliche Medien hängen als Tendenzbetriebe in hohem Maße von den Interessen und Entscheidungen ihrer Eigentümerinnen und Eigentümer ab – sehr deutlich wurde das mal wieder im Oktober 2021, als Groß-Verleger Dirk Ippen die Veröffentlichung eines fertigen Beitrages des Ippen-eigenen Recherche-Teams zu angeblichem Fehlverhalten des damaligen BILD-Chefredakteurs Julian Reichelt einfach unterband.¹⁴ 2.) Öffentlich-rechtliche Anstalten können, selbst wenn ihr Spitzenpersonal vollkommen integer agiert und die dortigen Journalistinnen und Journalisten professionell arbeiten, nur bedingt „staatsfern“ sein. Denn dieselben Parlamentsmehrheiten, die in den Ländern oder – für das ZDF und das Deutschlandradio – im Bund die Regierung wählen, bestimmen mit dieser Regierungsmehrheit auch über Medienstaatsverträge. Sie bestimmen zudem, was in den jeweiligen Rundfunkräten als „gesellschaftlich relevante Gruppe“ gilt und bestimmen praktisch auch, welche Leute (oft als direkte oder indirekte Abgesandte der jeweiligen Parteien) in diesen Aufsichtsgremien vertreten sind. So reproduzieren und potenzieren sich Machtverhältnisse – daher sollten wir über diese Struktur-Probleme reden und nicht nur über anscheinend fragwürdiges Verhalten einzelner Spitzen-Leute. Denn, und das ist meine *dritte These*: Für das Problematische solcher

strukturellen Kopplungen mögen Ostdeutsche auch aufgrund von DDR-Erfahrungen, Wende-Hoffnungen sowie Nachwende-Enttäuschungen besonders sensibilisiert sein.

FÜR MEHR GESELLSCHAFTLICHE REPRÄSENTANZ IN REICHWEITENSTARKEN MEDIEN

Daher möchte ich an der Stelle drei Vorschläge unterbreiten, damit wichtige journalistische Medien wirken können im Sinne eines weltweiten und generationsübergreifenden Allgemeinwohls (kurz gesagt: ein gutes Leben für alle in einer intakten Umwelt und in Frieden). Zumindest mehr als bisher und mehr als derzeit, gerade auch hierzulande:

1. Journalistinnen und Journalisten sollten sich ihrer (beschränkten) Perspektive(-n) mehr bewusst sein und sich aktiv um Perspektivenwechsel bemühen – mehr beitragen auf Augenhöhe, weniger senden von oben herab, also weniger im Sinne etwaigen „Sendungsbewusstseins“.¹⁵
2. Wir Mediennutzenden sollten uns einmischen, uns mehr zu Wort melden, mit sachlicher Kritik und mit eigenen Beiträgen – denn Medien (wie andere Mächte) machen mit uns insofern, was sie wollen, als wir Bürgerinnen und Bürger uns das gefallen lassen. Oder eben auch nicht.
3. Strukturelle Demokratisierung nicht zuletzt der Medien: Räte des Publikums und Räte der Mitarbeitenden könnten im progressiven Sinne zu Vergesellschaftung (also und gerade NICHT: Verstaatlichung) beitragen. Publikumsräte könnten extra gewählt werden – aber vielleicht, wegen der Machtverhältnisse, noch besser aus der gesamten Bevölkerung repräsentativ und zufällig „ausgelost“ werden – dann sollten diese 50 oder 100 oder 200 Menschen für zwei oder vier Jahre in diesem Ehrenamt soziale Arbeit fürs Gemeinwohl leisten, mit entsprechenden Ressourcen versehen, wie Weiterbildung in Medienfragen und natürlich bezahlter Reduktion ihrer bisherigen Erwerbsarbeit. In dieser Richtung u. ä. könnte sich die gesamte Gesellschaft die so wichtigen öffentlich-rechtlichen Medien wieder zurückholen und in Richtung Gemeinwohl und gelingende gesellschaftliche

14 Siehe dazu ssu/dpa-AFX, „Intensive Diskussion beider Seiten im Haus“. So begründet Ippen das Zurückhalten der Springer-Recherche, 18. Oktober 2021, unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ippen-mediengruppe-begrundet-zurueckhalten-der-recherche-zu-julian-reichelt-und-springer-a-77db9aec-bbe8-4b3d-98ce-0080215534fa> (Stand: 24. Juli 2023).

15 Siehe dazu Sebastian Köhler, Mehr beitragen, weniger senden. Zur Rolle von Feedback und Artikulation im Journalismus, in: *Journalistik* 2/2018, unter: https://journalistik.online/wp-content/uploads/2018/06/koehler-mehr-beitragen_Journalistik_2-2018_de.pdf (Stand: 24. Juli 2023).

Kommunikation gleichsam dialektisch „aufheben“ auf ein neues, produktiveres Niveau.

AUSGANGS-EPISODE „ABWEICHENDES VERHALTEN“

Der Germanist Dirk Oschmann – fünf Tage später als ich im November 1967 auch im damaligen DDR-Bezirk Erfurt geboren, er in Gotha, ich in der Bezirksstadt – weist in seinem Bestseller *Der Osten – eine westdeutsche Erfindung* auf viele wichtige Probleme hin. Ein zentraler Aspekt seines Buches: Oschmanns Kritik daran, dass Westdeutschland „normal“ sei und „der Osten“ das endlich werden müsse.¹⁶ Der vielleicht erfolgreichste und womöglich auch beste heutige Journalist aus der DDR, Alexander Osang, hat – in Entsprechung dieser kritischen These – bereits früher eine schöne Metapher geprägt, der zufolge es gesamtdeutsch weiterhin so scheine, als solle „der Osten“ aus der Gesellschaft endlich rauswachsen wie eine hässlich gewordene „Dauerwelle“.¹⁷

Ein (leider immer noch) ziemlich aktuelles Beispiel zu dieser andauernden Geschichte: In den *ARD-Tagesthemen* vom 1. September 2022 präsentierte WDR-Fernseh-Chefredakteurin Ellen Ehni den aktuellen Deutschlandtrend¹⁸. Bei einer Frage kam sie auf Folgendes zu sprechen: Insgesamt befürworte noch immer eine Mehrheit der Deutschen, allerdings mit abnehmender Ten-

denz, Sanktionen gegen Russland, auch wenn die Energiepreise und Lebenshaltungskosten hier teurer werden. Fast direkt entgegengesetzt seien in dieser Frage die Positionen in West- und Ostdeutschland. Mit den Zahlen der relativ deutlich diese Sanktionen ablehnenden Antworten befragter Ostdeutscher beendete Frau Ehni ihren Report und sagte, das sei sicherlich eine Entwicklung, die „wir“ in den nächsten Wochen und Monaten nochmal und weiter im Auge behalten müssten. Die WDR-Chefredakteurin meinte (und meint wohl) damit offenbar die klare Abweichung einer ostdeutschen Umfrage-Mehrheit in dieser Frage vom gesamtdeutschen „Normalzustand“. Der, „natürlich“, ein „westdeutsch“ bestimmter ist und dennoch (oder gerade deshalb) wie selbstverständlich das gesamtdeutsche Bild prägt.

Dabei sollte es meines Erachtens doch möglich sein, mit solchen Unterschieden als „normal“ und überhaupt normal umzugehen. Dabei zuschauen, inwieweit man derartige Verschiedenheit einfach akzeptieren, respektieren und nicht zuletzt für gesamtgesellschaftliche Lernprozesse produktiv machen könnte – wenn Gemeinsamkeiten UND Unterschiede angemessen artikuliert und diskutiert würden gerade auch in wichtigen Medien, hier und jetzt oder doch hoffentlich bald.¹⁹ Anscheinend etwas Einfaches, das schwer zu machen ist.

16 Vgl. Matthias Bertsch/ckr, Umstrittene These. Ist Ostdeutschland eine Erfindung des Westens?, 15. April 2023, unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/ist-der-osten-eine-erfindung-des-westens-oschmann-debatte-100.html> (Stand: 24. Juli 2023).

17 Vgl. Alexander Osang, Tag der Deutschen Einheit. 30 Jahre später, und ich erzähle immer noch dieselbe Geschichte, 24. September 2019, unter: <https://www.spiegel.de/panorama/die-erziehung-des-ostens-a-00000000-0002-0001-0000-000166007138> (Stand: 24. Juli 2023).

18 Vgl. Ellen Ehni, ARD-DeutschlandTREND. Nur Minderheit will Entlastung für alle, 1. September 2022, unter <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3135.html> (Stand: 24. Juli 2023).

19 Siehe dazu Sebastian Köhler, Die DDR in den Medien: Gleich und frei gesellt sich nicht gern, 10. Dezember 2020, unter: <https://www.berliner-zeitung.de/zeitenwende/die-ddr-in-den-medien-gleich-und-frei-gesellt-sich-nicht-gern-li.124668?pid=true> (Stand: 24. Juli 2023).

BÜRGERDEBATTE IN DESSAU-ROßLAU

Mit Jeannette Gusko, Sebastian Köhler, Lutz Mükke und Marc Rath

Die Perspektive westdeutscher Verlage und Unternehmen, die auf den Osten blicken, stieß den Teilnehmenden an der Bürgerdebatte „(K)ein richtiges Gespür für relevante Themen“ in Dessau-Roßlau auf. Jeannette Gusko, Geschäftsführerin bei CORRECTIV, kritisierte, dass der westdeutsche Blick auf ein Thema implizit als Perspektive aller Deutschen präsentiert werde. So würden Ostdeutsche in der Berichterstattung oft als „ostdeutsch“ markiert, Westdeutsche jedoch nicht als „westdeutsch“. Ein Beispiel: Stirbt ein Schauspieler, der Karriere in DEFA-Filmen machte, bezeichnen ihn westdeutsche Medien in ihrem Nachruf als „DDR-Schauspieler“. Seinem Pendant aus der Geschichte der Bundesrepublik fehlt hingegen die entsprechende Zuschreibung, etwa als „BRD-Schauspieler“. „Dass wir ‚irgendwann‘ da hinkommen, dass zwischen ostdeutsch und westdeutsch kein Unterschied mehr ist, das ist mir zu lang. Und genau deswegen, finde ich es so wichtig, dass wir uns jetzt diesem Thema ganz dezidiert widmen. Weil, wenn wir es eben nicht tun, dann halte ich die sozialen Verwerfungen und die demokratischen Verwerfungen für wirklich gravierend“, erklärte Gusko im Verlauf der Debatte. Bei der Frage um Selbst- und Fremdzuschreibungen von Ost- und Westdeutschen gehe es auch um die Frage, was werde als gemeinsamer Wissenskanon wahrgenommen. Ihre Generation, die Generation der Wendekinder, hätte „einen ganz neuen Kanon“ erlernen müssen. Dahinter stehe auch „eine gewisse Kompetenz, nämlich Transformationskompetenz“, so die Sprecherin des Netzwerks 3te Generation. Die ostdeutschen Transformationserfahrungen sollten in der Berichterstattung überregionaler Medien stärker berücksichtigt werden. Sie meinte, der Rückgriff auf die Erfahrungen der Wendekinder sei angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen unerlässlich; ihre Perspektiven gilt es, in aktuelle Debatten stärker einzubringen. Es sei „eines unserer größten Versäumnisse“, „dieses Pfund nicht zu sehen und damit wenig zu machen“, so Gusko. „Das können wir uns gesellschaftlich überhaupt nicht leisten.“

Eine Gästin im Publikum äußerte sich kritisch zu der These von Sebastian Köhler, „Journalistinnen und Journalisten sollten sich ihrer beschränkten Perspektive mehr bewusst sein und sich aktiv um Perspektivenwechsel bemühen“. Perspektiven seien eine Kombination aus Herkunft, erlebten Erfahrungen und aus den Erfahrungen der Eltern, erläuterte sie. Deswegen sei es schwierig, dieses „Über-den-Osten-berichten-aber-nicht-aus-dem-Osten-kommen“ in naher Zukunft zu realisieren. Köhler erwiderte – unter Bezug auf Alexander Osangs Metapher¹ –, „der Osten“ werde sich nicht wie eine hässlich gewordene „Dauerwelle“ aus der Gesellschaft rauswachsen. Viele Netzwerke würden sich fortsetzen, sich reproduzieren. „Das ist ein Problem, das wir schon sehen müssen“, so der Journalist und Autor. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die den Perspektivwechsel erleichtern. Ein Grund für diesen mangelnden Perspektivwechsel liegt in der Zusammensetzung der Redaktionen überregionaler Medien, die die nationalen Diskurse mit ihrer Themensetzung maßgeblich mitbestimmen. Ihrer Berichterstattung fehle es an einer starken, ostdeutschen Stimme, so Lutz Mükke. „Das ist eine richtige Fehlstelle im Mediensystem.“ Hierbei spielen die Strukturen, die seit 1990 die Medienlandschaft in Ostdeutschland bestimmen, auch eine Rolle.

Aus dem Publikum folgte Lob für die Berichterstattung der regionalen Presse, auf der Bürgerdebatte vertreten durch Marc Rath, den Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung. Die Lokalredaktion in Dessau-Roßlau gebe sich „sehr große Mühe“, „auch kritische Dinge aufzugreifen“, erklärte ein Gast. Er vermisse jedoch die Resonanz bei den Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Ein weiterer Teilnehmer meinte, die Chance der Mitteldeutschen Zeitung liege in der regionalen Berichterstattung. Allerdings fehle ihr aktuell das Personal für Recherchen. „Wenn man ein Thema umfassend darstellen will, braucht man genügend Leute vor Ort.“ Rath stimmte ihm zu, man könne nie genug Journalistinnen und Journalisten haben. Es sei wichtig,

Der Beitrag fasst ausgewählte Diskussionspunkte der Bürgerdebatte im Anschluss an das Grußwort und Impulsreferat zusammen. Sie können sich die Veranstaltung vollständig im Audiomitschnitt anhören.

¹ Siehe dazu Alexander Osang, Tag der Deutschen Einheit. 30 Jahre später, und ich erzähle immer noch dieselbe Geschichte, 24. September 2019, unter: <https://www.spiegel.de/panorama/die-erziehung-des-ostens-a-00000000-0002-0001-0000-000166007138> (Stand: 24. Juli 2023).

dass sich die Leserinnen und Leser mit ihren Anliegen oder ihrer Perspektive in der Zeitung wiederfinden. „Gehen Sie auf uns zu, wenn Sie ein Thema sehen, wo sie denken ‚Macht da was‘.“

Wie kann Lokaljournalismus wirken? Wie kann er kritisch recherchieren? Wie kann er an den Themen dranbleiben? Jeannette Gusko berichtete von der Arbeit des gemeinnützigen Recherchezentrums CORRECTIV und stellte das Projekt CORRECTIV.Lokal vor, das den Lokaljournalismus stärken soll. In diesem Netzwerk arbeiten über 1.300 Lokaljournalistinnen und -journalisten – „viele davon auch ostdeutsch“ –, die sich gemeinsam national relevanten Themen widmen. Die Frage, wie Lokalnachrichten aus Ostdeutschland national relevant werden und bleiben, sei eine Frage der finanziellen Ausstattung und eine Frage von Weiterbildungen und von Trainings, erläuterte Gusko. CORRECTIV finanziert sich über Spenden und stellt seine Recherchen allen Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei zur Verfügung.

Eine Gästin im Publikum kritisierte, der Lokaljournalismus sei durch eine „extrem unpolitische Berichterstattung“ gekennzeichnet. Infolge würden „Montagsdemonstrationen“, aktuell vor allem in Ostdeutschland, stattfinden, wo sich eine tief sitzende Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik artikuliert. „Wir sind diese Auseinandersetzung, die Konfrontation oder den Meinungs austausch nicht mehr gewohnt.“ Die Aufklärung müsse vor Ort erfolgen. „Und das, denke ich mir, ist Aufgabe eines Lokalteils, eines Lokalradios.“ Die Teilnehmerin befürwortete den Vorschlag von Sebastian Köhler, Publikumsräte in den Medien einzuführen. Angesichts der Berichterstattung über die „Montagsdemonstrationen“ forderte Lutz Mücke, Ostdeutschland dürfe nicht immer als Abweichung von der westlichen Normalität dargestellt werden. Im Lokalen gebe es Möglichkeiten, sich differenzierter mit Themen auseinanderzusetzen. Marc Rath erläuterte ergänzend, wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet: Zum einen seien die Lokalredaktionen sehr engmaschig verteilt und zum anderen gebe es lokale Reporterteams zu Themen. „Das ist eine Arbeitsteilung.“ Nicht jede Lokalredaktion müsse die gleichen Themen recherchieren. „Wir sind, was diese Demonstrationen angeht, jedes Mal mit dabei“, sagte der Chefredakteur. Seine Zeitung sei auch „Taktgeber für gewisse Themen“ und nannte als Beispiel die Berichte über die Auswirkungen der Energiekrise auf die Bäckereibetriebe in Dessau-Roßlau.

Warum abonnieren und lesen so viel weniger Ostdeutsche als Westdeutsche die überregionalen

Medien? „Das hängt damit zusammen, dass viele Leute zu wenig Gebrauchswert mit den Medien verbinden“, meinte Sebastian Köhler. Journalistinnen und Journalisten müssten die Artikulation gesellschaftlicher Vielfalt ernst nehmen, auch mit Blick auf Ostdeutschland. Jeannette Gusko erläuterte, in der bundesweiten Berichterstattung würden ostdeutsche Themen nur zwei bis drei Prozent einnehmen. Folglich blieben stereotype Beschreibungen über Ostdeutsche häufig haften. Es gibt keine große Auswahl an Themen über Ostdeutschland in der überregionalen Presse, etwa „Berichte darüber, was in Dessau passiert, was in Meißen passiert, was in Jena passiert, sei es Unternehmertum, sei es Innovation, seien es Dinge, die einfach vor Ort passieren und die auch eine bundesdeutsche Strahlkraft haben.“ Gusko hob positiv die Gründung neuer Medien in den ostdeutschen Bundesländern hervor und nannte als Beispiel das Magazin Katapult. Bei Neugründungen stelle sich allerdings auch immer die Frage der Finanzierung. Bürgerinnen und Bürger könnten sich beispielsweise über Spenden daran beteiligen. Sie verwies auf den Koalitionsvertrag der Bundesregierung, die Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus schaffen möchte. Lutz Mücke befürwortete ebenfalls die Förderung von ostdeutschen Medieninitiativen und -neugründungen auf kommunaler Ebene, Landesebene und Bundesebene.

Danach gefragt, wie es möglich ist, eine „starke ostdeutsche Stimme“ in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, verwies Lutz Mücke auf die Handlungsempfehlungen in seinem Diskussionspapier „30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung“. Neben der Unterstützung von Medieninitiativen durch Förderprogramme und der Unterstützung von Forschungen sei auch Netzwerkförderung in Ostdeutschland wichtig. Die Diskussion ist auch nicht neu. Viele dieser Erkenntnisse zur Teilhabe und Repräsentation von Ostdeutschen werden oft wiederholt. Problematisch ist, dass diese Erkenntnisse selten bis gar nicht Konsequenzen nach sich ziehen. Tim Herden, Moderator der Bürgerdebatte, hakte an dieser Stelle ein. Mittlerweile würden auch Ostdeutsche in den überregionalen Medien arbeiten wie die Journalisten Alexander Osang, Markus Preiß, Frank Jahn oder die Journalistin Ulla Fiebig. Aber: „Warum sind sie nicht auch eine [starke, ostdeutsche] Stimme?“, fragte Herden. Ohne Netzwerke fällt der Einstieg schwer. „Wir brauchen die strukturellen Veränderungen. Wir müssen ran ans Recruiting, an die Begabtenförderung, an die Netzwerke“, so Jeannette Gusko. Darüber hinaus bedarf es für mehr journalistischen Nachwuchs aus Ostdeutschland guter Vorbilder, also Men-

schen ostdeutscher Herkunft in den Medien, die Einfluss haben und auch sichtbar sind. Marc Rath erinnerte an das Diskussionspapier der Linken aus Sachsen-Anhalt, in dem die Partei für eine neu zu gründende ostdeutsche öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt warb. „Das ist genau so eine Konstellation, die eben auch diese Stimme erheben kann, die direkter diese Themen sowohl nach innen als nach außen verkörpern kann.“ Dabei gehe es nicht so sehr um Einheit, sondern um gegenseitiges Verstehen und um Gleichwertigkeit, meinte der Chefredakteur. Herden ergänzte, dass es diese Idee, ein Fünf-Länder-Anstalt zu gründen, bereits 1991 gab.

Aus dem Publikum kam die Frage auf, welche Rolle die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten für die Berichterstattung über Ostdeutschland spielen würde. „Müssen wir mehr im Osten ausbilden und für dieses Thema sensibilisieren?“ Lutz Mükke erläuterte hierzu einige statistische Daten: In den privaten Journalistenschulen wie der Axel Springer Akademie, der Henri-Nannen-Schule und der Burda-Journalistenschule hätten nur wenige Schülerinnen und Schüler einen ostdeutschen Hintergrund. Die Journalistenschulen sollten diese Daten hinterfragen und Auswege aus dieser Situation finden, forderte Mükke. Auch „Personalentscheider, Chefredakteure“ müssten für die Repräsentanz Ostdeutscher und ostdeutscher Perspektiven sensibilisiert werden.

Greifen die Medien überhaupt die „richtigen“ Themen in ihrer Berichterstattung auf? Marc Rath warb bei dieser Frage für mehr personelle Vielfalt im Journalismus, nicht nur mit Blick auf Ost-West. Es gehe auch darum, Menschen mit „mehr Lebenserfahrung“ und „aus unterschiedlichen Perspektiven“ in den Beruf zu bringen, zum Beispiel Landwirte. Auf diesem Weg könne eine „Perspektivverengung“ aufgebrochen werden, meinte Rath. Daran anschließend kritisierte eine Gästin, dass der Fokus der Bürgerdebatte vor allem auf Printmedien, Fernsehen und Hörfunk lag. Welche Rolle spielt Journalismus aber

in den sozialen Medien, die vielen Menschen als Informationsquellen dienen? Jeannette Gusko berichtete von *Salon5*, der in NRW gegründeten Jugendredaktion von CORRECTIV. Junge Menschen erlernen dort das journalistische Handwerk, beschäftigen sich mit den Themen, die sie interessieren, und erstellen Podcasts, Instagram-Beiträge, TikTok- und YouTube-Videos. 2022 wurde in Greifswald eine Klima-Jugendredaktion gegründet. Über Klimathemen tauschen sich die Redaktionen in NRW und Mecklenburg-Vorpommern aus. Gusko erklärte, es sei wichtig, Journalismus zugänglich zu machen, „Barrieren wegzunehmen“ und „darauf Lust zu machen“. Medienunternehmen sollten Strukturen schaffen, in denen sich „Menschen mit anderer Herkunft und anderen Erfahrungen wohlfühlen und in den Redaktionen auch bleiben wollen“. Tim Herden ergänzte, die jüngere Generation für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu interessieren, sei schwierig, und die Erfolge mit den für die sozialen Medien produzierten Formaten seien folglich auch unterschiedlich. „Ich glaube, es ist ein langer Weg. Aber das ist sicherlich im Transformationsprozess ganz notwendig, dass wir uns diesen sozialen Medien und auch [den jungen Menschen] auf andere Art und Weise nähern – also auch viel mehr mit Unterhaltungsformaten, mit mehr Infotainment.“ Ein Gast im Publikum merkte abschließend an: „Es ist ganz wichtig, dass wir die Jugend erreichen. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend. Die MZ [Mitteldeutsche Zeitung] liest vielleicht noch jeder dritte Haushalt. Entschuldigung, mehr ist es nicht mehr. Aber wie erreicht man gerade junge Leute, dass sie eben auch die öffentlich-rechtlichen Medien nutzen und nicht nur die anderen [sozialen Medien]?“ Rath, Chefredakteur der MZ, erwiderte daraufhin: „Wir können heute durch die Digitalisierung mit verschiedensten Angeboten alle Altersgruppen erreichen. Das haben wir früher so nicht gekonnt. Ich gieße ein bisschen Wasser in den Wein: Sie [die öffentlich-rechtlichen Medien] können es gebührenfinanziert. Wir müssen es finanzieren.“



WEIMAR



Die fünfte Veranstaltung in der Reihe am 13. Oktober 2022 im Jugend- und Kulturzentrum mon ami in Weimar thematisierte die Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung an die deutschen Leitmedien. Inwieweit ist mit dem Schwinden des Vertrauens zwischen Medien und Publikum ein Demokratiedefizit verbunden? In welchem Maße sind Kritik und Skepsis gegenüber den Medien berechtigt und sogar angebracht?

An der Bürgerdebatte wirkten mit: **Sergej Lochthofen** (Autor und Journalist), **Prof. Dr. Lutz Mükke** (Professor für Medien in internationalen Beziehungen, National University, Khartoum) und **Prof. Dr. Wolfgang Schweiger** (Professor für Kommunikationswissenschaft (insb. interaktive Medien- und Onlinekommunikation), Universität Hohenheim). **Jana Münkel** (Journalistin und Moderatorin, u. a. Deutschlandfunk Kultur) moderierte die Veranstaltung. **Prof. Dr. Jutta Emes** (Vorläufige Leiterin und Professorin für Marketing und Medien, Bauhaus-Universität Weimar) eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort. Prof. Dr. Wolfgang Schweiger hielt das Impulsreferat.

- 1: Prof. Dr. Lutz Mükke, Medienjournalist und Autor der Studie „30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung“
- 2: Diskussion auf Augenhöhe: Im Innenkreis war stets ein Platz unter den Expertinnen und Experten für Gäste aus dem Publikum frei.
- 3: Sergej Lochthofen, Autor und Journalist

„ALLMÄCHTIGE MEDIEN, OHNMÄCHTIGE MEDIEN“



Hier können Sie sich den Audiomitschnitt der Veranstaltung anhören.

OSTDEUTSCHLAND UND DER JOURNALISMUS – EINE SCHWIERIGE BEZIEHUNG

Von Wolfgang Schweiger

DEMOKRATIE IN OSTDEUTSCHLAND UNTER DRUCK

Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung stehen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den ostdeutschen Bundesländern unter Druck. Im sächsischen Zwickau beschließt im Sommer 2023 der Stadtrat auf einen AfD-Antrag hin, dem städtischen Theater das Gendern zu verbieten – ein eklatanter Verstoß gegen die Meinungs- und Kunstfreiheit und den Pluralismusgrundsatz des Grundgesetzes. Gleichzeitig stimmt in einer Repräsentativumfrage¹ über die Hälfte der befragten Ostdeutschen dem populistischen Statement „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ zumindest latent zu. Auch sozialdarwinistische, nationalchauvinistische, ausländerfeindliche und antisemitische Aussagen werden von über 30 Prozent bejaht. Wie auch immer man diese Beobachtungen interpretiert, sie belegen, dass ein erheblicher Anteil der Ostdeutschen die Vorteile, Funktionsweisen, Notwendigkeiten von Demokratie und Rechtsstaat entweder nicht verstanden hat oder sich (wieder) eine autoritäre Regierungsform wünscht. So gesehen verwundern auch die hohen Umfrageergebnisse der rechtspopulistischen AfD nicht. Sie scheinen weniger ein Hilferuf oder Protest zu sein, wie oft entschuldigend angenommen wird, sondern eher entsprechenden Überzeugungen zu entspringen.

ZEITGESCHICHTLICHE UND POLITISCHE URSACHEN

Die zeitgeschichtlichen und politischen Ursachen für diese Situation sind vielfältig. Da ist zunächst die – durchaus zutreffende – Wahrnehmung vieler Ostdeutscher, bei der Vereinigung vom Westen politisch über den Tisch gezogen (Stichwort: Treuhänder) und wirtschaftlich zur Werkbank westdeutscher und ausländischer Konzernzentralen gemacht worden zu sein. Dass man gleichzeitig einer westdeutschen Nachkriegs-Erben-Generation gegenüberstand, häufig in den Wohnungen westdeutscher Eigen-

tümerinnen und Eigentümer wohnte, weniger verdiente und geringere Renten bekam als diese, verstärkte die Unzufriedenheit. Hinzu kam und kommt das Gefühl, von den Westdeutschen nicht ganz ernst genommen zu werden und wahlweise als fauler oder Jammer-Ossi oder gar als Nazi beschimpft zu werden – und das, obwohl die Ostdeutschen die Transformation von einer Diktatur in ein komplett anderes Gesellschafts- und Verwaltungssystem schultern mussten, während sich im Westen wenig änderte.

Das neue, demokratische System brachte eine ganz andere Logik gesellschaftlicher Entscheidungsfindung, als man das von der DDR gekannt hatte. Ein System, das auf Meinungsvielfalt, das Engagement und die politische Partizipation der Bürgerschaft setzt, auf langwierige und anstrengende öffentliche Debatten. Ein System, in dem politische Entscheidungen meist Kompromisse sind, die keine Seite wirklich begeistern und von vielen abgelehnt werden. Ein System, das gleichzeitig seine Gegnerinnen und Gegner bekämpft (Konzept der wehrhaften Demokratie) und Minderheiten schützt, auch wenn eine Mehrheit das ablehnen mag. Dieses System ist häufig unbefriedigend und frustrierend, aber wir haben bekanntlich kein besseres. Vor allem aber ist die rechtsstaatliche Demokratie erklärungsbedürftig. Man muss sie verstehen und verinnerlichen, um ihre Vorzüge bei allen Zumutungen zu schätzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des NS-Regimes 1945 legten die Alliierten in Westdeutschland sogenannte Reeducation-Programme auf, die Schülerinnen und Schülern sowie Erwachsenen die Demokratie nahebringen sollten. Sie wirkten darauf hin, eine freie und politisch halbwegs entnazifizierte Presselandschaft und einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu etablieren, die die Vielfalt gesellschaftlicher Kräfte und Interessen repräsentieren sollten.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Impulsvortrages von Prof. Dr. Wolfgang Schweiger im Rahmen der Bürgerdebatte „Allmächtige Medien, ohnmächtige Medien“ am 13. Oktober 2022 in Weimar.

¹ Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie, in: EFBI Policy Paper 2/2023, unter: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf (Stand: 5. Juli 2023).

In Ostdeutschland lief es 1989 nach dem Zusammenbruch der DDR anders: Man vertraute auf den Wunsch der Menschen nach Demokratie, übersah aber, dass die meisten wohl hauptsächlich nach materiellem Wohlstand und Reisefreiheit strebten. Ein Reeducation-Programm gab es nicht. Stattdessen verließ man sich bei der Demokratie-Ausbildung auf die Schulen. Dort wirkten allerdings viele ehemalige DDR-Lehrkräfte, die man zwar demokratisch weitergebildet hatte, ohne aber den Erfolg dieser Maßnahmen sicherzustellen. Die wichtigste Demokratiesierungsinstanz für die breite Bevölkerung aller Altersklassen blieben somit die Medien – genauer: der Journalismus.

ROLLE DES JOURNALISMUS

Der Journalismus erbringt dabei verschiedene Funktionen:

- Die *Informationsfunktion* stellt sicher, dass möglichst die gesamte Bevölkerung die relevanten Probleme in einem Land sowie die damit verbundenen Interessen und Lösungsvorschläge kennt. Weniger politisch kann man auch von Realitätsvermittlung sprechen.
- Die *Bildungsfunktion* bezieht sich auf die Vermittlung der demokratischen Grundlagen: Wie funktionieren Wahlen, was ist Meinungsfreiheit, wie werden politische Entscheidungen getroffen, welche Entscheidungsbefugnisse haben Landräte? Hierzu gehört auch die Verteidigung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats gegen demokratiefeindliche Akteurinnen und Akteure.
- Die *Kritik- und Kontrollfunktion* besagt, dass Medien den Mächtigen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft auf die Finger schauen und Missstände öffentlich kritisieren sollen.
- Wenig bekannt, aber umso wichtiger ist die *Artikulationsfunktion*: Der Journalismus soll die Wünsche, Meinungen und Stimmungen der Bevölkerung in ihrer gesamten Breite zum Ausdruck bringen.
- Schließlich erfüllt der Journalismus eine *Moderationsfunktion*: Er sorgt dafür, dass im öffentlichen Diskurs alle relevanten Interessen und Stimmen gleichermaßen zu Wort kommen und ihre Argumente vorbringen können.

Wie gut erfüllen nun die journalistischen Medien diese Aufgaben? Um das zu klären, will ich zuerst die allgemeine Situation des Journalismus, danach die überregionale Medienberichterstattung über Ostdeutschland und schließlich die Situation der regionalen Medien in Ostdeutschland skizzieren.

AKTUELLE SITUATION DES JOURNALISMUS

Zunächst ist festzustellen, dass der Nachrichtenjournalismus seit über zehn Jahren weltweit und in Deutschland unter erheblichem wirtschaftlichem Druck steht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht da vergleichsweise gut da, doch auch hier stehen einem nur minimal steigenden Rundfunkbeitrag neu zu bedienende Online-Kanäle, erhebliche Rentenausgaben und weitere Kosten gegenüber. Bei Zeitungen bringt der digitale Wandel zwar steigende Online-Reichweiten, aber gleichzeitig sinkende Printauflagen. Die sogenannte Zeitungskrise verursacht insgesamt stark sinkende Verkaufs- und Werbeeinnahmen. Denn einerseits ist die Zahlungsbereitschaft des Publikums im Internet geringer und andererseits kämpfen die Zeitungen auf dem Online-Werbe- markt mit der übermächtigen Konkurrenz durch Alphabet/Google, Meta, Apple, Amazon und andere. Der Einnahmerückgang erfordert Kostensenkungen und damit drastische Kürzungen in den Redaktionen – hier lässt sich am meisten Geld sparen. Dabei werden nicht nur Stellen und Mittel gekürzt, häufig werden auch Redaktionen zusammengelegt oder aufgelöst. Hauptopfer sind oft die Lokal- und Regionalredaktionen vor Ort. Privaten Fernseh- und Radioanbietern geht es ähnlich.

Aufgrund der wirtschaftlich prekären Lage steigen bei vielen Medien die Abhängigkeiten von Dritten:

- Statt teurer eigener Berichte werden Meldungen von Nachrichtenagenturen wie der Deutschen Presse-Agentur (dpa) übernommen. Besonders Regionalzeitungen enthalten oft solche Beiträge, die zwar solide recherchiert und geschrieben, aber eben weitgehend identisch sind mit den Nachrichten anderer Zeitungen.
- Da die Medien ständig auf der Suche nach billigen oder gar kostenlosen Inhalten sind, steigt ihre Bereitschaft, PR-Inhalte von Unternehmen und Institutionen zu veröffentlichen. Deshalb erscheinen unveränderte Pressemitteilungen, Fotos, Audio- oder Videomaterial von interessensgeleiteten Dritten, ohne entsprechend markiert zu sein. Hier lässt man das Publikum fälschlich im Glauben an eine unabhängige oder kritische Berichterstattung. Da die Grenzen zwischen zulässigen und unzulässigen Formen der PR-Übernahme fließend sind, ist eine Regulierung schwierig.
- Um wichtige Werbekunden zu gewinnen oder nicht zu verlieren, passen die Medien ihre

redaktionelle Berichterstattung an deren Wünsche an. Es kommt durchaus mal vor, dass eine kritische Recherche über ein Unternehmen in der Schublade verschwindet. Das betrifft allerdings nur Wirtschaftsunternehmen; politische Parteien oder Verwaltungen sind als Werbekunden viel zu unwichtig, um ernsthaft Druck ausüben zu können.

- Schließlich geraten journalistische Medien im Internet zunehmend in die Abhängigkeit von sogenannten Intermediären wie Google, Facebook oder Instagram, die ihnen viele Besucherinnen und Besucher auf ihre Nachrichten-Websites lotsen.

Im internationalen Vergleich sind die Unabhängigkeit und die Qualität journalistischer Berichterstattung in Deutschland immer noch überdurchschnittlich. Dennoch: Die goldenen Zeiten sind vorbei, Rechercheleistung und journalistische Qualität nehmen ab. Das liegt nicht zuletzt am Aktualitäts- und Konkurrenzdruck im Online-Bereich. Dort wollen alle Medien ihre Meldungen so schnell wie möglich bringen und nehmen deshalb Nachlässigkeiten und Fehler in Kauf.

Was sich – entgegen der Wahrnehmung vieler Menschen – nicht verändert hat, ist die Unabhängigkeit des Journalismus von der Politik. In keinem deutschen Medium wird Journalistinnen und Journalisten von politischen Kräften vorgeschrieben, was sie zu schreiben haben und was nicht. Selbst das Gendern ist bei den weitaus meisten Medien die freie Entscheidung der Mitarbeitenden. Wenn es hier Redaktionsvorgaben gibt, untersagen sie Gendern für gewöhnlich. Wenn der Journalismus unter politischem Druck leidet, dann ist es eher das „gesunde Volksempfinden im Netz“. Besonders Berichte über Gewaltkriminalität durch unbekannte Täterinnen und Täter sowie Flucht und Migration sind gerade in den sozialen Medien extrem schwierig. Denn die Kommentarbereiche füllen sich oft schnell mit teils hasserfüllten, rassistischen und journalismusfeindlichen Nutzerkommentaren, die eine echte Diskussion unmöglich machen.

Ein anderes Problem existiert tatsächlich überall im deutschen Journalismus und wird von vielen Medien auch als solches erkannt: die mangelnde

Vielfalt in den Redaktionen. Das bedeutet zum einen, dass es in den meisten Redaktionen nur wenige Eingewanderte und Menschen mit Migrationsgeschichte gibt und so gut wie keine Journalistinnen und Journalisten mit geringer formaler Bildung. Damit werden diese Gesellschaftsgruppen und ihre Themen und Weltansichten in der Berichterstattung nur unzureichend abgebildet.

OSTDEUTSCHLAND IM ÜBERREGIONALEN JOURNALISMUS

Das Problem mangelnder journalistischer Repräsentation existiert auch und besonders in Ostdeutschland, und zwar in mehrfacher Weise.

Betrachtet man die Hauptsitze der 20 wichtigsten **Meinungsführermedien**², also derjenigen Medien, die von anderen Medien in Deutschland am meisten zitiert werden, stellt man fest: Vier haben ihre Hauptredaktion in Berlin (BILD, BILD am Sonntag, Tagesspiegel, WELT AM SONNTAG), vier in den USA (New York Times, CNN, Wall Street Journal, The Washington Post), zwei in Großbritannien (BBC, Financial Times). Alle anderen zehn sitzen in westdeutschen Städten (DER SPIEGEL, Handelsblatt, ZDF, Süddeutsche Zeitung, Funke Mediengruppe, ARD, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Rheinische Post, RTL/ntv und Neue Osnabrücker Zeitung). Das bedeutet: Kein einziges der großen und überregional meinungsprägenden Medien stammt aus Ostdeutschland.

Blickt man in die **Führungsebenen** überregionaler Medien, sind dort kaum Ostdeutsche zu finden. Ein aktueller MDR-Report³ zeigt: In den Vorständen und Geschäftsführungen der 20 größten überregionalen Medien ist keine einzige Führungsstelle mit einem Ostdeutschen besetzt. Immerhin gibt es zwei ostdeutsche Chefredakteure, und zwar beim FOCUS und bei nd aktuell, dem ehemaligen Neuen Deutschland.

Beim **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** sieht es etwas besser aus: Das ZDF besitzt in jedem Bundesland ein Landesstudio, das regional und überregional über sein Gebiet berichtet. Allerdings: Ein kleineres Landesstudio wie das in Erfurt hat gerade einmal 16 Mitarbeitende, und die Nachrichtenzentrale des ZDF sitzt im westdeutschen Mainz. Die ARD hat zwei sogenannte Mehrländeranstalten, die ost- und westdeutsche

2 Vgl. Ranking der meistzitierten nationalen und internationalen Medien in Deutschland nach der Anzahl der Zitate von Januar bis März 2023 von Media Tenor, 8. Mai 2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/169706/umfrage/die-meistzitierten-medien-in-deutschland/> [Stand: 5. Juli 2023].

3 Vgl. Michael Schönherr/Julia Antusch/Olaf Jacobs, Der lange Weg nach oben. Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen. Eine Datenerhebung im Rahmen des gleichnamigen MDR-Projekts, 2023, unter: <https://www.mdr.de/themen/dnadesostens/projekt/studie-der-lange-weg-nach-oben-100.html> [Stand: 5. Juli 2023].

Bundesländer gleichermaßen bedienen (NDR für Mecklenburg-Vorpommern und rbb für Berlin und Brandenburg). Lediglich der MDR für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt kann als ostdeutsche Rundfunkanstalt gelten. Und tatsächlich ist der MDR die einzige Anstalt mit einer ostdeutschen Intendantin (Karola Wille), der im Herbst 2023 mit Ralf Ludwig wieder ein Ostdeutscher nachfolgen wird. Das ändert aber nichts daran, dass die überregionale Berichterstattung der ARD und damit auch des MDR von der *Tagesschau*-Redaktion als Nachrichtenzentrale in Hamburg verantwortet wird.

Diese Strukturen führen zweifellos dazu, dass zumindest in der überregionalen Berichterstattung über ostdeutsche Ereignisse und Themen die westdeutsche Brille dominiert. Das beeinflusst vor allem die Themenauswahl: Bietet ein Landesstudio der Hauptnachrichtensendung seines Senders ein bestimmtes Thema an, wird im Westen entschieden, ob und wie es in die Sendung kommt. Wenn also oben die Rede davon war, dass sich die Ostdeutschen nicht ernst genommen oder pauschal als Neonazis, Rassisten und Rassisten, Impfgegnerinnen und -gegner, Putin-Versteherinnen und -Versteher, Reichsbürgerinnen und -bürger oder was auch immer verunglimpft fühlen, haben die Medien sicherlich ihren Anteil daran. Ob die Berichterstattung über den deutschen Osten allerdings wirklich so stereotyp ist, wie immer wieder beklagt wird, ist ungeklärt. Zwar gibt es unzählige persönliche Beobachtungen und Einschätzungen dazu, aber umfassende Inhaltsanalysen fehlen erstaunlicherweise.

OSTDEUTSCHE REGIONALMEDIEN

Natürlich zeichnen die ostdeutschen Regionalmedien ein anderes, insgesamt positiveres und vielfältigeres Bild. Regionale Journalistinnen und Journalisten kennen ihre Stadt, ihren Landkreis, ihr Bundesland und die Menschen dort in allen ihren Facetten viel besser, sie haben mehr Zeit und Platz für diese Berichterstattung und sie verstehen sich fast immer als Anwältinnen und Anwälte sowie Fördererinnen und Förderer ihrer Region.

Allerdings sind fast alle ostdeutschen Regionalzeitungen im Besitz westdeutscher Medienunternehmen. Einzige Ausnahme ist die Berliner Zeitung, die vor einigen Jahren die Ostdeutschen

Holger und Silke Friedrich gekauft haben. Zwar nehmen die Eigentümerinnen und Eigentümer von Medien meist keinen Einfluss auf deren Berichterstattung, solange diese wirtschaftlich erfolgreich sind. Wenn es allerdings um sinkende Einnahmen und nötige Einsparungen geht, könnte die Geduld westdeutscher Unternehmen mit ostdeutschen Medienobjekten schneller am Ende sein. Es ist nicht auszuschließen, dass sich solche Einsparungen bei ostdeutschen Regionalmedien noch stärker auf deren ohnehin sinkende Qualität niederschlagen als im Westen. Eindeutige Evidenzen gibt es dafür aber nicht.

Auch die Führungsebene der ostdeutschen Regionalmedien ist westdeutsch dominiert. Wie der bereits angesprochene MDR-Report zeigt: In den Chefredaktionen der 13 großen Regionalzeitungen stammen 43 Prozent aus dem Osten; zwischenzeitlich waren es sogar mal 62 Prozent (2016). In den Verlagsleitungen liegt der Ost-Anteil mit 20 Prozent deutlich niedriger. Vermutlicher Grund für diesen Unterschied: Die Verlagsleitungen verantworten die Geschäftsstrategie, müssen für die westdeutschen Medienunternehmen Geld verdienen und wirken hinter den Kulissen. Die Chefredaktionen hingegen entscheiden nicht nur die journalistische Linie, sie repräsentieren eine Zeitung auch nach außen. Sie sind gleichsam deren ostdeutsche Aushängeschilder. In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Osten gibt es zwar einen stetigen, aber langsamen Anstieg: Derzeit leiten dort vier Ostdeutsche die dortigen Intendanten, Programmleitungen oder Chefredaktionen; das macht ein knappes Drittel der entsprechenden Positionen aus.

JOURNALISMUSVERTRAUEN UND MEDIENNUTZUNG IN OSTDEUTSCHLAND

Wenn sich die überregionale Berichterstattung über Ostdeutschland als „50 Shades of Grey“⁴ beschreiben lässt und in ostdeutschen Medien westdeutsches Management dominiert, lässt sich die ostdeutsche Unzufriedenheit mit dem Journalismus zumindest teilweise nachvollziehen. Tatsächlich ist hier das Vertrauen in den Journalismus generell geringer als im Westen. Das trifft vor allem den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Diesem vertrauten im Jahr 2022 nur noch 41 Prozent der Ostdeutschen – im Gegensatz zu 66 Prozent der Westdeutschen.⁵ Generell weitet sich die Diskre-

4 hte, Vorurteile im Journalismus. Medien über Ostdeutschland: 50 Shades of Grey, 26. Oktober 2019, in: Deutschlandfunk Kultur, unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/vorurteile-im-journalismus-medien-ueber-ostdeutschland-100.html> (Stand: 5. Juli 2023).

5 Vgl. Tanjev Schultz u. a., Medienvertrauen nach Pandemie und „Zeitenwende“, in: Media Perspektiven 8/2023, S. 1-17, unter: <https://www.ard-media.de/media-perspektiven/publikationsarchiv/2023/detailseite-2023/medienvertrauen-nach-pandemie-und-zeitenwende> (Stand: 5. Juli 2023).

panz zwischen Ost und West aus. Gaben 2017 noch 42 Prozent der Ostdeutschen eine gewisse Medienentfremdung zu Protokoll, stimmte 2022, also am Ende der Corona-Krise, die Mehrheit einer solchen zu (52 Prozent). In Westdeutschland sank der Wert von ursprünglich 37 Prozent im Jahr 2017 auf 29 Prozent im Jahr 2022.⁶

Doch die schwierige Beziehung zwischen vielen Ostdeutschen und dem Journalismus hat einen weiteren, vermutlich gravierenderen Grund: Im Osten werden generell Zeitungen und Fernsehen weniger genutzt als im Westen. Soziale Medien und Blogs, wo häufig (rechts-)alternativen Inhalte, Desinformationen und Verschwörungserzählungen kursieren, haben größere Reichweiten als im Westen.⁷ Das passt zu Forschungsergebnissen, dass das Misstrauen in journalistische Medien besonders unter Menschen verbreitet ist, die Verschwörungserzählungen anhängen, politikverdrossen und generell misstrauisch sind.⁸

Soziale Medien, deren Algorithmen den Nutzenden überwiegend Inhalte zeigen, die ihren Weltbildern entsprechen, und populistische Meinungsführende im Netz haben einen riesigen Vorteil gegenüber journalistischen Nachrichtenmedien: Deren „journalistischer Anspruch, die Vielfalt aller Argumente und Meinungen möglichst ausgewogen darzustellen“ stellt für Menschen, die die Demokratie nicht verstanden haben und/oder ablehnen und sich am liebsten unter Gleichgesinnten in Filterblasen und Echo-kammern bewegen, „eine regelrechte Zumutung

dar: nämlich den Kontakt mit dissonanten Nachrichten und Meinungen, den sie in den sozialen Medien seltener ertragen müssen. Das verstärkt die seit jeher bestehende Wahrnehmung, dass Nachrichtenbeiträge parteiisch und gegen die eigene politische Meinung gerichtet sind, und seien sie auch noch so ausgewogen.“⁹

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich sagen: Ja, das Verhältnis vieler Ostdeutscher zum Journalismus ist gestört. Und ja, dafür tragen auch die Medienmachenden und ihre teils stereotype Berichterstattung über Ostdeutschland sowie eine tendenziell sinkende Qualität die Verantwortung. Allerdings ist das gestörte Vertrauen in den Journalismus auch ein Indikator für das gestörte Verhältnis vieler Ostdeutscher zu Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus und ihre Neigung zu populistischen Parteien und Parolen.

Das erinnert auffällig an die Situation in osteuropäischen Ländern wie Polen oder Ungarn. Diese haben auch eine mühsame Transformation vom Sozialismus zur Demokratie hinter sich, deren aktuelles Ergebnis leider eine illiberale oder besser: defekte Demokratie ist. Die Ostdeutschen und ihre politischen Eliten müssen dringend aufpassen, nicht weiter in eine ebensolche Entwicklung zu geraten. Denn: Demokratie muss nicht nur erlernt und erkämpft, sondern auch kontinuierlich verteidigt werden – im Osten wie im Westen.

6 Vgl. ebd. Ausgewiesen wurden Befragte, die den folgenden drei Aussagen im Schnitt „eher“ oder „voll und ganz“ zugestimmt haben: „Die Themen, die mir wichtig sind, werden in den Medien gar nicht ernst genommen.“; „In meinem persönlichen Umfeld nehme ich die gesellschaftlichen Zustände ganz anders wahr als sie von den Medien dargestellt werden.“; „Die Meinungen, die in den Medien vertreten werden, sind ganz anders als meine eigenen“.

7 Vgl. German Longitudinal Election Study T1-T49, zitiert nach: Jürgen Maier, Wandel des Medienangebots, der Mediennutzung und des Medienvertrauens, 14. März 2022, unter: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/504565/wandel-des-medienangebots-der-mediennutzung-und-des-medienvertrauens/> (Stand: 5. Juli 2023).

8 Vgl. Ilka Jakobs u. a., Welche Personenmerkmale sagen Medienvertrauen voraus? Der Einfluss von Charakteristika der Rezipientinnen und Rezipienten auf Vertrauen in Medien im Zeitverlauf, in: *Publizistik* 66 (2021) 3-4, S. 463-487, unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11616-021-00668-x> (Stand: 5. Juli 2023).

9 Wolfgang Schweiger, *Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern*, Wiesbaden 2017, S. 105.

BÜRGERDEBATTE IN WEIMAR

Mit Sergej Lochthofen, Lutz Mükke und Wolfgang Schweiger

Gleich zu Beginn der Bürgerdebatte „Allmächtige Medien, ohnmächtige Medien“ in Weimar fragte ein Gast im Publikum kritisch nach, wie die im Impulsvortrag von Wolfgang Schweiger angesprochenen „alternativen“ Medien definiert werden. Er höre gerne Friedrich Küppersbusch und frage sich, ob die Videos auf dessen YouTube-Kanal schon als „alternatives“ Medium gelten würden, erläuterte er. Schweiger gestand ein, dass eine Definition schwer sei. Neben anderen Kriterien gehöre zur Definition insbesondere, dass „alternative“ Medien nicht ausgewogen berichten, also eine klare politische Position einnehmen, und ihre Finanzierung intransparent ist. Als Beispiel nannte er die *Epoch Times*, eine mehrsprachige, internationale Zeitung mit Sitz in New York. Ein anderer Gast äußerte, er habe den Eindruck, dass vielen Menschen die Differenz zwischen „alternativen“ und „etablierten“ Medien schwerfalle. In seinem Umfeld in Ostdeutschland kenne er viele Nutzerinnen und Nutzer „alternativer“ Medien, für die die „etablierten“ Medien eine „Gegenöffentlichkeit“ und Medien wie der Fernsehsender RT (*Russia Today*), der Radiosender SNA (*Sputnik News Agency*) oder das Online-Radio Kontrafunk von Burkhard Müller-Ullrich die „eigentliche Öffentlichkeit“ darstellen würden.

Sergej Lochthofen warnte davor, Ostdeutsche als Opfer darzustellen. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine Situation rutschen, wo wir immer wieder das reproduzieren, was uns in der ganzen Entwicklung hemmt.“ Er forderte Ostdeutsche zu einer kritischen Selbstreflexion auf. „Es gibt viele Themen, die wir hier auch selbst diskutieren müssen“, so der ehemalige Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen. Dafür brauche es keines Berichts über die DDR von einem Journalisten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. In den letzten Jahrzehnten sei hinsichtlich eines eigenständigen ostdeutschen Diskurses zu wenig passiert. Lochthofen warb für Foren des Austauschs auch für „Konsumenten von Medien, die draußen in Gera rufen ‚Lügenpresse‘“.

Danach gefragt, was die überregionalen Printmedien ändern müssen, damit sie von Ostdeutschen mehr konsumiert werden, erläuterte Lutz Mükke

eingangs, wie sich die Strukturen der ostdeutschen Medienlandschaft im Zuge der Wiedervereinigung verändert haben. Ein-Zeitungskreise in Ostdeutschland wurden die Regel und fast alle Regionalzeitungen in den ostdeutschen Bundesländern gehören bis heute Medienunternehmen mit Sitz in Westdeutschland, die Einfluss auf die personellen Entscheidungen und inhaltlichen Diskurse dieser regionalen Medien nehmen. Mit Blick auf die überregionale westdeutsche Qualitätspresse, unter anderem *DER SPIEGEL*, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und *DIE ZEIT*, meinte Mükke: „Die Ostdeutschen haben in dieser ersten Liga keine Stimme.“ Und weil diese Medien „für ihr etabliertes Stammpublikum“ schreiben, würden sie in den ostdeutschen Bundesländern auch kaum gelesen, wie die Abonnentenzahlen belegen. Sergej Lochthofen, der 1990 zum Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen berufen wurde und diese nahezu 20 Jahre leitete, ergänzte, „für die Lebensphase der Ostdeutschen“ es sei damals überhaupt nicht wichtig gewesen, was in den Berichten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung stand, „weil sie nicht Teil dieser Entwicklung [waren].“ Der Journalist erinnerte auch daran, dass eine Zeitung „in erster Linie ein Wirtschaftsunternehmen“ ist. Um zudem auf dem Zeitungsmarkt konkurrenzfähig zu sein, bedarf es ausreichend finanzieller Mittel – damals wie heute.

Ein Gast im Publikum fragte danach, ob unvoreingenommener Journalismus heutzutage möglich sei und zitierte zur Illustration Hanns Joachim Friedrichs, Journalist und zuletzt Moderator der Nachrichtensendung *Tagesthemen*, mit den Worten: „Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache – auch nicht mit einer guten Sache; dass er überall dabei ist, aber nirgendwo dazu gehört.“ Sergej Lochthofen stellte klar, dass Friedrichs oft zitierter Grundsatz zwar „ein zentraler Satz im deutschen Journalismus“ sei, doch hier zusammenhangslos und nicht vollständig wiedergegeben wurde.¹ Zu der Vorstellung eines politisch neutralen, idealisierten Journalismus, die der Teilnehmer mit dem Zitat implizierte, merkte Lochthofen kritisch an: „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass viele junge heranwachsende Journalistinnen und Journalis-

Der Beitrag fasst ausgewählte Diskussionspunkte der Bürgerdebatte im Anschluss an das Grußwort und Impulsreferat zusammen. Sie können sich die Veranstaltung vollständig im Audiomitschnitt anhören.

ten Hajo Friedrichs zitieren und sich nicht mehr festlegen.“ Der deutsche Journalismus sei eigentlich immer ein engagierter Journalismus gewesen. Heutzutage habe sich jedoch in die Berichte Beliebigkeit eingeschlichen. Wolfgang Schweiger verwies in diesem Zusammenhang auf die Unterscheidung von Nachrichten und Meinungen im Journalismus. Vielen Menschen sei diese Differenz nicht bewusst. Journalistinnen und Journalisten sollen in den Nachrichten ausgewogen und unabhängig berichten, aber auch bei der Meinungsbildung helfen, zum Beispiel über einen Kommentar. Sie dürfen ihre eigene Meinung äußern; diese muss jedoch klar gekennzeichnet sein. „Journalismus ist auch viel Handwerk“, sagte Lutz Mücke. „Und das ist eine Ausbildungsfrage und spiegelt sich dann auch in der Qualität wider.“ Der Medienjournalist kritisierte, dass zum Beispiel in der Auslandsberichterstattung Nachricht und Meinung oftmals verschmelze. Lochthofen erwiderte daraufhin, deswegen gebe es das Feature, bezeichnete diese subjektiv gefärbten Informationstexte jedoch kritisch als „Ausweichen“. „Das ist natürlich ein Lesestoff, den auch die Leute lieben, weil er lebendig ist.“

Die statistischen Werte zum Medienvertrauen zeigen, dass Ostdeutsche stärkere Vorbehalte gegenüber Medien haben als Westdeutsche und sozialen Medien aber mehr Vertrauen. Laut dem Jahresbericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung sind zudem nur noch 39 Prozent der Ostdeutschen mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. Nehmen das Medienvertrauen und das Mediennutzungsverhalten Einfluss auf die Wahrnehmung, wie Demokratie funktioniert? Wolfgang Schweiger sah darin einen Zusammenhang. Bei der Demokratiezufriedenheit spielen obgleich viele Faktoren eine Rolle. „Da hängt ganz, ganz viel Anderes dran.“ Mit Blick auf Ostdeutschland entsteht allerdings der besorgniserregende Eindruck, dass sich eine übergreifende Konsonanz der Bewertung des politischen Systems entwickelt, also ein Gleichklang, der das Ergebnis des stärkeren Vertrauens in „alternative“ Medien und der gegenseitigen Bestärkung innerhalb des Milieus vieler Menschen ist. Lutz Mücke betonte an späterer Stelle aber in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Medienkompetenz der Bevölkerung – in Ost- und Westdeutschland – zu stärken, das heißt, Kinder, Jugendliche und Erwachsene darüber aufzuklären, was journalistische Medien überhaupt in der Lage sind zu leisten und was nicht.

Ein Gast im Publikum kritisierte, dass Medien bestimmte Teilaspekte eines Themas hervorheben und andere vernachlässigen (Framing). „Wenn ich

die letzten 30 Jahre nehme, hat der Alarmismus in der Darstellung unwahrscheinlich zugenommen. Das heißt, einfachste Dinge werden zu großen Konflikten hochgeblasen, ob im Lokalen, Regionalen oder Nationalen“, sagte daraufhin Sergej Lochthofen. Journalistinnen und Journalisten würden ständig unter Druck stehen, wahrgenommen zu werden, und in solchen Situationen spiele „Professionalität leider eine geringere Rolle“. Im Anschluss von einem anderen Gast gefragt, inwiefern Medien redaktionelle Inhalte klar von Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken trennen müssen, verwies Lutz Mücke auf den Pressekodex. So müssen bezahlte Veröffentlichungen erkennbar als Werbung gestaltet sein. Wolfgang Schweiger ergänzte hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Medien, sie hätten „ohnehin nur sehr wenige Werbeinseln zwischen 18 und 20 Uhr. Und da ist völlig klar, das sind Werbespots.“

Wer kontrolliert eigentlich die Medien? Sergej Lochthofen berichtete von seiner Arbeit als Mitglied des Deutschen Presserats. In Deutschland haben sich die Verleger- und Journalistenverbände freiwillig eine Organisation geschaffen, um Missstände im Pressewesen zu beseitigen. Der Presserat entscheidet, ob Medienunternehmen gegen die publizistischen Grundsätze, die als Pressekodex ausgearbeitet wurden, verstoßen haben, und ergreift Maßnahmen; zum Beispiel müssen „Öffentliche Rügen“ abgedruckt werden. Jede Privatperson, Vereine, Verbände etc. haben die Möglichkeit, sich beim Presserat zu beschweren. Die interne Prüfung der Beschwerde „ist zum Teil sehr mühselig, weil wie gesagt, die Fälle zum Teil auch ermüdend sind, wenn man das mehrere Jahre macht.“ Dabei offenbart sich auch eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Lochthofen gestand ein: „Der Wandel ist sehr, sehr langsam.“ Ihm persönlich falle es schwer, in die Regenbogenpresse reinzuschauen. Er verwies beispielhaft auf BILDblog und Stefan Niggemeier, die regelmäßig über Verstöße gegen den Pressekodex informieren. Bei aller Kritik an den Medien in Deutschland gilt es, die freie und unabhängige Presse wertzuschätzen. Lochthofen kennt aus eigener Erfahrung, wie in der DDR die Medien zensiert wurden, und gemessen an den Mediensystemen anderer Länder wie Russland, den USA, Großbritannien und Italien sei Deutschland „ein glückliches Land“. Im entscheidenden Augenblick sei die *Tageschau* immer noch die Nachrichtensendung, „die die meisten schauen, [...] auch die Jüngeren“, freute sich der Journalist.

„Dass die Befindlichkeiten Ostdeutscher in den Medien mehr Berücksichtigung finden“, wünsch-

te sich ein Gast im Publikum, insbesondere vor dem Hintergrund der Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland, wo die Teilnehmenden Verständnis gegenüber Russland zeigen und ihre Unzufriedenheit am Umgang der Bundesregierung mit dem Russland-Ukraine-Krieg äußern. Daraufhin setzte sich Wolfgang Schweiger kritisch mit dem Selbstbild der Protestierenden auseinander, die aufgrund ihrer oftmals biografischen Zuordnung als ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger und ihrer spezifischen ostdeutschen Erfahrungen an den Demonstrationen teilnehmen. Die Protestierenden artikulieren auch oft ihren Ärger darüber, dass die Medien nicht ausreichend über die Demonstrationen berichten. „Ich glaube, über viele Demonstrationen wird

berichtet, aber – aus meiner Sicht – nicht sauber genug“, meinte Schweiger mit Blick auf die Organisatorinnen und Organisatoren dieser Proteste (zum Beispiel in Gera), zu denen „Linke“ und „Rechte“ gleichermaßen ihre Anhängerschaften mobilisierten. Das Russland-Bild vieler Ostdeutscher, die als Bürgerinnen und Bürger der DDR mit der Sowjetunion in einer Wirtschafts- und Militärunion gelebt haben, wirkt bis heute nach. Sergej Lochthofen, 1953 in Workuta geboren, stellte klar, Putin treibt die Militarisierung der russischen Gesellschaft voran. So verbreiten die russischen Medien Begeisterung für Waffen, Raketen und Zerstörung. Deutschland hingegen sei von einer Militarisierung seiner Gesellschaft „weit entfernt“.

1 Dieses Zitat ist verfälscht. Angesichts von Kriegen und Katastrophen hat Hanns Joachim Friedrich im Interview mit dem SPIEGEL auf die Frage „Hat es Sie gestört, daß man als Nachrichtenmoderator ständig den Tod präsentieren muß?“ geantwortet: „Nee, das hat mich nie gestört. Solche Skrupel sind mir fremd. Also, wer das nicht will, wer die Seele der Welt nicht zeigen will, in welcher Form auch immer, der wird als Journalist zeitlebens seine Schwierigkeiten haben. Aber ich hab' es gemacht, und ich hab' es fast ohne Bewegung gemacht, weil du das anders nämlich gar nicht machen kannst. Das hab' ich in meinen fünf Jahren bei der BBC in London gelernt: Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten, nicht in öffentliche Betroffenheit versinken, im Umgang mit Katastrophen cool bleiben, ohne kalt zu sein. Nur so schaffst du es, daß die Zuschauer dir vertrauen, dich zu einem Familienmitglied machen, dich jeden Abend einschalten und dir zuhören.“ Jürgen Leinemann/Cordt Schnibben, „Cool bleiben, nicht kalt“, in: DER SPIEGEL 13/1995, unter: <https://www.spiegel.de/politik/cool-bleiben-nicht-kalt-a-73e327d0-0002-0001-0000-000009176410?context=issue> (Stand: 4. August 2023).



BERLIN



Die Abschlussveranstaltung am 7. Juni 2023 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin thematisierte u. a. den Wandel der Presselandschaft nach 1990 und zog ein Resümee aus den fünf vorherigen Bürgerdebatten.

An der Veranstaltung wirkten mit: **Jeannette Gusko** (Sprecherin, Netzwerk 3te Generation Ost, Geschäftsführerin, CORRECTIV), **Prof. Dr. Lutz Mükke** (Professor für Medien in internationalen Beziehungen, National University, Khartoum), **Prof. Dr. Marlis Prinzing** (Professorin für Journalismus, Hochschule Macromedia, Köln) und **Dr. Mandy Tröger** (Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin, Journalistin). **Jana Münkel** (Journalistin und Moderatorin, u. a. Deutschlandfunk Kultur) moderierte das Podiumsgespräch. **Dr. Sabine Bergmann-Pohl** (Co-Vorsitzende, Deutsche Gesellschaft e. V., Bundesministerin a. D., Präsidentin der Volkskammer a. D.) und **Simone Großner** (Staatssekretärin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigte des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund) eröffneten die Veranstaltung mit einem Grußwort. Prof. Dr. Lutz Mükke hielt das Impulsreferat.

- 1: Dr. Mandy Tröger, Prof. Dr. Marlis Prinzing, Prof. Dr. Lutz Mükke und Moderatorin Jana Münkel [v. l. n. r.]
- 2: Abschlussdiskussion der Reihe mit Jeannette Gusko, Dr. Mandy Tröger, Prof. Dr. Marlis Prinzing und Prof. Dr. Lutz Mükke [v. l. n. r.]
- 3: An der Abschlussdiskussion beteiligten sich auch Gäste im Publikum.

„MEINE MEDIEN, MEINE STIMME?“



Hier können Sie sich den Audiomitschnitt der Veranstaltung anhören.

UNTERM HOCHGLANZ. MASSENMEDIALE MINDERREPRÄSENTATION UND VERTRAUENSVERLUSTE DER OSTDEUTSCHEN

Von Lutz Mücke

DISKUSSIONSPAPIER UND GESPRÄCHE

Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung prägen Fragen zur Teilhabe und Repräsentation von Ostdeutschen in den Massenmedien noch immer den Ost-West-Diskurs, und es ist bedauerlich, dass trotz jahrzehntelang wiederholt vorgebrachter Erkenntnisse und Kritik offensichtlich viel zu selten Konsequenzen daraus gezogen worden sind. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Diskussion auch künftig fortsetzen und uns über diesen Abend hinaus weiter und vielleicht sogar noch intensiver damit befassen.

Zunächst aber ein kurzer Blick zurück, wie es zur heutigen Veranstaltung kam: Als ich für die Otto Brenner Stiftung in Frankfurt am Main das Diskussionspapier „30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung“¹ verfasste, rechnete ich mit wenig Interesse an diesem Themenkomplex. Ich dachte, die Analyse würde in der Unmenge an Veröffentlichungen zum 30-jährigen Jubiläum einfach untergehen. Aber es kam anders.

Und mit den zahlreichen Reaktionen auf das Diskussionspapier kam dann die Idee auf, mit diesem Thema raus in mittelgroße und kleine Städte im Osten zu gehen und dort mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Die Deutsche Gesellschaft e. V. und die Otto Brenner Stiftung stellten zwei Gesprächsreihen auf die Beine und ein Dutzend Veranstaltungen fanden statt – unter anderem in Weimar, Pirna, Dessau, Lauenstein, Wittenberg, Schwerin, Neubrandenburg und Plauen. Auf diesen Veranstaltungen kamen mehr als 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Journalistinnen und Journalisten mit etwa 400 Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch.

All die hier gleich vorgebrachten Kritiken und Aspekte sind als Beitrag zur Qualitätsdiskussion

über Massenmedien und unser demokratisches System zu verstehen. Einordnend möchte ich vorausschicken, dass die Bundesrepublik eine der agilsten und pluralistischen Presse- und Medienlandschaften weltweit besitzt. Das ist ein sehr wertvolles und hohes gesellschaftliches Gut, um das wir uns fortlaufend diskursiv bemühen müssen.

Die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik sind in den neuen Bundesländern etabliert. Die Staatsverwaltung, die sozialen Sicherungssysteme, die Parteienlandschaft, das Mediensystem, die Eigentumsverhältnisse und alle Wirtschaftszweige wurden neu geordnet. Freie Wahlen, Pressefreiheit, rechtsstaatliche Verhältnisse, Unternehmerfreiheit und Privatautonomie sind garantiert. Auch der Wohlstand ist im Osten so groß wie nie zuvor. Die meisten Innenstädte blitzen. Und dennoch: Ähnlich wie beim fünften, zehnten und 20. Jahrestag so war auch die Feierlaune zum 30. Jubiläum der Wiedervereinigung eher gedämpft und ist es weiterhin. Die Diskurse über den Vereinigungsprozess reißen nicht ab. Im Gegenteil. Einerseits ergeben wissenschaftliche Studien und Wortmeldungen von Intellektuellen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Journalistinnen und Journalisten heute ein klareres und analytischeres Mosaik vom Themenkomplex als je zuvor. Andererseits findet im Osten eine Art zweite Selbstermächtigung statt, ein Ins-Wort-Kommen. Zudem rückt endlich auch die Rolle der Massenmedien im bis heute anhaltenden Vereinigungsprozess etwas stärker in den kritischen Fokus.

Aus den gerade erwähnten zurückliegenden Veranstaltungen möchte ich jetzt einige Punkte herausgreifen, die mir zentral erscheinen und die für unser heutiges Gespräch Impulse setzen können.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Impulsvortrages von Prof. Dr. Lutz Mücke im Rahmen der Abschlussveranstaltung „Meine Medien, meine Stimme?“ am 7. Juni 2023 in Berlin.

1 Lutz Mücke, 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?, OBS-Arbeitspapier Nr. 45, Frankfurt am Main 2021, unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/30-jahre-mediale-spaltung/> (Stand: 14. August 2023).

Der **erste Punkt**, den ich hervorheben möchte, betrifft die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den Leitungsgremien der überregionalen Leitmedien. Es ist nach wie vor so, dass Ostdeutsche in Führungspositionen, auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wenig vertreten sind, während Westdeutsche überrepräsentiert sind. Diese Unterrepräsentation prägt seit Jahrzehnten auch redaktionelle Inhalte und wirkt sich auf die Viel- oder Einfalt der Perspektiven aus. Selbstverständlich gab und gibt es auch einflussreiche ostdeutsche Stimmen. Namen wie Christoph Dieckmann, Alexander Osang, Ulrike Nimz, Karola Wille und Sabine Rennefanz dürften in diesem Raum so gut wie jedem bekannt sein. Ebenso bekannt dürfte aber auch der über viele Jahre vorgetragene Vorwurf sein, dass die Berichterstattung über den Osten sich im SPIEGEL, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Süddeutschen Zeitung und ZEIT oft lese wie Auslandsberichterstattung. Da erkundete immer irgendwer für die Redaktionen sowie Stammläserinnen und -lesern in Hamburg, München oder Frankfurt am Main den Osten, so der Duktus. Viel zu wenig Ostdeutsche haben in den überregionalen Leitmedien über den Osten aus ostdeutscher Perspektive berichtet. Und mindestens genauso wichtig für ein faires gesellschaftliches Gespräch wäre gewesen, wenn Ostdeutsche auch deutlicher über die westdeutsche Gesellschaft und Gesellschaftsordnung hätten reflektieren können, insbesondere in den tonangebenden überregionalen Leitmedien.

Ein **zweiter Punkt** ist, dass sich der Ost-West-Diskurs beziehungsweise die Ost-West-Identifizierung auch unter den jüngeren Journalistinnen und Journalisten fortsetzt und sich nach dreißig Jahren eben nicht einfach verflüchtigt hat. Jeannette Gusko, Sprecherin des Netzwerks 3te Generation Ost und Geschäftsführerin von CORRECTIV, ging in einer der Gesprächsrunden beispielsweise darauf ein, dass Journalistenschulen heute kaum mehr Nachwuchs mit ostdeutscher Sozialisation ausbilden und forderte strukturelle Veränderungen unter anderem durch mehr Aufmerksamkeit in den Personalabteilungen und eine gezielte Nachwuchs- und Begabtenförderung und der Schaffung von Netzwerken. Ein wichtiger Punkt, der auch in den Handlungsempfehlungen meiner Studie zu finden ist.

Ein **dritter Punkt** über den oft diskutiert worden ist, sind die ostdeutschen Regionalzeitungen. Ine Dippmann, Vorsitzende des Landesverbands Sachsen des Deutschen Journalisten-Verbandes, erklärte beispielsweise ihr Verband könne kaum mehr guten Gewissens empfehlen, in Ostdeutschland Journalistin beziehungsweise

Journalist zu werden, weil man von den Honoraren teils nicht leben könne. Publizistische Vielfalt blieb in den meisten Kreisen und Regionen Ostdeutschlands nach 1990 eine schöne Zielvorstellung, eine Illusion. Und die lokale und regionale Medienvielfalt hat infolge der Medienkonzentration tendenziell eher weiter abgenommen. Zwar hatte es in der Wendezeit eine Gründungswelle an ostdeutschen Zeitungen und Zeitschriften gegeben, eine ostdeutsche journalistische Selbstermächtigung sondergleichen. Aber unter den Bedingungen des Beitritts konnten sich diese Neugründungen bedauerlicherweise nicht etablieren. Die Monopolstrukturen der SED-Bezirkszeitungen blieben als Regionalzeitungen vielerorts nach 1990 bestehen, obgleich diese Monopole eigentlich zerschlagen werden sollten. So wollte es zumindest der Medienkontrollrat der ersten und letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung. Die Vorstellungen des Kontrollrats kamen jedoch im brachialen Beitritt unter die Räder. In unserer Veranstaltung in Cottbus reflektierte unter anderem Medienwissenschaftlerin Mandy Tröger kritisch über die Privatisierung der DDR-Bezirkszeitungen und die Arbeit der Treuhand. Fast alle Regionalzeitungen in den ostdeutschen Bundesländern befinden sich bis heute im Besitz von Medienunternehmen mit Sitz in Westdeutschland. Und Besitzstrukturen haben selbstverständlich auch Auswirkungen auf die inhaltlichen Diskurse. Bedauerlicherweise konnten sich in Ostdeutschland nach der Wende so gut wie keine Lokal- und Regionalzeitungen etablieren, deren Besitzerinnen und Besitzer vor Ort zivilgesellschaftlich verwurzelt und engagiert sind. Die Selbstermächtigung blieb viel zu früh im Beitritt stecken. Das spiegelt sich insbesondere in völlig ungleichen und unfairen Besitzverhältnissen im Mediensektor wider.

Ein **vierter Punkt**, den ich aufgreifen möchte, betrifft die Forderungen nach Förderprogrammen und die Unterstützung von gemeinnützigem Journalismus. Um den starken Konzentrationstendenzen entgegenzuwirken und die publizistische Vielfalt heute zu stärken, wurden in den Gesprächsrunden mehrfach öffentliche Förderprogramme gefordert. Durch öffentliche Förderprogramme für Recherchen und publizistische Vielfalt können auch Neugründungen wie die Leipziger Internet Zeitung (L-IZ.de) oder lokale Journalisteninitiativen unterstützt werden. Auch die wirtschaftlichen Probleme etablierter lokaler und regionaler Zeitungen und Zeitschriften insbesondere in dünn besiedelten Gebieten wie Mecklenburg-Vorpommern sind dramatisch. Michael Seidel, Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung, erklärte dazu, dass

die Presse im ländlichen Raum wegzubrechen drohe, weil die Zustellung inzwischen teurer sei als die Produktion der Zeitung. Die Bundesregierung sollte unbedingt an den im Koalitionsvertrag vorgesehenen „Fördermöglichkeiten für die flächendeckende Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen“ festhalten, ebenso an dem verkündeten Vorhaben, für gemeinnützigen Journalismus Rechtssicherheit zu schaffen, wofür Journalistenverbände seit Jahrzehnten plädieren. Dass bestimmte Segmente im Journalismus gemeinwohltiftend sind, müsste in einer demokratischen Gesellschaft eigentlich allen klar sein.

Punkt fünf: Die überregionale Stereotypisierung Ostdeutschlands. An dieser Stelle nochmals zurück zur überregionalen Darstellung Ostdeutschlands: Zahlreiche Studien und Stimmen kritisieren seit langem, dass über die ostdeutschen Bundesländer in der überregionalen Berichterstattung eher vorurteilsbehaftet, in negativen Kontexten und mit stereotypisierten Bildern berichtet wird. Eine Leipziger Studie über die Berichterstattung von ZEIT und SPIEGEL kommt etwa zu dem Ergebnis, dass die Gegenüberstellung von Ost und West häufig dazu führe, dass der Osten als negativ zu bewertende Abweichung von der westdeutschen Realität begriffen werde, ein „negativ abweichendes Phänomen, was die westdeutschen Verhältnisse implizit als zu erreichende Norm darstellt und den Osten die Rolle als rückständiges Anhängsel zuweist.“ Aus der Berichterstattung ergebe sich auch „das Trugbild einer ostdeutschen Selbstverschuldung.“ Dabei bestehe „die Gefahr“, dass sie den Landesteil allein aus seiner DDR-Vergangenheit heraus erklären und die Leitfunktion und die „invasive Rolle Westdeutschlands übersehen.“² Etliche dieser tiefliegenden Erzählrahmen über Ostdeutschland lassen sich sicher auch auf die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den Redaktionen der überregionalen Leitmedien zurückführen. Marieke Reimann, Zweite Chefredakteurin beim SWR, schlussfolgerte bei einer Gesprächsrunde: Genau weil sich Ostdeutsche von derartiger Berichterstattung „wenig angesprochen fühlen, sie nicht auf Augenhöhe angesprochen werden und es eine pauschalisierende Darstellung gibt“, werden beispielsweise die überregionalen Printmedien wie DER SPIEGEL, DIE ZEIT, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung in Ostdeutschland so wenig gelesen.

Mein **sechster Punkt** betrifft die stärkere Berücksichtigung ostdeutscher Perspektiven. Sebastian Köhler, Professor für Journalistik und Kommunikationswissenschaft, forderte bei einer Gesprächsrunde: Journalistinnen und Journalisten sollten sich ihrer beschränkten Perspektive stärker bewusst sein und sich aktiv um Perspektivenwechsel bemühen. Wenn Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen angemessener artikuliert und diskutiert würden, wäre es vielleicht möglich, diese Verschiedenheiten für gesamtgesellschaftliche Lernprozesse produktiv zu nutzen. In den Gesprächen mit dem Publikum kam beispielsweise auch mehrfach der Russland-Ukraine-Krieg zur Sprache. Es wurde aus dem Publikum unter anderem hinterfragt, warum, wenn eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gegen Waffenlieferungen ist, Medien dieses Meinungsspektrum kaum abbilden und zu den Waffenlieferungen geradezu applaudieren.

Das führt mich zu meinem **siebenten Punkt**. Während der Veranstaltungsreihen wurde sehr deutlich, wie wichtig es ist, generationsübergreifend Medienkompetenz in Ost- und Westdeutschland zu stärken. Für demokratische Gesellschaften ist es zentral, dass ihre Bürgerinnen und Bürger den Wert einer freien und unabhängigen Medienlandschaft zu schätzen wissen. Kinder und Jugendliche müssen in den Schulen lernen und darüber aufgeklärt werden, was journalistische Medien in der Lage sind zu leisten – und was nicht. Für Erwachsene braucht es ebenfalls Angebote, mit denen man ins Gespräch kommt, aufklärt und Widersprüche diskutiert. Vielleicht konnten unsere Roadshows durch kleine und mittelgroße Städte in Ostdeutschland zu diesem gesellschaftlichen Gespräch, zu dieser gesellschaftlichen Selbstvergewisserung über Massenmedien und Journalismus etwas beitragen.

Das führt mich zu meinem **letzten Punkt**, der meiner Auffassung nach eng mit all den vorgenannten in Verbindung steht. Dass Ostdeutsche gegenüber Medien und Demokratie stärkere Vorbehalte und weniger Vertrauen haben als Westdeutsche, zeigen repräsentative Umfragen immer wieder. Diese Einstellungen lassen sich heute aber nur sehr bedingt auf negative Erfahrungen mit Staatlichkeit und Massenmedien vor 1990 zurückführen. Die krasse Unterrepräsentation ostdeutscher Perspektiven und Personalien

2 Claudia Lasslop, Das Bild Ostdeutschlands in westdeutschen Leitmedien. Eine Untersuchung der Berichte über Ostdeutschland des Nachrichtenmagazins Der Spiegel und der Wochenzeitung Die Zeit, in: Michael Haller/Lutz Mücke (Hrsg.), Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, Köln 2010, S. 194-207.

im massenmedialen Diskurs in den zurückliegenden drei Jahrzehnten dürfte hier eine viel bedeutendere und verheerendere Rolle spielen.

FAZIT

Was können wir aus all dem lernen? Vor allem, dass Partizipation, Teilhabe und ein möglichst offener und integrativer – das heißt multiperspektivischer – medialer Diskurs für die gesellschaftliche Selbstverständigung und den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften unersetzlich sind. Sie sind der Kit unserer Gesell-

schaft. Allerdings ist es auch mehr als drei Jahrzehnte nach der politischen Einheit Deutschlands darum nicht allzu rosig bestellt, was Ostdeutschland und Ostdeutsche anbelangt. Die ostdeutsche Minderrepräsentation ist unter anderem eng gekoppelt an ungleiche Besitzverhältnisse in der Medienindustrie und jahrzehntelang stark begrenzte Repräsentationsmöglichkeiten für ostdeutsche Perspektiven insbesondere in den politisch einflussreichen überregionalen Leitmedien. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals auf die Handlungsempfehlungen³ in meinem Arbeitspapier der Otto Brenner Stiftung hinweisen.

3 Siehe dazu Lutz Mücke (FN 1), S. 43 f.

ABSCHLUSSDISKUSSION IN BERLIN

Mit Jeannette Gusko, Lutz Mükke, Marlis Prinzing und Mandy Tröger

In der Abschlussdiskussion um die Rolle der Medien in Ostdeutschland war der gebürtigen Ost-Berlinerin Mandy Tröger ein Aspekt besonders wichtig, nämlich die Rolle der Treuhand beim Wandel der Presselandschaft nach 1990 in den ostdeutschen Bundesländern. Tatsächlich hätten die Wirtschaftsinteressen westdeutscher Großverlage schon gewirkt, bevor die Treuhand überhaupt auf der Bildfläche erschienen sei, lautete die These der Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin. „Da wurden einfach Nägel mit Köpfen gemacht, wirtschaftlich, wo die Treuhand dann später im Prinzip nur sehr, sehr schwer entgegenwirken konnte, auch weil sie einfach die Ressourcen nicht hatte.“ Lutz Mükke, Autor des Diskussionspapiers „30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung“, betonte, ihm sei es in der Diskussion wichtig, „dass sich Ostdeutsche expliziter zu Wort melden, mit ihren Perspektiven, mit ihren Erfahrungen.“ Marlis Prinzing, Professorin für Journalismus an der Hochschule Macromedia in Köln, stellte die Bedeutung des „Public Value“ von Medien, das heißt ihren öffentlichen Wert, in den Mittelpunkt. Was macht die Medien für die Gesellschaft wertvoll und worin besteht ihr gesellschaftlicher Mehrwert? Jeannette Gusko richtete ihren Fokus auf den Lokaljournalismus und die Kraft des Lokalen, die das Publikum bei der Bürgerdebatte in Dessau-Roßlau klar benannt habe. Hierbei gehe es um die Frage der Repräsentation, wie Bürgerinnen und Bürger „Informationen aufnehmen, wo auch ein Vertrauen da ist und wo sie den Eindruck haben, ihre Stimme zählt.“

Mit Blick auf den Wandel der Medienlandschaft in Ostdeutschland ergänzte Lutz Mükke, bei der Privatisierung der Medien hätten auch Fragen „der Professionalität, des Knowhows, des Transfers, des Finanziellen eine große Rolle“ gespielt. Er wies darauf hin, dass sich 1989/90 ebenfalls zahlreiche neue Medien in der DDR gegründet hatten, unter anderem von engagierten Personen aus der Bürgerrechtsbewegung. „Die schossen wie Pilze aus dem Boden.“ Marlis Prinzing meinte, es sei eine „Zeit der verpassten Chancen“ gewesen, die hätten genutzt werden können, „wenn man einfach mehr miteinander ins Gespräch ge-

kommen wäre.“ Die historische Perspektive des Pressewandels sei zwar bedeutsam, so die Kommunikationswissenschaftlerin, „um auch aktuelle Entwicklungen anders einordnen, anders verstehen zu können.“ Allerdings ließen sich gesamtdeutsche Herausforderungen wie die Fragen der Finanzierung von Informationsjournalismus, der für unsere Demokratie bedeutsam sei, der gemeinnützigen Orientierung von Journalismus oder des „Public Value“ von Medien, nicht ausschließlich daraus erklären und lösen. Jeannette Gusko verwies darauf, dass bis heute die nachhaltige Finanzierung von gemeinnützigem Journalismus eine Herausforderung ist, insbesondere in einem etablierten Mediensystem bestehend aus öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privat finanzierten Medien. Aus der Finanzierungskrise des Journalismus habe sich die Möglichkeit ergeben, „Journalismus als öffentliches Gut“ zu verstehen und ihn damit zu beauftragen, „die Demokratie zu stärken, Informationen zu verbreiten und eben auch Informationen anschlussfähig zu machen.“ Es bestehe die Chance, gemeinnützigen und spendenfinanzierten Journalismus als „dritte Säule“ zu etablieren. Die Geschäftsführerin von CORRECTIV, des ersten spendenfinanzierten Mediums in Deutschland, illustrierte das Innovationspotenzial des gemeinnützigen Journalismus am Beispiel der Crowd-Recherche. In aller Regel recherchieren Journalistinnen und Journalisten alleine. An einer Crowd-Recherche beteiligen sich hingegen viele Bürgerinnen und Bürger. Indem sie ihr Wissen, wichtige Daten und Inputs teilen, schaffen sie die Basis für die journalistische Auswertung. Beispielsweise hatten 2018 1000 Personen an der Recherche zu der Frage „Wem gehört Hamburg?“ teilgenommen, um die Besitzverhältnisse auf dem Hamburger Wohnungsmarkt transparenter zu machen.

Mandy Tröger widersprach Marlis Prinzing: Die historische Perspektive könne helfen. 1989/90 habe es ganz viele Ideen gegeben, „Diskussionen in den Redaktionen, wie Presse anders gedacht werden kann, über den öffentlichen Auftrag, über andere Finanzierungsmodelle.“ Diese Ideen seien jedoch nicht gesamtdeutsch diskutiert worden, „weil es einfach kein Interesse gab“, das Me-

diensystem der Bundesrepublik und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Frage zu stellen. Mit Blick auf die Ideen von damals fragte Tröger, welche sich auf die Gegenwart übertragen lassen würden. „Man muss das Rad ja nicht immer neu erfinden.“ Es sei immer wieder erstaunlich, „was es eigentlich alles so gab in den Jahren 1989/90 [...] und aus was für einem Schatz wir da eigentlich schöpfen können.“ Prinzing ergänzte, CORRECTIV zeige, „wie es auch anders gehen kann und wie so was auch etabliert funktionieren kann.“ Medien sollten in der Lage sein, „Public Value“ zu erzeugen, also einen „praktischen Informationswert für unsere Gesellschaft“. Während der Corona-Pandemie galt Journalismus als systemrelevant. Man habe aber gesehen, „dass die privaten Geschäftsmodelle so nicht mehr funktionieren.“ Die privaten Medien hätten zwar quasi freiwillig den öffentlich-rechtlichen Leistungsauftrag erfüllt und einen „sehr guten und wichtigen Informationsjournalismus betrieben“, aber viel Mühe mit ihrer Finanzierung gehabt. Prinzing meinte, es bedürfe eines erweiterten Verständnisses von medialem „Public Service“, also von Medienangeboten mit öffentlichen Berichterstattungsinteressen, „der im Übrigen auch den nichtkommerziellen Mediensektor einbeziehen müsste“.

Angesichts der oft kritisierten Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Redaktionen sagte Lutz Mücke, zwar hätten sich die statistischen Werte hier zum Positiven verändert, doch fehle es nach wie vor bei den überregionalen Leitmedien an einer ostdeutschen Stimme. Das wirtschaftliche Umfeld in Ostdeutschland sei in den vergangenen Jahren auch nicht attraktiv genug gewesen, um dort neue Redaktionen mit zahlreichen Journalistinnen und Journalisten zu etablieren. Ein Tiefpunkt in der überregionalen westdeutschen Berichterstattung über Ostdeutschland sei „Medien-Gau Sebnitz“ gewesen, der zu einem Vertrauensverlust im Osten geführt habe. Danach hätten die überregionalen Zeitungen versucht, ihre Defizite mit mehr Personal in Ostdeutschland auszugleichen, beispielsweise mit der „ZEIT im Osten“. Die Zahlen der Abonnentinnen und Abonnenten würden jedoch niedrig bleiben. Mandy Tröger merkte an, dass das Stammpublikum der überregional etablierten Leitmedien nach wie vor westdeutsch sei. „Das heißt, die schreiben für das Münchener, für das Frankfurter und für das Hamburger Publikum. Und das sind andere Milieus, das sind andere Themen, das sind andere kulturelle Diskurse, die da geführt werden. Und deswegen wäre so eine überregionale Stimme originär aus Ostdeutschland ganz wichtig.“

Warum gibt es nicht mehr Ostdeutsche in den Redaktionen? Mandy Tröger erläuterte, dass die Journalistinnen und Journalisten in Deutschland eine relativ homogene Gruppe seien: „vor allem weiß“, „aus Akademiker-Elternhäusern“, „westdeutsch“. „Das heißt, wir fragen nach ‚ostdeutsch‘. Aber eigentlich müssten wir es viel weiterdenken, wenn es um Diversität geht“, forderte Tröger. Bei der Frage, wer macht Journalismus in Deutschland, werde „einfach immer auf Ost und West“ geguckt. „Aber eigentlich müssten wir fragen: Wie sieht es auch aus mit dem Migrationshintergrund? Wie sieht es aus mit Arbeiterkindern?“ Tröger verwies auf Initiativen wie die Neuen deutschen Medienmacher. Jeannette Gusko, Sprecherin des Netzwerks 3te Generation Ost, stimmte Tröger zu: Die Repräsentationslücke in den Redaktionen sei „eben nicht nur in der Kategorie ‚ostdeutsch‘ wirklich so dramatisch“. Dies sei auch schon länger bekannt. „Repräsentation herzustellen ist eine Führungsaufgabe. Das heißt, wenn Medien es nicht schaffen, repräsentative Redaktionen zu schaffen, dann ist da ein Führungsanspruch, der nicht gelebt wird“, kritisierte Gusko. Sie nahm auch die Journalistenschulen in die Verantwortung und illustrierte am Beispiel der Jugendredaktion von CORRECTIV Salon5, wie auch junge Menschen für Journalismus begeistert werden können. „Es ist schön, wenn Menschen, nachdem sie Jugendredakteur werden, irgendwann auch Journalist werden.“ Bei der Wahl des Berufs sei allerdings die schlechte Bezahlung der Praktika ein weiteres Hindernis. Marlis Prinzing bezeichnete es als sehr bedeutsam, die Diversitätsdebatte im Journalismus, die aktuell sehr präsent und kontinuierlich geführt werde, um die deutsch-deutsche Perspektive zu erweitern. „Das fängt ein bisschen an, aber das müsste längstens mehr sein. Und es ist erstaunlich, dass das praktisch so mehr oder weniger erst im Nachhinein kommt, weil eigentlich hätte genau diese Diversitätsfrage viel, viel früher kommen müssen“, kritisierte sie. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die Notwendigkeit, die Bevölkerung über „typisches journalistisches und insbesondere lokal journalistisches Handwerkzeug“ zu informieren.

Die Frage der Repräsentation Ostdeutscher in den Redaktionen führte in der Diskussion zur Frage der Berichterstattung über Ostdeutschland, die nicht selten klischeebeladen sei. Ein Klischee kann witzig sein, „aber es steht halt für ein Muster. Und dieses Muster sollte man [kritisch] hinterfragen“, meinte Mandy Tröger. In der medialen Berichterstattung gibt es allerdings nicht nur Klischees über Ostdeutsche, sondern in vielen unterschiedlichen Bereichen. Darauf wies

Marlis Prinzing hin. In der akademischen Lehre geht es deshalb auch darum, über Mediensprache und Sprachbilder aufzuklären. In der Lehre werde ebenfalls großen Wert daraufgelegt, „dass die Studierenden wissen, in welcher Medienlandschaft sie arbeiten und was die Historie dieser Medienlandschaft ist. Und das nicht nur aus dem westdeutschen Verständnis heraus, sondern immer aus der gesamtdeutschen Geschichte heraus“, erklärte die Kommunikationswissenschaftlerin. Gusko warf in diesem Zusammenhang erneut die Frage nach der Rolle von Führungskräften in den Redaktionen auf, die vor einem Generationenwechsel stehen. „Am Ende hängen Strukturen an Menschen“, so die Sprecherin des Netzwerks 3te Generation Ost. Sind die Führungskräfte bereit, in den ihnen verbleibenden Jahren, die „richtigen Hebel zu setzen“, „sich zu verändern und Macht und Einfluss zu teilen“? „Wir brauchen auch mehr Menschen mit Transformationskompetenz, die dann bessere Entscheidungen treffen können“, so Gusko.

Wie kann das Vertrauen in die Medien gestärkt werden? „Die Zauberworte sind wieder Repräsentation und Partizipation“, so Lutz Mükke. Es gehe zum einen darum, in der Berichterstattung zu unterschiedlichsten Themen eine breite, offene Debatte mit möglichst vielen Perspektiven zu eröffnen und zum anderen journalistische Standards einzuhalten. „Journalismus ist ein Handwerk“, betonte der Medienjournalist. „Und hier müssen wir einfach [auch] schauen auf die Qualität der Ausbildung und dass Leute aus verschiedensten Milieus und Hintergründen in diese Jobs kommen und mitreden können.“ Medienvertrauen ist gut, Medienkritik ist allerdings genauso wichtig. „Wir können doch nicht einfach alles glauben, was uns medial geboten wird“, meinte Mandy Träger. Damit verbunden sei aber auch die Frage nach der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Daran anschließend erläuterte Marlis Prinzing kurz die Mainzer Langzeitstudie zum Medienvertrauen. Bei der Studie geht es um die Entfremdung größerer Teile der Bevölkerung von den etablierten Medien aufgrund von Repräsentationsdefiziten. Solche Studien verdeutlichen, wie wichtig Medienkompetenz ist. Vielen Menschen sei auch nicht bewusst, dass Social-Media-Plattformen „Emotionsmedien“ sind, „die eigentlich mit unseren Gefühlsregungen vor allen Dingen ein Geschäft machen“, erklärte Prinzing. „Medienkompetenz war nie so bedeutsam wie jetzt und eigentlich ist es ein uraltes Thema, das einfach bloß nicht systematisch angepackt wird.“

Eine Gästin im Publikum merkte kritisch an: „Das Thema, was wir heute hier besprechen, ist wahrlich nicht neu.“ Schon während ihres Studiums

Anfang der 1990er Jahre ging es um die Fragen der Partizipation und Repräsentation in den Medien, Medienerziehung und Medienkompetenz. „Ich habe das Gefühl, bis heute hat sich da nicht viel getan.“ Sie wollte wissen, was auf politischer Ebene geschieht, um diese Probleme zu lösen. Lutz Mükke benannte die Anerkennung von gemeinnützigem Journalismus, der auch im Koalitionsvertrag steht. „Man kann nur hoffen, dass das eben umgesetzt wird.“ Auf diesem Weg könne dann „diese dritte Säule [im Mediensystem] entstehen“, die – basierend auf einem anderen Finanzierungsmodell – viel vielfältiger, gerade auch im Lokalen, und bei komplexen Recherchethemen aktiv wird. Jeannette Gusko wies auf den Bau des Zukunftszentrums Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale) hin – „ein starkes politisches Signal, sowohl vom Bund als auch vom Land“. Sie sehe darin ein großes politisches Potenzial, auch durch die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. „Medien spielen da sicherlich auch eine Rolle. Das in jedem Fall.“ Gusko verwies in diesem Zusammenhang auf den wichtigen Aspekt der Vernetzung, auf sogenannte Opportunitätsfenster. „Die Vernetzung von gesellschaftlichen, politischen, auch wirtschaftlichen, kulturellen Akteurinnen und Akteuren zu diesen Themen ist sehr wichtig. Und ich sehe da in den letzten Jahren politischen Willen dazu“ und „ein geschärftes Problembewusstsein“. Marlis Prinzing ergänzte: „Wir bräuchten längst eine wirklich aufgewertete Medienpolitik. Es ist leider in der Politik oft so, dass dieser Fachbereich Medienpolitik gar nicht so furchtbar beliebt ist. Dabei ist es ein so bedeutsames Thema für unsere Gesellschaft.“ So sollte in der Diskussion um eine Reform der öffentlich-rechtlichen Medien und ihrer Finanzierung deutlich werden, „warum wir diesen bedeutsamen Informationsjournalismus als demokratische Gesellschaft benötigen“, forderte Prinzing.

Eine weitere Gästin im Publikum wollte mit Blick auf die „fehlende ostdeutsche Perspektive“ in der Berichterstattung wissen, wie viele ostdeutsche Journalistinnen und Journalisten nach 1990 in ihrem Job geblieben sind. Lutz Mükke antwortete, dass viele Journalistinnen und Journalisten (in der DDR geboren und aufgewachsen) in den Regionalzeitungen ihre Arbeitsplätze behalten haben. Eine „ostdeutsche Stimme im Journalismus“ könne heute zum Beispiel die „dritte Generation Ost“ liefern, „also junge Ostdeutsche“. Mandy Träger fügte hinzu, dass es darum gehe, „andere Perspektiven zu haben. Und dafür muss man nicht unbedingt in der DDR geboren sein.“ Die Gästin interessierte sich zudem dafür, ob heutzutage nicht „Aktivismus mit Journalismus“ verwech-

selt werde. „Also dieser erzieherische Aspekt geht [mir] wirklich auf die Nerven“, erklärte sie. Tröger erwiderte, hier stehe die Frage im Raum, welche Bedeutung Journalismus für die Demokratie habe und inwiefern politische und wirtschaftliche Interessen die Informationen beeinflussen, die die Bevölkerung erhalte. Journalismus müsse verschiedene Perspektiven abbilden. „Und wenn Sie das Gefühl haben, dass das gerade aktuell nicht

der Fall ist, dann müssen wir darüber reden.“ Aus diesem Grund gebe es zum Beispiel diese Diskussionsreihe. Mücke wies darauf hin, dass in Deutschland Medienpluralismus herrscht, und lehnte es ab, davon zu sprechen, dass Medien erzieherisch wirksam sind. „Wir müssen unbedingt über die [Funktion und] Wirkung von Medien [und] über Medienkompetenz [sprechen]“, meinte der Medienjournalist.

MITWIRKENDE

Ine Dippmann ist Rundfunkjournalistin. Beim Deutschen Journalisten-Verband (DJV) engagiert sie sich ehrenamtlich als Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, der sich für die Belange von aktuell rund 1.200 Mitgliedern einsetzt. Während ihres Journalistik-Studiums in Leipzig arbeitete sie beim ersten privaten sächsischen Rundfunk (PSR). Im Jahr 2000 führte sie ihr beruflicher Weg zum MDR. Sie arbeitete als Referentin in der Intendanz und berichtete als Landeskorrespondentin von „MDR Aktuell“ über politische Ereignisse in Sachsen. Seit dem vergangenen Jahr ist sie stellvertretende Leiterin des Studios Leipzig von „MDR Sachsen“.

Jeannette Gusko ist seit 2019 Sprecherin des Netzwerks 3te Generation Ost, ein Think-Tank und ein Karrierenetzwerk, das den progressiven Osten vernetzt und voranbringt. Sie ist Geschäftsführerin bei CORRECTIV sowie Mitgründerin und Vorständin von future_s e. V., einer feministischen Research- und Advocacy-Organisation mit der Mission, eine sozial gerechte, inklusive Gesellschaft zu gestalten. Bis Mai 2021 war sie Gründungsgeschäftsführerin der weltgrößten Spendenplattform GoFundMe in der DACH-Region. Im Herbst 2023 erscheint ihr erstes Buch „Aufbrechen“ zur Transformationskompetenz junger Ostdeutscher, Aufsteigerinnen und Aufsteiger sowie Menschen mit Migrationsgeschichte.

Anne Hähnig leitet das Leipziger Büro der Wochenzeitung DIE ZEIT. Sie wurde 1988 im sächsischen Freiberg geboren, ist im Erzgebirge aufgewachsen und hat dort, bei der Freien Presse, ihre ersten journalistischen Erfahrungen gesammelt. In Leipzig studierte sie Politikwissenschaft, an der Deutschen Journalistenschule in München wurde sie zur Redakteurin ausgebildet.

Heiko Hilker ist seit 2009 Geschäftsführer des Dresdner Instituts für Medien, Bildung und Beratung (DIMBB) und dort zuständig für Ideenfindung und -entwicklung, Beratung und Produktion. Von Beruf ist er Elektromonteur sowie Diplomingenieur für Informationstechnik. Er war Mitbegründer des Netzwerks zum Erhalt des Jugendradios DT64. Von September 1994 bis September 2009 war er – als Parteiloser – Landtagsabgeordneter der PDS/LINKE im Sächsischen Landtag. Seit Herbst 1997 ist er Mitglied im MDR-Rundfunkrat, entsandt vom DJV Sachsen.

Angelika Jordan leitet seit 2014 das rbb-Studio Cottbus, das alle Radio-, Fernseh- und Online-Programme des rbb und der ARD mit Aktuellem aus Südbrandenburg versorgt. Sie ist gebürtige Zittauerin. Die Diplom-Journalistin war bereits vor der Fusion von ORB und SFB zum rbb in leitender Funktion seit 1992 für den ORB tätig, u. a. als verantwortliche Redakteurin für die Live-Sendung „Vor Ort“ und als Redaktionsleiterin des „Abendjournal“. Von 1999 bis 2013 leitete sie das Studio Frankfurt (Oder), entwickelte die Talk-Sendung „Brandenburger Treff“, moderierte 10 Jahre das Regionalmagazin „Theodor“ und verantwortete das historische Format „Erlebnis Geschichte“.

Torsten Kleditzsch ist seit 2009 Chefredakteur der in Chemnitz erscheinenden Freien Presse. Hier hat er auch seine journalistische Laufbahn begonnen. Zwischendurch war der gebürtige Sachse 10 Jahre lang bei der Mitteldeutschen Zeitung in Halle (Saale) tätig, zuletzt als stellvertretender Chefredakteur. Studiert hat er Journalistik und internationale Beziehungen in Leipzig.

Prof. Dr. Sebastian Köhler ist seit 2010 Professor für Journalistik und Kommunikationswissenschaft und seit 2019 Fachbereichsleiter an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMWK) in Berlin. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: Narrativität im Journalismus sowie die Spannungsverhältnisse von Medien und Demokratisierung. Bereits als Schüler schrieb er Beiträge für die Lokalredaktion der Zeitung seiner Heimatstadt. Von 2002 bis 2008 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Journalistik an der Universität Leipzig. Bis heute arbeitet er auch praktisch im Berufsfeld, als Journalist und Autor.

Sergej Lochthofen, geb. in Workuta (Russland) in der Familie eines deutschen Emigranten und Gulag-Häftlings, kam er als Fünfjähriger mit den Eltern in die DDR, wo er in Gotha eine sowjetische Garnisonsschule besuchte. Er studierte Kunst auf der Krim und Journalistik in Leipzig. Bis 1990 war er Nachrichtenredakteur der SED-Zeitung Das Volk. 1990 wurde er in einer geheimen Wahl zum Chefredakteur der in Thüringer Allgemeine umbenannten Zeitung berufen und leitete diese nahezu 20 Jahre. 2012 erschien sein Buch „Schwarzes Eis. Der Lebensroman meines Vaters“ und im September 2014 „Grau. Eine Lebensgeschichte aus einem untergegangenen Land“. Er ist Mitglied des PEN und des Deutschen Presserats.

Prof. Dr. Lutz Mükke ist Afrika-Direktor eines internationalen Bildungsunternehmens und außerordentlicher Professor für Medien in internationalen Beziehungen an der National University in Khartoum. Er war Wissenschaftlicher Direktor am Europäischen Institut für Journalismus- und Kommunikationsforschung, federführender Mitgründer des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit und Mitherausgeber der Journalismus-Fachzeitschrift/Plattform „Message“. Zu seinen Veröffentlichungen gehören die Sachbücher „Korrespondenten im Kalten Krieg“, „Journalisten der Finsternis“ und „Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft“. Er hat ferner die Studie „30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest?“ verfasst (hrsg. v. Otto Brenner Stiftung). Darüber hinaus ist er Afrika-Reporter u. a. in Somalia, DR Kongo, Südsudan, Mali, Niger und Nigeria sowie Gründungsmitglied von „Africa Vagabonds“.

Prof. Dr. Marlis Prinzing, ist Kommunikationswissenschaftlerin, Professorin an der Macro-media Hochschule, leitet den Studiengang Journalismus und ist am Hochschulcampus Köln verortet. Sie lehrt und forscht zu Fragen rund um Journalismus, Ethik, Innovation und digitalen Wandel. Sie ist Initiatorin der Charta für öffentliche Kommunikationswissenschaft und Co-Präsidentin des zugehörigen Vereins sowie Partnerin der Initiative „Qualität im Journalismus“. Ferner ist sie Dozentin an den Universitäten Zürich und Freiburg (Schweiz). Außerdem schöpft sie aus langjähriger Journalismuspraxis, darunter 14 Jahre hauptberuflich.

Marc Rath ist seit Februar 2022 Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung. Anfang 1991 zog er nach Abschluss seiner journalistischen Ausbildung an der Kölner Journalistenschule nach Ostdeutschland. Zunächst arbeitete er als Redakteur für die Braunschweiger Zeitung und Volksstimme, wechselte 1998 als Pressesprecher in das Ministerium für Umwelt und Raumordnung sowie für Wirtschaft und Technologie. Diesen Stationen folgten ab 2002 Jahre als (Chef-)Redakteur beim Ruppiner Anzeiger, der Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide, Altmark-Zeitung, Volksstimme und Landeszeitung für die Lüneburger Heide.

Katja Reim arbeitete von 2003 bis 2017 beim Berliner Kurier – zunächst als stellvertretende Ressortleiterin Lokales, ab 2005 als Ressortleiterin Nachrichten. Seit 2017 ist sie stellvertretende Chefredakteurin bei der SUPERillu und seit 2021 zudem stellvertretende Chefredakteurin beim Verbrauchermagazin Guter Rat. Sie bloggt auf „Mein Computerkind“ und ist Autorin des Buches „Ab ins Netz?! Wie Kinder sicher in der digitalen Welt ankommen und Eltern dabei entspannt bleiben“.

Marieke Reimann ist seit November 2021 Zweite Chefredakteurin des SWR. Bis Dezember 2020 war sie Chefredakteurin von ze.tt, dem politischen GenY/Z-Magazin der ZEIT. Sie entwickelte mit ze.tt gr.een ein neuartiges Paid-Content-Modell und wurde 2015 unter die „Top 30 unter 30-Journalisten“ des Jahres gewählt. Die gebürtige Rostockerin studierte Medienwissenschaften an der TU Ilmenau sowie Journalismus an der LMU München und der Deutschen Journalistenschule. In ihren Beiträgen beschäftigt sie sich intensiv mit Ostdeutschland, Diversität in der Arbeitswelt und inklusiver Sprache. Sie setzt sich stark für eine strukturelle Veränderung der Medienbranche ein.

Carsten Schneider MdB ist seit Dezember 2021 Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland. Nach seiner Ausbildung zum Bankkaufmann führte ihn sein beruflicher Weg in den Deutschen Bundestag. Dort ist er seit 1998 Mitglied. Von 2005 bis 2013 war er haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. 2013 schloss er sein weiterbildendes Studium „Public Policy“ an der Universität Erfurt ab. Bis 2017 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und dann bis 2021 ihr Erster Parlamentarischer Geschäftsführer.

Prof. Dr. Wolfgang Schweiger ist seit 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft (insb. interaktive Medien- und Onlinekommunikation) an der Universität Hohenheim (Stuttgart). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Medienwandel, Social Media und Algorithmen, Vertrauen in Journalismus sowie Mediennutzung und -wirkung. Von 2007 bis 2009 war er Vertretungs-Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden, von 2009 bis 2013 Professor für Public Relations und Technikkommunikation an der TU Ilmenau. Er ist Mitgründer des E-Journals „Studies of Communication & Media“.

Michael Seidel ist seit 2013 Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung. Nach einem Volontariat bei der „Umschau“ im Fernsehen der DDR studierte er von 1988 bis 1993 Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Er arbeitete 1990/91 beim Landessender Sachsen-Anhalt (Vorläufer MDR) und hospitierte beim ZDF in Schwerin. Diesen Stationen folgten Jahre als Freiberufler beim NDR und für die ARD (Hörfunk und TV) sowie die dpa. Ab 1995 war er bei der Tageszeitung Nordkurier in Schwerin landespolitischer Korrespondent, ab 2006 in Neubrandenburg Chef Newsdesk und von 2008 bis 2012 Chefredakteur.

Dr. Mandy Tröger (PhD) ist Medienforscherin und Journalistin. Die gebürtige Ost-Berlinerin studierte an der Universität Erfurt (BA) und der Universität Amsterdam (MA), um dann als Nachrichtenredakteurin zu arbeiten. Später war sie am Institute of Communications Research der Universität Illinois (USA) tätig, wo sie 2018 promoviert wurde. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in deutschdeutscher Mediengeschichte, der Transformation der ostdeutschen Presse nach 1989 und deren Treuhandhandgeschichte. Seit 2023 ist sie Walter-Benjamin-Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an der Universität Tübingen.

Deutsche Gesellschaft e. V.

Eingetragener Verein zur Förderung politischer, sozialer und kultureller Beziehungen in Europa

Die Deutsche Gesellschaft e. V. zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa ist der erste nach dem Fall der Berliner Mauer gegründete gesamtdeutsche Verein. Bereits im Jahr 1983 hatten Persönlichkeiten aus Ost und West versucht, eine deutsch-deutsche Freundschaftsgesellschaft zu initiieren. Sie scheiterten jedoch am Widerstand der SED-Funktionäre. Für die Idee fanden sich in den Revolutionstagen des Jahres 1989 neue Verbündete. Im Januar 1990 wurde der gemeinnützige, überparteiliche Verein in der Berliner Nikolaikirche gegründet.

Seither wirbt die Deutsche Gesellschaft e. V. im Rahmen zahlreicher Projekte der kulturellen und politischen Bildung für ein gegenseitiges Verständnis zwischen Ost und West sowie den Abbau von Vorurteilen. Sie setzt sich für Demokratie und Völkerverständigung ein.

Fragen zur Teilhabe und Repräsentation bestimmen auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung den Ost-West-Diskurs. Kritik ruft nicht nur die mangelnde Vertretung Ostdeutscher in den Führungsetagen deutscher Leitmedien hervor, sondern auch die Berichterstattung über die ostdeutschen Bundesländer. Sie sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, sie spiegele den Osten, seine Menschen und seine Realitäten nicht wider.

Im Rahmen der mehrteiligen Reihe „Meine Medien, meine Stimme?“, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft e. V. und gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und die Otto Brenner Stiftung, debattierten Bürgerinnen und Bürger mit Expertinnen und Experten über die Rolle der Medien in Ostdeutschland. Sie sprachen über den Wandel der Presselandschaft nach 1990 in den ostdeutschen Bundesländern, Partizipationsdefizite und Repräsentationslücken in den Redaktionen, Klischees über Ostdeutsche in der Berichterstattung sowie das schwindende Vertrauen in die Medien und die Folgen für die Demokratie. Die Abschlussveranstaltung in Berlin zog ein Resümee aus den fünf Bürgerdebatten in Cottbus, Plauen, Schwerin, Dessau-Roßlau und Weimar. Ihre Impulse und Ergebnisse werden in der Broschüre vorgestellt und zusammengefasst – mit Fotos und QR-Codes zu den Audiomitschnitten der Veranstaltungen.